

SV SparkassenVersicherung

2011

GESCHÄFTSBERICHT

SV LEBENSVERSICHERUNG AG

INHALT

AUFSICHTSRAT	4
VORSTAND	5
LAGEBERICHT	6
Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kapitalmärkte	6
Wichtige Vorgänge der Gesellschaft	7
Geschäftsverlauf	8
Unternehmensverbund	12
Personal- und Sozialbericht	13
Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung	14
Nachtragsbericht	19
Ausblick	19
VERSICHERUNGSARTEN	21
BEWEGUNG DES BESTANDES AN LEBENSVERSICHERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2011	22
BILANZ	26
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	28
ANHANG	30
Grundsätzliche Rechtsvorschriften	30
Umstellung der Bilanzierung nach § 341c Abs. 3 HGB	30
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	30
Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen	34
Angaben zur Bilanz	36
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	46
Angaben zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	47
Sonstige Angaben	48
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	49
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	50
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	51
ÜBERSCHUSSANTEILE FÜR DIE VERSICHERTEN IN 2011	52
Kapitalbildende Lebensversicherungen	53
Risikoversicherungen	59
Rentenversicherungen	61
Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz	65
Fondsgebundene Kapital- und Rentenversicherungen	66
Berufsunfähigkeitsversicherungen (SBV) der Tarifwerke 1968 und 1994	67
Berufsunfähigkeitsversicherungen (SBV) der Tarifwerke ab 2000 und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ)	68
Unfallzusatzversicherungen (UZV)	70
Risikozusatzversicherungen (RZV)	70
Hinterbliebenen-Zusatzversicherungen und integrierte Hinterbliebenenversorgung	71

AUF SICHTSRAT

Volker Wirth	Vorsitzender Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell, Singen
Peter Schneider MdL	1. Stv. Vorsitzender Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, Stuttgart
Georg Sellner	2. Stv. Vorsitzender Vorsitzender des Vorstands der Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt
Werner Allgöwer	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Bodensee, Friedrichshafen
Norbert Berg	Stv. Vorsitzender des Betriebsrats Wiesbaden *
Wolfgang Bergenthum	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Gießen
Roland Bernhard	Landrat Böblingen (seit 08.06.2011)
Lothar Broda	Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Tuttlingen
Rüdiger Dohndorf	Landrat Sömmerda
Alois Früchtl	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Fulda
Dirk Gaerte	Landrat Sigmaringen (bis 08.06.2011)
Werner Gassert	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Hohenlohekreis, Künzelsau
Joachim Gille	Mitarbeiter Marketing/Marktkommunikation, Stuttgart * (seit 08.06.2011)
Harald Kaiser	Vorsitzender des Betriebsrats Stuttgart *
Michael Kallweit	Vorsitzender des Betriebsrats Wiesbaden *
Horst Kary	Ehem. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau, Freiburg
Hubert Klement	Vertreter der Arbeitnehmer, Gerlingen * (bis 08.06.2011)
Jochen Knöpfle	Vorsitzender des Betriebsrats Mannheim *
Dirk Krause	Mitglied des Betriebsrats Stuttgart *
Gottfried Moser	Bürgermeister Wolfach
Dieter Petzold	2. Stv. Vorsitzender des Betriebsrats Mannheim * (bis 31.03.2012)
Michael W. Schmidt	Ehem. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Worms-Alzey-Ried, Worms (bis 30.06.2011)
Jeannette Stein	Mitarbeiterin Vertriebsunterstützung bAV, Mannheim * (seit 01.04.2012)
Wolfgang Vockel	Bürgermeister Tauberbischofsheim
Dr. Marcus Walden	Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Worms-Alzey-Ried, Worms (seit 01.07.2011)

VORSTAND

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl	Vorsitzender Konzernstrategie/Konzernsteuerung/Risikomanagement, Controlling/Unternehmensplanung, Personal, Recht/Kommunikation/Vorstandssekretariat, Revision, Vertrieb (kommissarisch, seit 01.02.2012)
Dr. Stefan Korbach	Kundenservice (Effizienz und Entwicklung, Kundenservice Nord und Süd)
Sven Lixenfeld	Leben (Mathematik, Betrieb / Leistung, Betriebliche Altersversorgung), Informationstechnologie
Gerhard Müller	Vertrieb (Grundsatz/Steuerung, Vertriebsdirektionen, Maklerdirektion, Vertrieb Sparkassen/Verbund, Marketing) (bis 31.01.2012)
Dr. Michael Völter	Finanzen (Kapitalanlage, Rückversicherung, Rechnungswesen, Steuern) Betriebsorganisation, Allgemeine Verwaltung
Dr. Klaus Zehner	Schaden/Unfall (Komposit Grundsatz/Produkte/Technik, Privat- und Firmenkunden Betrieb/Schaden)

Stand: 01.02.2012

LAGEBERICHT

ENTWICKLUNG DER GESAMTWIRTSCHAFT UND DER KAPITALMÄRKTE

Volkswirtschaft

Die Aufwärtsbewegung der **Weltkonjunktur** setzte sich 2011, wenn auch gebremst, fort. Insgesamt konnte nach vorläufigen Berechnungen des IWF ein Wachstum von 3,8 % (Vj. 5,2 %) verzeichnet werden. Treiber des Wachstums waren, wie in den vergangenen Jahren, die Schwellenländer. Im Unterschied hierzu mussten sich die reifen Volkswirtschaften mit bescheideneren Wachstumsraten begnügen. Konjunktur dämpfend wirkten sich dort vor allem die hohe Verschuldung der Staaten und Konsumenten sowie das Auslaufen von Konjunkturpaketen aus.

Insbesondere in den **USA** fielen die Daten zu Jahresbeginn ernüchternd aus. Auch waren die internationalen Lieferketten durch die verheerende Katastrophe in Fukushima (Japan) beeinträchtigt. Dies trieb unter anderem die schon durch die Unruhen im Nahen Osten gestiegenen Ölpreise weiter nach oben, was zusätzlich dämpfend wirkte.

Im **Euroraum** dagegen konnten zu Beginn des Jahres – vor allem in den Kernstaaten – positive Konjunkturdaten gemeldet werden. Insbesondere **Deutschland** profitierte von der schwungvollen Weltkonjunktur. Vor diesem Hintergrund und angesichts des gleichzeitig zunehmenden Inflationsdrucks durch steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise erhöhte die EZB erstmals seit 2008 wieder die Leitzinsen von 1,0 % auf bis zu 1,50 %. Im Umfeld solider Konjunkturdaten und der vermuteten geldpolitischen Trendwende stieg auch die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen von 2,97 % Ende 2010 auf 3,51 % im April an. Es bestand Zuversicht, das Schlimmste der Finanzmarkt- und Schuldenkrise der vergangenen Jahre überwunden zu haben. Sinkende Risikozinsaufschläge für italienische und spanische Staatsanleihen in den ersten Monaten des Jahres nährten diese Hoffnung.

Ende Juli verschärfte sich allerdings die Anspannungen an den **Staatsanleihenmärkten** wieder. Die Schuldenkrise erreichte in den Sommermonaten eine neue Dimension. Entgegen früherer politischer Zusagen sollte sich der Privatsektor mit einem »freiwilligen« Schuldenverzicht in Höhe von 21 % beteiligen, um die Schuldenmisere in Griechenland zu überwinden. Im Herbst wurde für Griechenland schließlich von einem Forderungsverzicht in Höhe von 50 % ausgegangen. Damit konnten Schuldenschnitte aus Sicht der Märkte auch für weitere Staaten nicht mehr ausgeschlossen werden. Diese würden bei Banken und Versicherungen als zentralen Investoren zu starken Belastungen führen. Die vorhandenen strukturellen Schwächen insbesondere südeuropäischer Länder wurden daher zunehmend kritischer gesehen. Aufgrund des hohen Schuldenstandes und den Spannungen in der Regierung rückte mit Italien schließlich ein Land in den Fokus, dessen schiere Größe die Möglichkeiten des bis dahin konzipierten Rettungsschirms bei weitem über-

stieg. Nachdem der Euroverbund bereits 2010 ins Wanken geriet, war er nun einer ernsthaften Existenzbedrohung ausgesetzt. Damit wurde die europäische Schuldenkrise wie 2010 zu einem zentralen und schwerwiegenden Belastungsfaktor für alle Risiko behafteten Kapitalanlagen. Dies führte gleichzeitig zu einer teils schon panikartigen Flucht in sichere Anlageklassen.

Die Risikoprämien für spanische und italienische Staatsanleihen erreichten in Folge dessen neue Höchststände seit Bestehen der Währungsunion. Die Rendite der als sicher angesehenen 10-jährigen Bundesanleihen fiel hingegen von ihrem Hoch von 3,51 % innerhalb von nur fünf Monaten um rund 2 Prozentpunkte auf bislang kaum vorstellbare Tiefststände von 1,63 %. Eine starke Gegenbewegung der Renditen deutscher Staatsanleihen, wie sie im Schlussquartal 2010 zu beobachten war, ist 2011 ausgeblieben. Die Langfristrenditen bewegten sich gegen Jahresende in einer engen Spanne um die Marke von 2 % in der Nähe der Tiefststände.

Aufgrund der Spannungen an den Anleihemärkten trübten sich die Konjunkturdaten und Stimmungsindikatoren in der Eurozone im zweiten Halbjahr merklich ein. Auch in Deutschland, das bislang als Wachstumslokomotive innerhalb Europas fungiert hatte, bremste das Wirtschaftswachstum ab. Erst im vierten Quartal zeigten die Immobilien- und Arbeitsmärkte in den USA mit Verzögerung erste Ansätze einer Belebung, was auch positive Auswirkungen auf Europa hatte.

Nach vorläufigen Berechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum insgesamt um 1,6 % gestiegen. Deutschland nimmt dabei mit einem Anstieg von 3,0 % wie im Vorjahr den Spitzenplatz unter den großen Euroländern ein. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt waren entsprechend positiv. Die Arbeitslosenquote sank zum Jahresende saisonbereinigt auf 6,8 % und damit auf den niedrigsten Stand im vereinigten Deutschland.

Die ausufernde Schuldenkrise und die nicht auszuschließende Gefahr, dass die Eurozone auseinander fällt, lösten auch an den **Aktienmärkten** heftige Turbulenzen aus. Allein im August brach der Euro Stoxx 50 im Tief um knapp 20 % ein. Insbesondere bei Bankaktien waren deutliche Kursabschläge zu beobachten, da die Probleme Italiens als drittgrößter Volkswirtschaft Europas den Euroraum in seiner Existenz bedroht hätten. Gerüchte über eine Rating-Herabstufung Frankreichs und nicht zuletzt die Rating-Verschlechterung der USA addierten sich zu weiteren Belastungsfaktoren. Erst im Schlussquartal konnten sich die europäischen Aktienmärkte in Folge der positiveren Konjunkturdaten wieder moderat von den Kursverlusten erholen. Dennoch fällt die Aktienmarkt-Bilanz für 2011 enttäuschend aus. Unter dem Strich verliert der Euro Stoxx 50 als europäisches Marktbarometer 17,1 %. Der deutsche Leitindex DAX fiel im Jahresverlauf um rund 14,7 %. Die amerikanischen Aktienmärkte zeigten sich 2011 stabil, sodass dem Dow Jones-Index sogar ein Kursplus von 5,5 % gelang.

Versicherungswirtschaft

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist im Jahr 2011 erneut moderat gestiegen. Dazu beigetragen hat die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und die erfolgten Tarifabschlüsse. Dies ist wichtig für die Nachfrage nach Versicherungsschutz, da über 80 % der Versicherungsnachfrage in Deutschland auf die privaten Haushalte entfällt. Auch die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte ist seit 2007 kontinuierlich angewachsen. Die Geschäftsentwicklung ist aber auch durch eine hohe Marktdurchdringung, einen moderaten Schadenverlauf, eine zunehmende Zahl an Vertragsabläufen sowie eine Intensivierung des Wettbewerbs geprägt. Vor dem Hintergrund einer Tendenz der Kunden zu sicheren Anlagen entwickelten sich die Geldanlagen bei Versicherungen insgesamt stabil.

In der Lebensversicherung stellte sich nach den Rekordjahren der Vergangenheit die erwartete Normalisierung des Einmalbeitragsgeschäftes ein. Dagegen haben sich die laufenden Beiträge aus dem Neugeschäft erfreulicherweise erholt. Leicht gestiegen ist der Neuzugang gemessen an der Vertragszahl. Im Einzelnen stellt sich das abgelaufene Geschäftsjahr 2011 nach den vom GDV veröffentlichten vorläufigen Zahlen wie folgt dar:

Die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge stieg um 2,9 % auf 6,3 Mio. Stück (Vj. 6,1 Mio. Stück). Der Neuzugang wies eine Versicherungssumme von 276,3 Mrd. Euro (Vj. 256,6 Mrd. Euro), Einmalbeiträge von 21,7 Mrd. Euro (Vj. 26,4 Mrd. Euro) und laufende Beiträge für ein Jahr von 6,1 Mrd. Euro (Vj. 5,7 Mrd. Euro) auf. Dies entspricht einem Anstieg der Versicherungssumme um 7,7 % und einem Rückgang der Einmalbeiträge um 17,4 %. Bei den laufenden Beiträgen war eine Steigerung von 8,2 % zu verzeichnen.

Der Neuzugang bei dem förderfähigen Produktsegment »Riester-Rente« belief sich auf insgesamt 0,95 Mio. Verträge (Vj. 0,98 Mio. Verträge) und lag damit um 3,6 % unter dem Niveau des Vorjahres. Der laufende Jahresbeitrag der eingelösten Versicherungsscheine belief sich auf 0,56 Mrd. Euro (Vj. 0,55 Mrd. Euro). Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung von 2,1 % (Vj. Rückgang um 9,0 %).

Im Neugeschäft der gleichfalls staatlich geförderten Basisrenten wurden im Geschäftsjahr 211,3 Tsd. Verträge (-3,2 %) mit einem laufenden Jahresbeitrag von 548,1 Mio. Euro (+6,0 %) neu abgeschlossen. Die versicherte Summe nahm um 3,0 % auf 9,0 Mrd. Euro zu. Mehr als die Hälfte der Verträge (114,3 Tsd. Stück) wurden als Einzelrentenverträge abgeschlossen.

Die gebuchten Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Geschäfts (ohne Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung) beliefen sich auf 83,2 Mrd. Euro (Vj. 87,2 Mrd. Euro). Dies entspricht einem Rückgang um 4,6 %. Während die laufenden Beiträge um 0,3 % stiegen, sanken die Einmalbeiträge um 17,4 %.

Der Versicherungsbestand betrug nach Versicherungssumme 2.665,4 Mrd. Euro (+2,8 %) und nach laufendem Beitrag 61,8 Mrd. Euro (+0,8 %). Die Stornoquote sank auf 5,1 % (Vj. 5,4 %).

WICHTIGE VORGÄNGE DER GESELLSCHAFT

Im April 2011 wurde mit IndexGarant ein neues kapitalmarkt-orientiertes Vorsorgeprodukt eingeführt, das die Lücke zwischen der klassischen Rentenversicherung und der Fondsgelinkten Lebensversicherung schließt. Die Gesellschaft wird somit den Anforderungen des Altersvorsorgemarktes gerecht. Die Produkteinführung war ein großer Erfolg, was sich an der hohen Anzahl der policierten Verträge in den ersten Monaten zeigt.

Im Geschäftsjahr wurde die Umsetzung des Projektes »ProSV« begonnen. Ziel ist die verbesserte Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern, insbesondere den Sparkassen. Dadurch sollen die Wachstums- und Ertragsziele der SV schneller erreicht und die Kundenzufriedenheit gesteigert werden. Resultierend aus einer Umfrage bei den baden-württembergischen Sparkassen und unter Einbeziehung aller Vertriebspartner sind über 300 Anforderungen entstanden, die unter dem Ziel der stärkeren Vertriebsorientierung umgesetzt werden. Eine wichtige Maßnahme war dabei die Durchführung von 145 Workshops mit den vertriebs- und kundennahen Bereichen des Innendienstes unter Beteiligung des Vorstands in den Konzernunternehmen. Bis zum Jahresende wurde ein Drittel der ProSV-Maßnahmen erfolgreich abgeschlossen und ein weiteres Drittel befindet sich bereits in der Umsetzungsphase.

Im vergangenen Jahr wurde das Projekt »PROMPT Prozesse, Mitarbeiter, Produkte, Technik« gestartet. Hauptziel war, die Prozesse in der Lebensversicherung und im Vertrieb zu optimieren. Im Geschäftsjahr wurden weitere wesentliche Verbesserungen in den Prozessen erreicht.

Die SVL hat sich der Assetklasse »Alternative Investments« zugewandt. Unter anderem wurde über Beteiligungsgesellschaften ein diversifiziertes Waldportfolio erworben, das für die Kapitalanlage wegen der erwarteten regelmäßigen und steuerbaren Rückflüsse sowie der geringen Abhängigkeit zur Entwicklung der Zins- und Aktienmärkte eine interessante Anlageklasse darstellt. Die Zielinvestments müssen anerkannte Nachhaltigkeitsstandards (Zertifizierung) erfüllen.

Um die Versicherungsaufsicht in Europa zu harmonisieren, verabschiedete das europäische Parlament 2009 die Rahmenrichtlinie Solvency II. Zur Umsetzung der Anforderungen aus Solvency II wurde ein Projekt aufgesetzt, in dem bereichsübergreifend die Themen strukturiert und zielgerichtet bearbeitet werden. Wie bei Basel II im Bankbereich wird ein sogenannter 3-Säulen-Ansatz verfolgt. Bei diesem wird ein ganzheitliches

System eines qualitativen und quantitativen Vorgehens zur Sicherung der Gesamtsolvabilität angestrebt. Im Mittelpunkt stehen die Solvabilitätsvorschriften für die Eigenmittelausstattung von Versicherungsunternehmen (Säule 1), die jedoch von einer Vielzahl qualitativer Anforderungen an das Risikomanagement und an das gesamte Versicherungsunternehmen (Säule 2) sowie von umfangreichen Berichtspflichten an die BaFin und an die Öffentlichkeit ergänzt werden (Säule 3).

Der Stuttgarter Standort der SV wurde für seinen betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz vom Umweltministerium als ECOfit-Betrieb ausgezeichnet. Des Weiteren wurde ein Nachhaltigkeitsbericht erstellt, der über das Thema Umwelt hinaus auch weitere nachhaltige Aspekte der Unternehmensführung betrachtet. Themen wie Kunden, Personal und gesellschaftliches Engagement spielen eine Rolle. Der Nachhaltigkeitsbericht der SV richtet sich nach einem weltweiten Standard, der von der Global-Reporting-Initiative der Vereinten Nationen entwickelt wurde.

GESCHÄFTSVERLAUF

Gesamtergebnis

Insgesamt verlief das Geschäftsjahr sehr erfreulich. Die Gesellschaft hat sich in einem schwierigen Marktumfeld und der tief greifenden Euro- und Schuldenkrise gut behauptet.

Im Geschäftsjahr 2011 sind die gebuchten Bruttobeiträge gegenüber dem Vorjahr um 25,7 % auf 1.637,3 Mio. Euro gesunken. Dies ist auf die beabsichtigte Reduktion des Einmalbeitragsgeschäfts zurückzuführen. Das Neugeschäft nach laufenden Jahresbeiträgen konnte dagegen um mehr als 32 % auf 97,9 Mio. Euro gesteigert werden. Diese erfreuliche Entwicklung ist insbesondere auf die Forcierung der betrieblichen Altersversorgung, aber auch auf die erfolgreiche Einführung des neuen Produktes IndexGarant zurückzuführen. Das gesamte Geschäft in der betrieblichen Altersversorgung hat sich sehr gut entwickelt, so dass die Gesellschaft in den letzten vier Jahren dieses Geschäft vervierfachen konnte.

Einen deutlichen Anstieg gab es bei den gezahlten Versicherungsleistungen. Ursache waren planmäßig hohe Abläufe von Versicherungen, welche 1999 vor dem Hintergrund der sich ändernden steuerlichen Behandlung abgeschlossen wurden. Die Abgänge durch Stornofälle konnten im Geschäftsjahr deutlich auf 4,5 % (Vj. 4,8 %) reduziert werden. Die Stornoquote ist damit geringer als der Branchendurchschnitt, der bei 5,1 % liegt.

Im Vergleich zum Vorjahr wurde 2011 ein geringerer Gesamtüberschuss in Höhe von 243,2 Mio. Euro (Vj. 296,2 Mio. Euro) erwirtschaftet. Dies ist hauptsächlich auf die Auswirkungen der Finanzkrise in den Euroländern in 2011 zurückzuführen. Die Gesellschaft hat insgesamt dennoch ein gutes Kapitalanlageergebnis in Höhe von 709,0 Mio. Euro (Vj. 793,8 Mio. Euro) erwirtschaftet. So kann wie in den Vorjahren den Versicherungsnehmern erneut eine attraktive und sichere Verzinsung der Sparanteile zugeteilt werden.

Vom Gesamtüberschuss wurden 213,2 Mio. Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. 30 Mio. Euro (Vj. 25,0 Mio. Euro) wurden aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags an die SVH abgeführt.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge haben sich um 566,2 Mio. Euro bzw. 25,7 % auf 1.637,3 Mio. Euro (Vj. 2.203,5 Mio. Euro) vermindert. Dieser Rückgang resultiert aus der geplanten Reduktion der Einmalbeiträge, die um 552,8 Mio. Euro auf 620,7 Mio. Euro (Vj. 1.173,4 Mio. Euro) gesunken sind.

Die laufenden gebuchten Bruttobeiträge gingen um 1,3 % auf 1.016,6 Mio. Euro (Vj. 1.030,1 Mio. Euro) zurück. Ursächlich hierfür ist die hohe Anzahl von ablaufenden Lebensversicherungen, die im Jahr 1999 verstärkt aufgrund steuerlicher Änderungen abgeschlossen wurden. Das starke Neugeschäft konnte diesen Abgang nicht vollständig kompensieren.

Die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung haben sich im Berichtsjahr um 7,7 Mio. Euro auf 103,5 Mio. Euro reduziert.

Die Gesamtbeiträge sind gegenüber dem Vorjahr um 24,8 % auf 1.740,8 Mio. Euro gesunken.

Versicherungsleistungen

An die Versicherungsnehmer wurden Versicherungsleistungen in Höhe von 2.269,0 Mio. Euro (Vj. 1.486,5 Mio. Euro) erbracht. Dies entspricht einem gestiegenen Auszahlungsvolumen von 52,6 % gegenüber dem Vorjahr. Hiervon entfielen 1.676,8 Mio. Euro (Vj. 929,6 Mio. Euro) – und damit 80,4 % mehr als im Vorjahr – auf Ablaufleistungen. Auf Todes- und Heiratsfälle entfielen 63,5 Mio. Euro (Vj. 57,4 Mio. Euro), auf Leistungen aus Rentenversicherungen und Berufsunfähigkeits(zusatz)versicherungen 217,5 Mio. Euro (Vj. 196,2 Mio. Euro). Für Rückkäufe wurden im Berichtsjahr 311,2 Mio. Euro (Vj. 303,3 Mio. Euro) aufgewendet. Die Aufwendungen für die Abwicklung der Versicherungsleistungen sind um 25,7 % auf 15,4 Mio. Euro (Vj. 12,2 Mio. Euro) gestiegen.

Für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer wurden im Berichtsjahr 271,8 Mio. Euro (Vj. 272,7 Mio. Euro) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen.

Aufwendungen Versicherungsbetrieb

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 187,3 Mio. Euro (Vj. 179,3 Mio. Euro) setzen sich aus 153,2 Mio. Euro (Vj. 131,1 Mio. Euro) Abschlussaufwendungen und 34,1 Mio. Euro (Vj. 48,2 Mio. Euro) Verwaltungsaufwendungen zusammen.

Der Anstieg der Abschlussaufwendungen ist auf erhöhte Abschlussprovisionen infolge der positiven Produktionsentwicklung im Neugeschäft zurückzuführen. Darüber hinaus führt eine verursachungsgerechtere Zuordnung der Kostenbeteiligung

der SVL an den Vertriebskosten der SVH zu erhöhten Abschluss- und reduzierten Verwaltungsaufwendungen.

In Relation zur Neugeschäfts-Beitragssumme betragen die Abschlussaufwendungen 53,6 ‰ (Vj. 47,1 ‰). Die Verwaltungsaufwendungen sanken im Verhältnis zu den gebuchten Bruttobeiträgen auf 2,1 ‰ (Vj. 2,2 ‰).

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die Nettoerträge aus Kapitalanlagen (ohne Erträge aus Kapitalanlagen der Fondsgebundenen Lebensversicherung) haben sich um 0,7 ‰ auf 751,7 Mio. Euro (Vj. 756,9 Mio. Euro) vermindert. Nach der vom GDV empfohlenen Berechnungsmethode ergab sich im Berichtsjahr eine laufende Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen von 4,17 ‰ (Vj. 4,15 ‰) und im Durchschnitt der letzten drei Jahre von 4,23 ‰. Die Nettoverzinsung beträgt 4,15 ‰ (Vj. 4,30 ‰) und im Durchschnitt der letzten drei Jahre 4,05 ‰. Damit konnte erneut ein gutes Kapitalanlageergebnis erwirtschaftet werden.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise waren im Geschäftsjahr stärker spürbar als noch im vergangenen Jahr. Außerplanmäßige Abschreibungen mussten in Höhe von 69,7 Mio. Euro vorgenommen werden, nachdem die Belastung im Vorjahr bei 35,0 Mio. Euro lag. Gleichzeitig konnten in den vergangenen Geschäftsjahren abgeschriebene Kapitalanlagen um insgesamt 22,7 Mio. Euro (Vj. 13,2 Mio. Euro) wieder zugeschrieben werden.

Steuern

Im Geschäftsjahr ergab sich ein Aufwand für Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 40,0 Mio. Euro (Vj. 26,2 Mio. Euro). Im Wesentlichen ist dies auf steuerlich nicht anerkannte Abschreibungen auf Fonds und Beteiligungsunternehmen, thesaurierte Fondserträge sowie dem gegenüber dem Vorjahr um 5,0 Mio. Euro höheren Jahresergebnis zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat durch den Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrags seit 01.01.2009 eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SVH. Aufgrund dieses Vertrages wird der Ertragsteueraufwand für Geschäftsjahre ab 2009 als Körperschaft- und Gewerbesteuer-Organschaftsumlage ausgewiesen.

Jahresüberschuss

Die Gesellschaft hat ihr erwirtschaftetes Jahresergebnis in Höhe von 30 Mio. Euro an die SVH abgeführt. Eine entsprechende Verbindlichkeit gegenüber der SVH wurde eingestellt.

Finanzlage

Hauptziel des Finanzmanagements ist es, die Zahlungsfähigkeit sowohl kurzfristig als auch dauerhaft zu sichern. Die aus den Versicherungs- und sonstigen Verträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen sollen zu jeder Zeit erfüllbar sein. Hierzu werden die Zahlungsmittelzu- und -abflüsse kontinuierlich geplant und überwacht. Das Vermögen wird dabei so angelegt, dass eine möglichst hohe Sicherheit und Rentabilität bei ausreichender Liquidität unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung erreicht wird.

Die Gesellschaft konnte ihre aus den Versicherungs- und sonstigen Verträgen resultierenden Zahlungsverpflichtungen im Berichtsjahr jederzeit uneingeschränkt erfüllen. Auch aktuell sind keine Liquiditätsengpässe erkennbar.

Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt wie im Vorjahr 207,2 Mio. Euro. In Relation zur Deckungsrückstellung steigt die Eigenkapitalquote von 1,24 ‰ im Vorjahr auf 1,26 ‰.

Die Solvabilitätsspanne beträgt 732,5 Mio. Euro (Vj. 743,7 Mio. Euro). Die Überdeckung liegt nunmehr bei 181 ‰ (Vj. 179 ‰).

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen der Gesellschaft sind im Anhang auf Seite 34 dargestellt.

Vermögenslage

Versicherungsbestand

Der Versicherungsbestand ist gemessen an der Anzahl der Verträge um 3.309 Stück gesunken. Er umfasste am Ende des Geschäftsjahres 1.739.072 Verträge (Vj. 1.742.381 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 46.218,8 Mio. Euro (Vj. 46.412,8 Mio. Euro). Der Bestand nach laufendem Jahresbeitrag sank um 0,3 ‰ auf 1.033,0 Mio. Euro (Vj. 1.036,3 Mio. Euro). Die durchschnittliche Versicherungssumme des gesamten Bestandes lag bei rund 26.660 Euro (Vj. 26.640 Euro).

Der Bestand setzte sich wie folgt zusammen:

	Versicherungssumme				Laufender Beitrag für 1 Jahr			
	2011		2010		2011		2010	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Einzel-Kapitalversicherungen	15.260	33,0	16.471	35,5	457,1	44,2	494,6	47,7
Einzel-Risikoversicherungen	8.578	18,6	8.332	18,0	35,1	3,4	34,1	3,3
Einzel-Rentenversicherungen	16.546	35,8	15.646	33,7	470,8	45,6	437,0	42,2
Sonstige Einzelversicherungen (FLV)	1.223	2,6	1.261	2,7	40,6	3,9	43,2	4,2
Kollektivversicherungen	4.612	10,0	4.703	10,1	29,4	2,8	27,4	2,6
	46.219	100,0	46.413	100,0	1.033,0	100,0	1.036,3	100,0

Der auf das Geschäftsgebiet bezogene regionale Marktanteil ist gemessen an der Anzahl der Verträge auf 8,0 % (Vj. 7,9 %) gestiegen.

Im Berichtsjahr wurde ein **Neuzugang** von 171.549 Verträgen (Vj. 167.377 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 4.443,2 Mio. Euro (Vj. 4.250,2 Mio. Euro), laufenden Beiträgen von 97,9 Mio. Euro (Vj. 74,0 Mio. Euro) und Einmalbeiträgen von 620,7 Mio. Euro (Vj. 1.171,8 Mio. Euro) erzielt.

Vom Neugeschäft nach laufendem Beitrag für ein Jahr entfielen auf

- Einzel-Kapitalversicherungen 14,8 %,
- Einzel-Risikoversicherungen 4,3 %,
- SV PrämienRente 11,8 %,
- sonstige Einzel-Rentenversicherungen 58,2 %,
- sonstige Einzelversicherungen (FLV) 6,0 % und
- Kollektivversicherungen 4,9 %.

Die Beitragssumme des Neugeschäfts konnte im Berichtsjahr um 2,7 % auf 2.857,5 Mio. Euro (Vj. 2.782,9 Mio. Euro) gesteigert werden.

Die regionalen Marktanteile nach statistischem laufendem Jahresbeitrag ist gegenüber dem Vorjahr deutlich von 5,4 % auf 6,6 % gestiegen. Gemessen an der Stückzahl ging der Marktanteil leicht von 11,3 % auf 11,2 % zurück.

Der **Abgang** – ohne Vertragsänderungen – belief sich auf 174.930 Verträge (Vj. 148.506 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 4.973,1 Mio. Euro (Vj. 4.272,6 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 99,3 Mio. Euro (Vj. 89,0 Mio. Euro). Auf Abläufe entfielen 96.248 Verträge (Vj. 71.982 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 2.993,3 Mio. Euro (Vj. 2.270,8 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 49,8 Mio. Euro (Vj. 36,3 Mio. Euro). Durch Todesfälle ergab sich ein Abgang von 6.483 Verträgen (Vj. 5.784 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 149,8 Mio. Euro (Vj. 128,2 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 2,8 Mio. Euro (Vj. 2,4 Mio. Euro).

Zu vorzeitigen Abgängen kam es bei 72.199 Verträgen (Vj. 70.740 Verträge) mit einer Versicherungssumme von 1.830,1 Mio. Euro (Vj. 1.873,6 Mio. Euro) und laufenden Beiträgen von 46,7 Mio. Euro (Vj. 50,3 Mio. Euro).

Die Stornoquote nach statistischem laufendem Jahresbeitrag liegt mit 4,5 % (Vj. 4,8 %) weiterhin deutlich unter dem Branchendurchschnitt des Jahres 2011 von 5,1 % (Vj. 5,4 %).

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der hohen Abläufe um 1,8 % auf 17.927,2 Mio. Euro (Vj. 18.259,7 Mio. Euro) gesunken. Die SVL hat im Geschäftsjahr ihre sicherheitsorientierte Anlagepolitik fortgesetzt. Der weit überwiegende Teil der Kapitalanlagen ist in sicheren, fest-

verzinslichen Wertpapieren angelegt. Zur Verbesserung des Chance-Risiko-Profiles sind hauptsächlich Immobilien- und Aktienengagements im Rahmen der Risikotragfähigkeit beigemischt. Die Aktienbestände sind dabei mit einer optionalen Sicherungsstrategie unterlegt, um die Auswirkungen von Kursverlusten zu begrenzen.

Der Gesellschaft stehen zum 31.12.2011 saldiert stille Reserven in Höhe von 1.060,9 Mio. Euro (Vj. 625,5 Mio. Euro) zur Verfügung. Damit wurde die Substanz des Unternehmens weiter gestärkt. Die darin enthaltenen stillen Lasten haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht und betragen 242,8 Mio. Euro (Vj. 149,5 Mio. Euro). Die stillen Lasten bestehen überwiegend bei festverzinslichen Wertpapieren. Es wird davon ausgegangen, dass die bestehenden Lasten nur vorübergehend sind. Ein weiterer Abschreibungsbedarf ergibt sich daher nicht. Den stillen Lasten stehen stille Reserven in Höhe von insgesamt 1.303,7 Mio. Euro (Vj. 775,0 Mio. Euro) gegenüber. Die stillen Reserven resultieren überwiegend aus Zinspapieren. Aufgrund des zum Jahresende niedrigen Zinsniveaus ergaben sich bei diesen Papieren höhere Bewertungen.

Bei den Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten waren Zugänge in Höhe von 0,8 Mio. Euro zu verzeichnen. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Kauf einer Gewerbeimmobilie.

Die Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind von 635,0 Mio. Euro auf 725,7 Mio. Euro gestiegen. Neu investiert wurden 83,5 Mio. Euro in die SVL-LuxInvest. Desweiteren wurde in verschiedene Private-Equity-Engagements investiert. Während Abschreibungen auf einzelne strategische Beteiligungen belastet haben, konnte aufgrund der guten Entwicklung der Immobilienmärkte eine in den Vorjahren abgeschriebene Beteiligung wieder um 7,0 Mio. Euro zugeschrieben werden. Ebenso haben sich die Private-Equity-Engagements deutlich im Wert erholt, was sich positiv auf das Kapitalanlageergebnis ausgewirkt hat.

In Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden 164,8 Mio. Euro (Vj. 2.316,0 Mio. Euro) investiert. In diesem Bereich wurden die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise besonders spürbar, sodass allein auf Wertpapierfonds Abschreibungen in Höhe von 46,2 Mio. Euro notwendig wurden.

Bei festverzinslichen Wertpapieren gingen 310,2 Mio. Euro (Vj. 391,4 Mio. Euro) zu. Die Investition erfolgte hauptsächlich in Staatsanleihen von Ausstellern innerhalb der EU.

An Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen gingen 147,3 Mio. Euro (Vj. 107,8 Mio. Euro) zu. Das Neugeschäft in Zusammenarbeit mit den Sparkassen konnte deutlich gesteigert werden.

Bei Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen waren Zugänge in Höhe von 398,2 Mio. Euro (Vj. 932,2 Mio. Euro) zu verzeichnen. Anlageschwerpunkt waren Investitionen bei Kreditinstituten und in Anleihen der Bundesländer.

Der Bestand der Anderen Kapitalanlagen hat sich auf 174,0 Mio. Euro (Vj. 183,8 Mio. Euro) verringert. Hintergrund sind vor allem Kündigungen von stillen Beteiligungen durch die Emittenten.

Die einzelnen Kapitalanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

	2011		2010		Veränd. Mio. €
	Mio. €	%	Mio. €	%	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	339,4	1,9	347,0	1,9	-7,6
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	725,7	4,0	635,0	3,5	90,7
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.175,4	28,9	5.125,9	28,1	49,5
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	996,2	5,6	804,4	4,4	191,8
Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	1.051,6	5,9	1.004,9	5,5	46,7
Namensschuldverschreibungen	5.473,0	30,5	6.088,3	33,3	-615,3
Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen	3.938,2	22,0	4.012,2	22,0	-74,0
Darlehen und Vorauszahlungen	53,6	0,3	58,2	0,3	-4,6
Anderer Kapitalanlagen	174,0	1,0	183,8	1,0	-9,7
	17.927,2	100,0	18.259,7	100,0	-332,5

UNTERNEHMENSVERBUND

Das Aktienkapital der Gesellschaft hält die SVH zu 99,99 %. Die Gesellschaft ist entsprechend § 15 AktG mit der SVH sowie der Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart, die ihrerseits 61,3 % der Anteile an der SVH hält, verbunden.

Die SVH hat mit der Gesellschaft einen Beherrschungsvertrag und einen Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Des Weiteren besteht mit der SVH als Organträger ein umsatz- und ein ertragsteuerliches Organschaftsverhältnis.

Die Gesellschaft ist außerdem mit folgenden Unternehmen verbunden:

UNTERNEHMEN	Anteilsbesitz gehalten von	Anteil %
SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart	SVH	98,68
SV bAV Consulting GmbH, Stuttgart	SVH	100,0
SV Beteiligungs- und Grundbesitzgesellschaft mbH, Stuttgart	SVL	100,0
SVG Beteiligungs- und Immobilien-GmbH, Stuttgart	SVG	100,0
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Löwentor KG, Stuttgart	SVG SVL	5,1 94,9
SV-Immobilien Beteiligungsgesellschaft Nr. 1 mbH, Stuttgart	SVG	100,0
SV Informatik GmbH, Mannheim	SVH	100,0
SV Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	SVL	100,0
SV-Kommunal GmbH, Erfurt	SVG	100,0
ecosenergy Betriebsgesellschaft mbH u. Co. KG, Greven	SVL SVG	60,0 40,0
HNT-Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	SVG SVL	75,0 25,0
Magdeburger Allee 4 Projektgesellschaft mbH, Erfurt	SVL SVG	66,7 33,3
Neue Mainzer Straße 52-58 Finanzverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Hochhaus KG, Stuttgart	SVG SVL	66,7 33,3
SV Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG, Stuttgart	SVL SVG	66,7 33,3
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Dotzheim KG, Stuttgart	SVL	100,0
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH, Stuttgart	SVH	94,1
SüdBau Projektentwicklung und Baumanagement GmbH, Stuttgart	SVH	66,7
TFK Hessengrund-Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Tiefgarage Friedrichsplatz Kassel KG, Kassel	SVG	66,7
BSÖ Beteiligungsgesellschaft mbH, München	SVH	55,0
ecosenergy Betriebsmanagement GmbH, Greven	ecosenergy GmbH	100,0
ecosenergy GmbH, Greven	SVG SVL	31,2 20,0
CombiRisk Risk-Management GmbH, München	SVG	51,0
SV-Luxinvest S.à r.l., Luxemburg	SVH	100,0
SVG-LuxInvest SCS SICAF-SIF, Luxemburg	SVG	100,0
SVL-LuxInvest SCS SICAF-SIF, Luxemburg	SVL	100,0
VGG Underwriting Service GmbH, München	SVG	51,0

Der Rechenzentrumsbetrieb wird von der GaVI, die übrigen Tätigkeiten im Bereich der Datenverarbeitung von der SV Informatik ausgeführt. Auf die Konzernmutter SVH sind verschiedene Funktionen und Aufgaben ausgliedert.

PERSONAL- UND SOZIALBERICHT

KENNZAHLEN ZU DEN MITARBEITERN	SVL	SV-Konzern
Anzahl Mitarbeiter Innendienst per 31.12.2011	346	3.006
Anteil Frauen %	59,5	52,8
Anteil Männer %	40,5	47,2
Anteil Vollzeitmitarbeiter in %	79,8	78,6
Anteil Teilzeitmitarbeiter in %	20,2	21,4
Alter (Durchschnittsjahre)	39,0	42,7
Anzahl angestellter Außendienst per 31.12.2011	-	735
Anzahl freier Außendienst per 31.12.2011	-	1.230
Anzahl Mitarbeiter insgesamt per 31.12.2011	346	4.971

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl der Mitarbeiter im SV-Konzern um 1,7 % gestiegen.

Bedeutung der Mitarbeiter in der SV

Der wirtschaftliche Erfolg der SV hängt von der Zufriedenheit der Kunden ab. Diese wiederum wird wesentlich von der Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beeinflusst. Deshalb ist die Personalstrategie eng mit der Unternehmensstrategie der SV und ihren Zielen verzahnt. Die Personalentwicklung nimmt hierbei eine entscheidende Rolle ein.

Personalentwicklung

Mit dem internen Weiterbildungsprogramm und den zielgruppenspezifischen Programmen für Führungskräfte, Nachwuchskräfte und Projektleiter trägt die SV den hohen Anforderungen an die Personalentwicklung Rechnung. Hierbei kann zwischen persönlichkeitsbildenden, fachlichen und methodischen Weiterentwicklungsmöglichkeiten differenziert werden.

Mitarbeiterbefragung 2011

Nach der Erstbefragung im Jahr 2008 fand Ende 2011 eine erneute Mitarbeiterbefragung mit einer Rücklaufquote von über 80 % statt. Nach der Auswertung der Umfrage werden die Ergebnisse kommuniziert, um im Anschluss an den genannten Stärken und Handlungsfeldern arbeiten zu können. In Summe kann eine deutliche Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit festgestellt werden.

Trainingstage für Führungskräfte

Im Rahmen der Mitarbeiterbefragung 2008 wurde der Bedarf identifiziert, die Abteilungs- und Gruppenleiter der SV in ihrer Funktion als Führungskraft durch eine gezielte, obligatorische Workshopreihe zu unterstützen. Hierbei wurden die Themen »Lebensbalance – Motivation durch Ausgewogenheit«, »Konsequent führen – Klarheit in Kommunikation und im Handeln« und »Die Führungskraft als erster Personalentwickler« behandelt.

Aus den Rückmeldungen der Führungskräfte zeigte sich, dass die Teilnehmer die hierarchische Mischung der einzelnen Gruppen und die Möglichkeit zur konzernweiten Netzwerkbildung besonders wertvoll fanden. Positiv aufgenommen wurde auch die Chance, sich selbst zu reflektieren und sich mit dem Leitbild sowie den SV-Grundsätzen der Zusammenarbeit kritisch auseinanderzusetzen.

Nachwuchskräfteentwicklung

Im Frühjahr 2011 schlossen fünf Mitarbeiter/-innen das Nachwuchskräfteentwicklungsprogramm mit einem Potenzial-Assessment-Center und einer individuellen Handlungsempfehlung ab, um im Anschluss daran neue Aufgaben übernehmen zu können.

Das nächste Programm soll im Jahr 2012 durchgeführt werden.

Traineeprogramm

Mit dem Traineeprogramm unterstützt die SV Akademiker beim Einstieg ins Unternehmen und wirkt gleichzeitig den Auswirkungen des demografischen Wandels entgegen. Anfang November 2009 begann das zweite Traineeprogramm der SV für Hochschulabsolventen. Nach 18 Monaten, in denen die acht Teilnehmer in verschiedenen Bereichen tätig waren und ein breit gefächertes begleitendes Programm absolvierten, endete die Maßnahme im Mai 2011.

Im November 2011 startete die dritte Reihe mit acht Hochschulabsolventen.

Berufsausbildung

Im Jahr 2011 beendeten 64 Versicherungskaufleute ihre Ausbildung mit der Abschlussprüfung vor der IHK. Zusätzlich beendeten 14 Studierende ihr Studium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Mit einer hohen Ausbildungsquote beweist die SV erneut ihre soziale Verantwortung als Arbeitgeber in den Regionen. Mit einer Übernahmequote von rund 80 % unterstreicht sie ihren Anspruch, den Anforderungen des Marktes und den Herausforderungen der demografischen Entwicklung mit jungen, selbst ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu begegnen.

AUSBILDUNGSZAHLEN

Standorte	Anzahl Abschlüsse Versicherungs- kaufleute	davon im Außendienst übernommen	davon im Innendienst unbefristet übernommen	davon im Innendienst befristet übernommen	Anzahl Abschlüsse Studenten Duale Hochschule	davon übernommen
Stuttgart	12	3	2	4	7	6
Mannheim	6	3	1	1	7	5
Wiesbaden	13	5	2	3	0	0
Karlsruhe	10	6	2	0	0	0
Kassel	13	7	2	1	0	0
Erfurt	10	6	1	2	0	0
Summe	64	30	10	11	14	11

Qualifizierungs- und Entwicklungsprogramm Außendienst

Ein aus vielen Bausteinen bestehendes Qualifizierungs- und Entwicklungsprogramm wurde für den gesamten Außendienst – vom Auszubildenden bis zum Führungsaußendienst – entworfen. Wesentliche Ziele sind, das Personal im Verkaufsaußendienst quantitativ und qualitativ auszubauen sowie die Produktivität der Kundenberater zu steigern. Dies soll erreicht werden, indem vorhandene Maßnahmen vertieft und Neuerungen wie die optimierte Einarbeitung und Qualifizierung von neuen Kundenberatern eingeführt werden. Zudem werden gezielte Programme für Personalentwicklungsmaßnahmen für Geschäftsstellenleiter und den Führungsaußendienst durchgeführt. Im Rahmen eines Pilotprojektes hat die SV an der durch den VöV initiierten Zertifizierung von Geschäftsstellen teilgenommen. Die Ansätze sollen in der Folge auf weitere Geschäftsstellen ausgeweitet werden.

RISIKEN UND CHANCEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG**Organisation des Risikomanagements**

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherung der Unternehmensziele, indem sämtliche risikorelevanten Sachverhalte sowie strategische Chancen zu einer ganzheitlichen Unternehmenssicht überführt werden.

Die Verantwortlichkeiten für das Risikomanagement sind eindeutig definiert. Hierdurch wird eine klare Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Überwachung und Kontrolle sowie zwischen unvereinbaren Positionen garantiert. Der Vorstand legt die geschäftspolitischen Ziele sowie die Risikostrategie nach Rendite- und Risikogesichtspunkten verbindlich fest und trägt die Verantwortung für die Definition unternehmensweit gültiger Rahmenbedingungen für das gesamte Risikomanagement.

Das zentrale Risikomanagement übernimmt

- die Pflege, Anpassung und Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems,
- die Koordination und Integration der jeweiligen Risikomanagement-Aktivitäten,
- die Aktualisierung und Auswertung der Risikoinformationen sowie
- die Kommunikation der Risikosituation.

Die einzelnen Hauptabteilungsleiter als dezentrale Risikomanager treffen operative Entscheidungen über die Risikoprüfung und sind für die Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken ihres Geschäftsbereiches, die laufende Verbesserung der dezentralen Systeme sowie Ad-hoc-Risikomeldungen verantwortlich.

Im jährlichen Rhythmus erfolgt eine Überprüfung des Risikomanagementsystems durch die interne Revision. Zusätzlich wird das Risikofrüherkennungssystem regelmäßigen Prüfungen durch die Wirtschaftsprüfer der SV unterzogen. Die letzten Prüfungen haben die Funktionsfähigkeit bestätigt. Um den steigenden Anforderungen an sich verändernde Rahmenbedingungen gerecht zu werden, wird der Risikomanagementprozess der SV stetig angepasst und weiterentwickelt. Insbesondere vor dem Hintergrund der künftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen durch Solvency II wurde in 2011 ein konzernweites und bereichsübergreifendes Projekt implementiert.

Risikomanagementprozess

Der Umgang mit Risiken ist ebenso wie die gesamte Risikopolitik in allen Unternehmensbereichen und allen relevanten Geschäftsprozessen verankert und als laufender Prozess angelegt. Er umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken und Chancen im Unternehmen und wird als ein integrativer Bestandteil der allgemeinen Entscheidungsprozesse und Unternehmensabläufe verstanden.

Der Risikokontrollprozess beinhaltet die Bereiche Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -überwachung sowie die Kommunikation und Adressierung bestehender Risiken.

Gemäß der Konzeption des Risikomanagementsystems werden im Rahmen der jährlich stattfindenden Risikoinventur alle Hauptabteilungsleiter sowie die Geschäftsführung der SV Informatik aufgefordert,

- die relevanten – mindestens jedoch die zwei größten – Risiken ihres Verantwortungsbereichs sowie
- Maßnahmen zur Risikoreduktion und
- mögliche Chancen zu melden.

Die Ergebnisse werden abschließend in thematisch übergreifenden Handlungsfeldern zusammengeführt. Sie liefern neben der aktuellen Risiko- und Chancensituation gleichzeitige wichtige Anhaltspunkte für die Festlegung der strategischen Zielgrößen und Maßnahmenpläne in den einzelnen Strategiefeldern. Um eine adäquate Überwachung und Steuerung der Chancen und Risiken zu ermöglichen, werden zusätzlich risikomindernde Maßnahmen sowie geeignete Frühwarnindikatoren identifiziert und regelmäßig aktualisiert. Auf Basis der Risikoinventur erstellt das zentrale Risikomanagement den jährlichen Risikobericht der SV.

Das zentrale Risikomanagement beobachtet und diskutiert darüber hinaus die Entwicklung der aktuellen Risikosituation sowie der einzelnen Frühwarnindikatoren regelmäßig im Rahmen monatlicher Risikorunden. Zusätzlich wird die unterjährige Risikosteuerung um ein Ampel- und Limitsystem ergänzt. Hierdurch werden risikorelevante Entwicklungen rechtzeitig erkannt und Handlungsmöglichkeiten gesichert. Bei Bedarf wird an den Vorstand oder den verantwortlichen Hauptabteilungsleiter eskaliert. Die Ergebnisse der Risikorunden werden dem Vorstand monatlich und dem Aufsichtsrat quartalsweise berichtet.

Ergebnisse der Risikoerhebung

Versicherungstechnische Risiken

Lebensversicherungsverträge werden mit fest vereinbarten Beiträgen und mit langfristigen Garantien hinsichtlich der Höhe und Dauer der nach Eintritt des Versicherungsfalles zu erbringenden Leistungen abgeschlossen. Während der gesamten Vertragslaufzeit ist eine Beitragsanpassung in der Regel nicht vorgesehen. Somit kann eine wesentliche Änderung der biometrischen Risiken zu einer Finanzierungslücke hinsichtlich der Erfüllung von garantierten Leistungen führen.

Zu den biometrischen Risiken zählen das Todesfall-, das Berufsunfähigkeits- und das Langlebighkeitsrisiko. Eine Abweichung der realen von der kalkulierten Sterblichkeit beeinflusst das versicherungstechnische Ergebnis bei gemischten und reinen Todesfallversicherungen sowie bei Rentenversicherungen.

Eine wesentliche Änderung der biometrischen Verhältnisse kann zu einer Finanzierungslücke hinsichtlich der Erfüllung von garantierten Leistungen führen. Dieses Risiko ist insbesondere bei Verträgen mit langer Vertragslaufzeit gegeben, da die Gefahr der Änderung der biometrischen Verhältnisse über einen langen Zeitraum besonders groß ist.

Zu den versicherungstechnischen Risiken zählt auch das Stornorisiko, welches bei Tarifen mit garantierten Rückkaufswerten aus einem schnellen, deutlichen Zinsanstieg resultieren kann. Ein solcher Zinsanstieg kann zu einem Kursrückgang der die versicherungstechnischen Verbindlichkeiten bedeckenden zinstragenden Aktiva führen, während die Rückkaufswerte unabhängig von der Entwicklung der sie bedeckenden Aktiva gewährt werden. Im Ergebnis ist somit der Unterschied zwischen den gewährten Rückkaufswerten und dem Marktwert der sie bedeckenden Aktiva als benötigtes Risikokapital zu sehen.

Ein weiteres Risiko ergibt sich aus der Tatsache, dass Verfahren zu Klauseln in den »Allgemeinen Geschäftsbedingungen« zum Rückkaufwert, zur beitragsfreien Versicherungsleistung, zum Stornoabzug und zur Verrechnung der Abschlusskosten bei Kapitallebensversicherungen, Rentenversicherungen sowie fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen bei verschiedenen Gerichten anhängig sind. Die Landgerichte Hamburg und Stuttgart haben über Verbandsklagen der Verbraucherzentrale Hamburg gegen einige Lebensversicherungsgesellschaften entschieden und das Oberlandesgericht Hamburg wie auch das OLG Stuttgart die jeweilige Berufung der Beklagten weitgehend zurückgewiesen. Betroffen sind von der Entscheidung des OLG Hamburg Verträge, die zwischen Ende 2001 und Ende 2007 abgeschlossen wurden, während das Urteil des OLG Stuttgart keine entsprechende zeitliche Begrenzung vorsieht. Die betroffenen Unternehmen haben gegen sämtliche Entscheidungen der Gerichte Rechtsmittel eingelegt. Die SVL ist zum Bilanzstichtag von den Klagen nicht betroffen. Sie wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten.

Mit Urteil vom 01.03.2011 hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Ausnahmeregelung für Versicherungen zu den Gender-Richtlinien bezüglich der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen nur noch bis zum 21.12.2012 erhalten bleibt. Für das Neugeschäft ab dem 21.12.2012 muss sichergestellt werden, dass es nur noch geschlechtsneutrale Prämien und Leistungen geben wird. Die Auswirkungen des Urteils werden derzeit analysiert und geeignete Maßnahmen in der Produktgestaltung abgeleitet.

Neben einer Überwachung durch laufende aktuarielle Analysen wirkt die Verwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheitszuschläge den beschriebenen Risiken entgegen. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Produkt- und Tarifgestaltung ein und werden bei der Festlegung der ermessensabhängigen Überschussbeteiligung an die Versicherungsnehmer berücksichtigt. Parallel

zu unseren Erkenntnissen werden auch Branchenempfehlungen und Empfehlungen der DAV beachtet. Die für die aktuellen Tarife verwendeten Rechnungsgrundlagen werden von der Aufsichtsbehörde und von der DAV als ausreichend angesehen.

Der Verantwortliche Aktuar stellt sicher, dass bei der Tarifikalkulation ausreichende Sicherheitszuschläge verwendet werden. Zusätzlich werden die im Versicherungsbestand verwendeten Rechnungsgrundlagen regelmäßig (mindestens jährlich) auf ihre Angemessenheit überprüft und bei Bedarf Zusatzrückstellungen nach ausreichenden Rechnungsgrundlagen gebildet.

Dem Risiko, dass gegenüber den Versicherungsnehmern abgegebene Zinsgarantien nicht erfüllt werden können, begegnet die Gesellschaft durch regelmäßige mehrjährige Planungsrechnungen. Dabei werden außerdem regelmäßig unter realistischen Annahmen Prognosen über die Entwicklung der Versicherungsbestände, der wesentlichen Bilanzpositionen sowie der Erfolgsgrößen erstellt. Die Kostenergebnisse der letzten Jahre belegen zudem, dass in der Tarifikalkulation ausreichende Kostenzuschläge berücksichtigt wurden.

Seitens des Gesetzgebers ist eine Verordnung zur Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung am 11. März 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden, die den Aufbau einer Zinszusatzreserve zwecks vorausschauender Reservestärkung regelt. Die SVL hat das in dieser Verordnung beschriebene Verfahren erstmals für das Bilanzjahr 2011 angewandt. Für die in Frage kommenden Versicherungsbestände bei einem maßgeblichen Referenzzinssatz (Zehnjahresmittel der Renditen zehnjähriger Euro-Staatsanleihen höchster Bonität) in Höhe von 3,92 % zusätzliche Rückstellungen gemäß § 5 Absatz 4 DeckRV in Höhe von 39,0 Mio. Euro gebildet. Bei anhaltend niedrigem Zinsumfeld wird der maßgebliche Referenzzinssatz für die Zinsnachreservierung Ende 2012 ca. 3,70 % betragen, was einen Aufwand im oberen zweistelligen Millionenbereich nach sich ziehen würde.

Insgesamt kann somit die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen gegenüber den Kunden als gesichert angesehen werden.

Nicht benötigte Sicherheitsmargen werden durch die ermessensabhängige Überschussbeteiligung an die Versicherungsnehmer zurückgegeben. Kurzfristige Schwankungen werden durch eine Erhöhung oder Herabsetzung der Zuführung zu der für die zukünftige Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmten Rückstellung für Beitragsrückerstattung ausgeglichen. Bei längerfristigen Änderungen wird die Überschussbeteiligung entsprechend angepasst. Für die Überschussbeteiligung stand zum Stichtag 31.12.2011 eine freie Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 492,0 Mio. Euro als Sicherheit zur Verfügung.

Insgesamt weisen die Eigenmittel im Sinne der Solvabilitätsvorschriften zum 31.12.2011 ein Volumen in Höhe von 1.323,5 Mio. Euro auf.

Bei der Bestimmung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurden keine Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Lediglich bei der Ermittlung der Aufstockungsbeträge für die nicht nach aktuellen Rechnungsgrundlagen abgeschlossenen Rentenversicherungen wurden die von der DAV veröffentlichten Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten unterstellt.

Zur Reduzierung bzw. Limitierung der biometrischen Risiken werden Risiken, die einen definierten Selbstbehalt übersteigen, in Rückversicherung gegeben.

Die Rückversicherung wird beim VöV, der nach dem genossenschaftlichen Prinzip organisiert ist, platziert. Ein Ausgleich findet weitgehend innerhalb der Gruppe der öffentlichen Versicherer statt. In bestimmten Bereichen wird das Geschäft (Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherung, Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallzusatzversicherung, Bauspar-Risikoversicherung) auf dieser Basis gepoolt.

Im Bereich der Kapitalbildenden Lebensversicherung, der Risikolebensversicherung und der Berufsunfähigkeitszusatzversicherung werden Risiken ab einer bestimmten Größenordnung einzelrisikobezogen abgegeben. Um das Kumulrisiko abzuschätzen, wird eine Kumulrückversicherung eingekauft.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft können gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherungsgesellschaften entstehen. Dem Ausfallrisiko von Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler wird durch angemessene Wertberichtigung Rechnung getragen. Die Erfahrungen der Vergangenheit werden berücksichtigt. Zum 31.12.2011 betragen die Forderungen an Versicherungsnehmer, deren Fälligkeitszeitpunkt länger als 90 Tage zurückliegt, insgesamt 1,1 Mio. Euro. Die über drei Jahre berechnete Ausfallquote gegenüber Versicherungsnehmern liegt unter 0,1 %. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen gegenüber Rückversicherungsgesellschaften.

Risiken aus Kapitalanlagen

Das Niveau der Kapitalmarktzinsen hat sich zu Beginn 2011 erholt, zeigte im 2. Quartal jedoch bereits wieder deutliche Abwärtstendenzen auf. Die Folge sind erhöhte Kursreserven auf den festverzinslichen Beständen. Wieder steigende Zinsen würden die Kursreserven wieder reduzieren.

Die Staatsanleihen im Euroraum leiden seit 2010 verstärkt unter der Erhöhung der Staatsverschuldung in Folge der Finanzkrise und dem dadurch gestiegenen Finanzierungs- und Umschuldungsbedarf. Insbesondere die Renditeaufschläge für griechische Staatsanleihen, aber auch für Papiere der anderen von der Schuldenkrise betroffenen Länder Irland, Portugal, Spanien und Italien (PIIGS-Staaten), sind 2011 deutlich angestiegen. Mit der negativen Entwicklung der Staatsanleihen erhöhte sich auch das Misstrauen gegenüber europäischen Banktiteln. Die Renditeaufschläge für Senior Bonds und insbesondere für Nachranganleihen erhöhten sich zeitweise deutlich. Ganz besonders gilt dies für Anleihen aus den PIIGS-Staaten.

Bereits 2010 spiegelte sich die Entwicklung von Banktiteln am Aktienmarkt wider. Aktien des Finanzsektors und bankenlastige Indizes wie der Eurostoxx 50 entwickelten sich negativ. Mitte 2011 brach schließlich der gesamte Aktienmarkt ein. Der Eurostoxx 50 notierte zwischenzeitlich sogar unter 2000 Punkten.

Die Risiken durch erhöhte Staatsverschuldung und verschlechterte Kredite bei Banken bestehen fort. Die SVL hat über Wertpapierfonds insgesamt 227 Mio. EUR in PIIGS-Staatsanleihen (1,3 % der Kapitalanlagen) investiert. Davon entfallen 94 Mio. Euro auf italienische, 70 Mio. Euro auf spanische, 44 Mio. Euro auf griechische Anleihen und 19 Mio. Euro auf irische Anleihen. Das Risiko ist aufgrund der geringen Höhe des Exposures und des von der europäischen Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Rettungsschirms überschaubar.

Die weitere Entwicklung ist dennoch kritisch, weil sie das Geschehen an den Kapitalmärkten bestimmt. Insbesondere das mit der Krise einhergehende niedrige Renditeniveau stellt eine Belastung dar. Neuanlagen zu niedrigen Zinsen bewirken nach und nach eine Dämpfung des Kapitalanlageertrags.

Darüber hinaus können im Bereich der Kapitalanlagen Markt-, Kredit-, Zahlungsstrom- und Liquiditätsrisiken auftreten.

Marktrisiken entstehen durch ungünstige Entwicklungen der Kapitalmärkte. Die möglichen Ausmaße dieser Marktrisiken werden in regelmäßigen Abständen anhand verschiedener Szenarien von Aktienkursentwicklungen sowie Zinsänderungen ermittelt. Basierend auf dem Jahresendbestand der Kapitalanlagen 2011 würde sich bei aktienkursensitiven Kapitalanlagen und bei einem Kursrückgang um 20 % – unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen und deren Kosten – das Exposure um 60 Mio. Euro verringern. Ein Anstieg des Zinsniveaus um 1 %-Punkt hätte an diesem Stichtag einen Rückgang des Marktwertes bei Inhaberpapieren im Umlaufvermögen von 1,4 Mio. Euro zur Folge. Wertpapiere des Anlagevermögens sind nicht berücksichtigt.

Unterstellt man bis zum Stichtag 31.12.2012 sowohl unveränderte Börsenkurse als auch ein gleichbleibendes Zinsniveau gegenüber dem Vorjahresstichtag, würde sich eine ausreichend hohe Nettoverzinsung der Kapitalanlagen ergeben.

Kreditrisiken resultieren aus einer Verschlechterung der Bonität bzw. aus dem Ausfall von Schuldern. Bei der Auswahl von Emittenten werden hohe Anforderungen an die Bonität gestellt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Struktur der Festzinsanlagen im Direkt- und Fondsbestand nach einzelnen Ratingklassen und deren Zusammensetzung:

Ratingklassen	Zeitwert in Mio. €
AAA-BBB	14.494,94
BB-B	349,43
CCC-D	28,34
Not rated	266,42
Gesamt	15.139,13

Durch eine laufende Finanzplanung, welche sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und den sonstigen Verpflichtungen berücksichtigt, wird dem Risiko unzureichender **Liquidität** entgegengewirkt. Die aktuellen Berechnungen zeigen, dass eine laufende Liquiditätsüberdeckung gewährleistet ist.

Durch laufende Beobachtung der Entwicklung auf den Kapitalmärkten und erstellte Marktprognosen werden alle Anlageentscheidungen ständig überprüft. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung der Kapitalanlagen werden eingehalten.

Mit einer angemessenen Risikodiversifikation nach qualitativen und quantitativen Kriterien wird diesen Risiken entgegengewirkt. Investitionen erfolgen im Rahmen eines konservativen Ansatzes breit gestreut und vornehmlich nur in fundamental erstklassigen Werten. Der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten erfolgt weitgehend innerhalb von Investmentfonds.

Um den engen Zusammenhang zwischen Kapitalanlagen und Versicherungstechnik abbilden zu können, werden über Asset-Liability-Betrachtungen die wichtigsten Steuerungsgrößen in regelmäßigen Abständen analysiert. Die strategische Ausrichtung der Kapitalanlagen wird entsprechend den Erfordernissen aus diesen Analysen angepasst.

Insgesamt stehen zur Bewältigung dieser Risiken saldierte stille Reserven auf alle Kapitalanlagen sowie ein ausreichend hoher Bestand an Eigenkapital zur Verfügung. Selbst bei gleichzeitigem Eintreten der unter dem Punkt Marktrisiken geschilderten Stressszenarien werden die Solvabilitätsanforderungen der Versicherungsaufsicht erfüllt und übertroffen. Dadurch ist gewährleistet, dass die Gesellschaft ihre gegenwärtigen und zukünftigen Verpflichtungen aus bestehenden Vertragsverhältnissen bedienen kann.

Operationale Risiken

Unter operationalen Risiken wird die Gefahr verstanden, Verluste als Folge von Unzulänglichkeiten oder des Versagens von Menschen oder Systemen sowie auf Grund externer Ereignisse zu erleiden. Auch Compliance-Risiken, die insbesondere aus Änderungen rechtlicher und steuerlicher Rahmenbedingungen oder aus der Nichteinhaltung von Gesetzen und Richtlinien resultieren sowie fehlende oder ineffiziente Prozesse, welche die laufend notwendige Verbesserung der Produktivität und Qualität des Geschäftsbetriebs gefährden können, sind darunter zu fassen. Zudem besteht bei fehlenden DV-technisch hinterlegten Prüfungen oder unwirksamen organisatorischen Maßnahmen die Möglichkeit, dass Daten bewusst oder irrtümlich manipuliert werden. Dies kann zu falschen Entscheidungsgrundlagen führen.

Ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem sieht die organisatorische Trennung von Funktionen, Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen vor und beinhaltet umfangreiche Kontrollen. Dadurch werden mögliche Risiken im Rahmen der operativen Tätigkeit der Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert.

In enger Abstimmung mit den DV-Dienstleistern der SV werden für den Schutz des internen Netzwerks umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, Firewalls und Antivirenumaßnahmen eingesetzt und ständig angepasst. Diese Maßnahmen werden durch regelmäßige Datensicherung ergänzt.

Eine besondere Beachtung finden Risiken, die den laufenden Geschäftsbetrieb stören oder unterbrechen können. Bei der SV wurde eine BCM-Organisation (Business Continuity Management) errichtet, die eine verlässliche Fortführung der kritischen Geschäftsprozesse auch in einer Notfallsituation sicherstellt.

Sonstige Risiken

Weiterhin besteht das Risiko möglicher Verluste, die sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen oder aus einer fehlenden Anpassung der Geschäftsstrategie an ein verändertes Wirtschaftsumfeld ergeben können. Steuerungsstrategien, die der grundsätzlichen Orientierung und angemessenen Reaktion auf solche Risiken dienen, stellt die Risikostrategie der SV bereit.

Unter Reputationsrisiko wird die mögliche Beschädigung des Rufes der SV infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öff-

entlichkeit verstanden. Mögliche Ursachen sind z. B. nicht eingehaltene Leistungs- und Serviceversprechen gegenüber den Versicherungsnehmern oder Widersprüche zu Unternehmenszielen und dem Markenkern. Um diesen Risiken entgegenzuwirken, betreibt die SV eine intensive Öffentlichkeits- und Pressearbeit und beobachtet laufend die Arbeitsstände in den einzelnen Fachbereichen. Etwaige Kundenbeschwerden werden zeitnah und umfassend bearbeitet und in einem laufenden Qualitätsverbesserungsprozess eingebracht. Reputationsrisiken infolge eines Verstoßes gegen Compliance-Regeln beugt die SV aktiv durch ein Compliance-System vor. Bestandteil dieses Systems sind allgemeine Verhaltensgrundsätze für alle Beschäftigten des Konzerns, die Leitsätze für ein rechtskonformes, verlässliches und an ethischen Werten orientiertes Verhalten begründen.

Ergebnisse der Chancenerhebung

Da Risiken grundsätzlich als eine Abweichung von einem erwarteten Ergebnis in der Zukunft verstanden werden können, sind diese nicht ausschließlich negativ anzusehen, sondern stellen zum Teil auch Chancen und Ertragspotenzial dar.

Die zunehmende Notwendigkeit, biometrische Risiken abzusichern sowie private und betriebliche Altersversorgung zu betreiben, kann zu höherem Neugeschäft im Bereich der Lebensversicherung führen. Hierzu trägt das Kundenvertrauen in die Sparkassen-Finanzgruppe ebenso wie eine verstärkte Nachfrage der Kunden in konservative Geldanlagen mit Garantien bei. Eine weitere Chance wird in der Wiederanlage ablaufender Lebensversicherungen gesehen.

Zusammenfassende Darstellung der Risiko- und Chancensituation

Nach der aktuellen Risikoerhebung liegt das größte Risikopotenzial im Bereich der Kapitalanlagen. Des Weiteren können bei einem Lebensversicherungsunternehmen durch wesentliche Änderungen biometrischer Risiken Finanzierungslücken entstehen.

Um die bekannten und künftigen Risiken zu erkennen und zu beherrschen, wird ausreichend Vorsorge getroffen. Dadurch kann nach heutigem Stand eine Gefährdung der künftigen Entwicklung vermieden und der Fortbestand der Gesellschaften gesichert werden.

Bei der SVL wird die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen laufend untersucht. Sobald die Sicherheitsspannen für die versicherten biometrischen Risiken nicht mehr ausreichend sind, werden der Deckungsrückstellung zusätzliche Beträge zugeführt.

Um den engen Zusammenhang zwischen Kapitalanlage und Leistungsversprechungen an die Kunden abbilden zu können

und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu überprüfen, werden im Rahmen des Asset-Liability-Managements der SVL in regelmäßigen Abständen für einen mehrjährigen Zeitraum mit Hilfe von Simulationsmodellen unter vernünftigen Annahmen die korrespondierenden bilanziellen Risiken der Aktiv- und der Passivseite analysiert.

In Bezug auf die bestehenden Chancen gilt es im Wesentlichen, Maßnahmen zur Steigerung des Neugeschäfts und zur Optimierung der Prozesse nachhaltig umzusetzen.

Für die SVL sind zusammengefasst keine Entwicklungen erkennbar, die die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen können. Existenzielle Risiken zeichnen sich momentan nicht ab.

NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

AUSBLICK

Die **Weltwirtschaft** wird im Jahr 2012 erneut wachsen, wenn gleich sich die Geschwindigkeit etwas verlangsamen dürfte. Allerdings gibt es unverändert deutliche regionale Unterschiede. Die Stabilisierung der Immobilienpreise in den USA findet ihren Niederschlag in einer besseren Konsumentenstimmung, die ihrerseits den Konsum stimuliert. Die US-Notenbank sorgt mit ihrer expansiven Zinspolitik, zu der sie sich bereits bis 2014 verpflichtet hat, und Staatsanleihenkäufen für negative Realrenditen. Sparen wird so tendenziell bestraft und der Konsum gefördert. Trotzdem wird sich die Wirkung der positiven Impulse im Laufe des Jahres abschwächen. In Summe ist daher mit einem Wachstum von 1,8 % in den USA zu rechnen, was auf dem Niveau von 2011 liegt. Besser sind die Aussichten, wie auch in den letzten Jahren, in den **Schwellenländern**. Eine Konjunkturbeschleunigung spätestens im zweiten Halbjahr 2012 erscheint dort wahrscheinlich, zumal vielfach steigende Rohstoffpreise den Wachstumstrend unterstützen.

In der **Eurozone** sollte die konjunkturelle Schwächephase vergleichsweise kurz ausfallen und bereits in der zweiten Jahreshälfte in eine Aufwärtsbewegung übergehen. Der IWF geht trotzdem insgesamt von einer negativen Wachstumsrate in Höhe von 0,5 % aus. Erneut überdurchschnittlich sollte Deutschland abschneiden. Die Wettbewerbsfähigkeit durch die Lohnzurückhaltung in der Vergangenheit, die niedrigen Finanzierungsbedingungen sowie die niedrige Arbeitslosigkeit sorgen für freundliche binnenwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Insgesamt kann Deutschland im Jahr 2012 mit einer leicht positiven Wachstumsrate rechnen.

Die Aussichten für deutsche **Staatsanleihen** können nur im europäischen Kontext beurteilt werden. Die Schuldenkrise im Euroland wird bestimmendes Thema des gesamten Jahres 2012 sein. Steigende Zinsen der Kernstaatsanleihen sind daher eher unwahrscheinlich. Es spricht einiges dafür, dass die Zinsen 10-jähriger Bundesanleihen noch längere Zeit bei ca. 2 % liegen werden. Mit einer zunehmenden Stabilisierung der Eurozone und deren Banken wird die Erwartung steigen, dass sich die Notenbankzinsen normalisieren. Die langfristigen Zinsen sollten sich daher im Jahresverlauf weiter nach oben in Richtung 2,75 % bewegen.

Die Perspektiven für die internationalen **Aktienmärkte** im Jahr 2012 sind als chancenreich einzuschätzen, sofern die Schuldenkrise in Europa nach und nach überwunden werden kann. Auch den Unternehmensgewinnen kann dann mittelfristig die Rückkehr auf den Wachstumspfad gelingen. In einem solchen Fall dürfte es zu einer deutlichen Stimmungsaufhellung an den Märkten kommen. Der Anleger wird sich allerdings auf eine anhaltend hohe Volatilität einstellen müssen.

Die Entwicklung des **Lebensversicherungsgeschäfts** wird in 2012 entsprechend der Prognose des GDV geprägt sein von einem veränderten gesamtwirtschaftlichen Umfeld, der Wettbewerbssituation im Vergleich zu anderen Anlageformen und den Perspektiven der kapitalgedeckten Altersvorsorge.

Die Verunsicherung der privaten Haushalte wird vor dem Hintergrund der weltweit wieder pessimistischeren Konjunkturaussichten, vor allem aber auch wegen der Unwägbarkeiten der Krise im Euroraum, wieder spürbar zunehmen. Im Bereich der Vorsorgeprodukte sind hieraus jedoch vorerst kaum Veränderungen in der Versicherungsnachfrage zu erwarten. Auch im Bereich der Geldvermögensbildung stehen trotz Krise im Euroraum und des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes für die privaten Haushalte kaum gute Alternativen zur privaten Lebensversicherung zur Verfügung. Insgesamt wird daher für 2012 von einem weitgehend unveränderten Nachfrageverhalten der privaten Haushalte ausgegangen. Auch die vorzeitige Beendigung von Lebensversicherungsverträgen sollte trotz erhöhter Unsicherheit auf Seiten der privaten Haushalte vorerst nicht ansteigen.

Im Einzelnen wird vor diesem Hintergrund erwartet, dass sich der Neuzugang an laufenden Beiträgen im Jahr 2012 marktweit in etwa auf dem Vorjahresniveau bewegen wird. Beim Abgang an laufenden Beiträgen wird ebenfalls nicht mit großen Veränderungen gerechnet.

Schwer einzuschätzen bleibt weiterhin der Verlauf des Einmalbeitragsgeschäftes. Angesichts des Zinsumfeldes steht hier ein großes Marktpotenzial zur Verfügung. Aufgrund Risikobegrenzender Maßnahmen im Rahmen der Geschäftsstrategie kann diese Nachfrage durch die Versicherer allerdings nicht befriedigt

werden. Für 2012 wird ein gleichbleibendes Niveau erwartet, wobei auch ein leichter Rückgang denkbar ist. Für die Beitragseinnahmen insgesamt wird somit in Summe ein Rückgang in 2012 um etwa 1% prognostiziert.

Für die SVL wird im Jahr 2012 ein Einmalbeitragsgeschäft auf dem Niveau von 2011 sowie ein weiterhin hohes Neugeschäft gegen laufenden Beitrag erwartet. Nach planmäßig hohen Abläufen in 2011 wird für 2012 mit einem spürbaren Absinken der Aufwendungen für Versicherungsfälle gerechnet. Das Storno wird weiter leicht rückläufig sein. Alles in allem wird für 2012 ein leichter Anstieg der gebuchten Beiträge in Höhe von 3,3% prognostiziert. Bei anhaltend niedrigem Zinsumfeld wird der maßgebliche Referenzzinssatz für die Zinsnachreservierung Ende 2012 ca. 3,70 % betragen, was einen Aufwand im oberen zweistelligen Millionenbereich nach sich ziehen würde. Für 2013 wird mit keinem weiteren Beitragswachstum gerechnet. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle werden im Vergleich zu 2012 allerdings zulegen. In der Kapitalanlage wird in den kommenden beiden Jahren mit einer stabilen Verzinsung auf dem aktuellen Niveau gerechnet.

Trotz dieser Rahmenbedingungen besteht die Chance, die regional starke Stellung im Bereich der Vorsorge und Vermögensbildung weiter auszubauen. Auch 2012 gilt es in Zusammenarbeit mit dem S-Finanzverbund das Neugeschäft weiter zu forcieren und den Fokus im Zuge des marktweiten Trends zur kapitalgedeckten Altersvorsorge auf den Bereich der betrieblichen Altersvorsorge zu legen.

Die SV wird im Bereich der Kapitalanlage wieder eigene Wege gehen, nachdem sie fünf Jahre lang erfolgreich über die gemeinsame Asset-Management-Gesellschaft VersAM mit der PNW zusammengearbeitet hat. Aufgrund unterschiedlicher Auffassungen über die zukünftige strategische Weiterentwicklung des Kapitalanlagenmanagements wird die Kapitalanlage neu organisiert. Dabei wird die SV bisherige Aufgaben der VersAM teilweise in den Konzern zurückverlagern. Das Portfolio-Management soll unter der Regie der SV von der in ihrem Geschäftsgebiet ansässigen Helaba Invest und der LBBW Asset Management durchgeführt werden. Die neue Kooperation wird zum 1. April 2012 umgesetzt.

VERSICHERUNGSARTEN

	Möglicher Anwendungsbereich ¹
BASISVERSORGUNG	
Klassische BasisRente	E
Fondsgebundene BasisRente	E
Sofortbeginnende BasisRente	E
KAPITALGEDECKTE ZUSATZVERSORGUNG	
RiesterRente (Rentenversicherung nach AVmG)	E
Direktversicherung	E, K
Pensionsversicherung	E, K
PRIVATE ZUSATZVERSORGUNG	
Kapitallebensversicherung	
Kapitallebensversicherung auf den Todes- und Erlebensfall	E, K
Vermögensbildungsversicherung	E
Risikoversicherung	
Risikoversicherung	E, K
Restkreditversicherung	K
Hypothekenrisikoversicherung	E
Bausparrisikoversicherung	K
Rentenversicherung	
Aufgeschobene Rentenversicherung	E, K
Sofortbeginnende Rentenversicherung	E, K
Berufsunfähigkeitsversicherung	
Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherung	E, K
Fondsgebundene Rentenversicherung	
FondsRente	E
Zusatzversicherung	
Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung	E, K
Risiko-Zusatzversicherung	E, K
Hinterbliebenen-Zusatzversicherung	E, K
Unfall-Zusatzversicherung	E, K

¹ E = Einzelversicherung; K = Kollektivversicherung

BEWEGUNG DES BESTANDES AN LEBENSVERSICHERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR 2011

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
A. BEWEGUNG DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN LEBENSVERSICHERUNGEN IM GESCHÄFTSJAHR	Anzahl der Versicherungen	lfd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Einmalbeitrag in Tsd. €	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
I. BESTAND AM ANFANG DES GESCHÄFTSJAHRES	1.742.381	1.036.322	0	46.412.794
II. ZUGANG WÄHREND DES GESCHÄFTSJAHRES				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	171.549	81.272	558.673	4.058.317
b) Erhöhungen der Versicherungssumme (ohne Pos. 2)	0	16.597	62.020	384.872
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0	0	437.705
3. Übriger Zugang	2.411	248	0	4.760
4. Gesamter Zugang	173.960	98.117	620.693	4.885.654
III. ABGANG WÄHREND DES GESCHÄFTSJAHRES				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	6.483	2.824	0	149.765
2. Ablauf der Versicherung, Beitragszahlung	96.248	49.818	0	2.993.305
3. Rückkauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	65.054	43.272	0	1.411.274
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	7.145	3.410	0	418.786
5. Übriger Abgang	2.339	2.076	0	106.518
6. Gesamter Abgang	177.269	101.400	0	5.079.648
IV. BESTAND AM ENDE DES GESCHÄFTSJAHRES	1.739.072	1.033.039	0	46.218.800

	Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen ²	
	Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen		Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €
	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €	Anzahl der Versicherungen	Ifd. Beitrag für ein Jahr in Tsd. €		
	555.430	494.585	93.918	34.150	708.668	437.027	33.420	43.167	350.945	27.393
	17.577	7.310	9.534	4.024	71.877	63.374	1.573	1.837	70.988	4.727
	0	7.208	0	192	0	8.793	0	327	0	77
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	665	57	0	2	630	155	0	0	1.116	34
	18.242	14.575	9.534	4.218	72.507	72.322	1.573	2.164	72.104	4.838
	2.950	1.697	168	75	2.215	864	57	69	1.093	119
	22.096	32.960	5.109	1.605	21.279	12.273	257	1.123	47.507	1.857
	19.235	16.835	1.337	815	21.862	21.674	1.827	3.499	20.793	449
	14	570	2.333	774	2.088	1.719	1	0	2.709	347
	378	15	0	0	489	2.056	0	1	1.472	4
	44.673	52.077	8.947	3.269	47.933	38.586	2.142	4.692	73.574	2.776
	528.999	457.083	94.505	35.099	733.242	470.763	32.851	40.639	349.475	29.455

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
B. STRUKTUR DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN LEBENSVERSICHERUNGEN (OHNE ZUSATZVERSICHERUNGEN)		
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	1.742.381	46.412.794
davon beitragsfrei	471.940	8.422.366
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	1.739.072	46.218.800
davon beitragsfrei	497.926	8.064.655

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
C. STRUKTUR DES BESTANDES AN SELBST ABGESCHLOSSENEN ZUSATZVERSICHERUNGEN		
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	253.733	17.658.006
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	244.237	17.281.831

D. BESTAND AN IN RÜCKDECKUNG ÜBERNOMMENEN LEBENSVERSICHERUNGEN	in Tsd. €
1. Versicherungssumme am Anfang des Geschäftsjahres	0
2. Versicherungssumme am Ende des Geschäftsjahres	0

Einzelversicherungen								Kollektivversicherungen ²	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsver-sicherungen) ohne Risikover-sicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversiche-rungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen			
Anzahl der Versiche-rungen	Versiche-rungssumme in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	Versiche-rungssumme in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	Versiche-rungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	Versiche-rungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
555.430	16.470.892	93.918	8.332.340	708.668	15.645.425	33.420	1.261.212	350.945	4.702.925
79.184	1.249.084	8.556	176.465	180.418	4.696.394	7.248	212.114	196.534	2.088.309
528.999	15.260.548	94.505	8.577.644	733.242	16.545.564	32.851	1.223.403	349.475	4.611.643
76.170	1.050.774	8.631	185.962	202.808	4.562.151	7.876	220.607	202.441	2.045.161

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen ¹		Risiko- und Zeitrenten-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen ³	
Anzahl der Versiche-rungen	Versiche-rungssumme in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €	Anzahl der Versiche-rungen	Versiche-rungssumme bzw. 12fache Jahresrente in Tsd. €
78.352	1.940.682	144.062	15.010.160	7.014	333.714	24.305	373.450
71.057	1.764.618	141.822	14.806.461	6.986	332.782	24.372	377.970

1 Daneben sind im Rahmen der Hauptversicherung 40.999 (i.VJ. 42.906) Stück mit 3.094.419 (i.VJ. 3.236.433) Tsd. Euro 12fache Jahresrente versichert.

2 Davon Kapitalversicherungen Bestand am Anfang des Geschäftsjahres: 25.143 Stück; 8.439 Tsd. Euro laufender Beitrag; 377.890 Tsd. Euro Versicherungssumme
Bestand am Ende des Geschäftsjahres: 23.831 Stück; 7.878 Tsd. Euro laufender Beitrag; 357.759 Tsd. Euro Versicherungssumme
Davon Risikoversicherungen Bestand am Anfang des Geschäftsjahres: 299.593 Stück; 14.229 Tsd. Euro laufender Beitrag; 3.643.057 Tsd. Euro Versicherungssumme
Bestand am Ende des Geschäftsjahres: 296.939 Stück; 14.826 Tsd. Euro laufender Beitrag; 3.517.345 Tsd. Euro Versicherungssumme
Davon Rentenversicherungen Bestand am Anfang des Geschäftsjahres: 26.209 Stück; 4.724 Tsd. Euro laufender Beitrag; 681.978 Tsd. Euro Versicherungssumme
Bestand am Ende des Geschäftsjahres: 28.705 Stück; 6.752 Tsd. Euro laufender Beitrag; 736.538 Tsd. Euro Versicherungssumme

3 Darin sind 24.262 Stück mit 374.097 Tsd. Euro 12fache Jahresrente (i.VJ. 24.218 Stück, 370.384 Tsd. Euro 12fache Jahresrente) anwartschaftlich Hinterbliebenenrente.

BILANZ**AKTIVA**

	Tsd. €		Vorjahr Tsd. €
A. KAPITALANLAGEN			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		339.428	347.002
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	220.530		136.644
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	725		2.725
3. Beteiligungen	459.014		439.989
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	45.467		55.640
		725.736	634.999
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.175.356		5.125.892
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	996.238		804.411
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.051.614		1.004.930
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	5.473.044		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3.801.388		
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	53.575		
d) übrige Ausleihungen	136.812	9.464.818	10.158.670
5. Andere Kapitalanlagen		174.043	183.788
		16.862.071	17.277.691
		17.927.235	18.259.691
B. KAPITALANLAGEN FÜR RECHNUNG UND RISIKO VON INHABERN VON LEBENSVERSICHERUNGSPOLICEN			442.859
C. FORDERUNGEN			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer			
a) fällige Ansprüche	10.953		7.473
b) noch nicht fällige Ansprüche	70.997		56.205
		81.950	63.678
2. Versicherungsvermittler		1.661	1.551
		83.611	65.229
II. Sonstige Forderungen		49.087	33.011
davon			132.698
verbundene Unternehmen: 10.417 (1.437) Tsd. €			98.240
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 3.905 (3.992) Tsd. €			
D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE			
I. Sachanlagen und Vorräte		6.953	8.208
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		199.602	157.179
III. Andere Vermögensgegenstände		106.670	87.315
		313.225	252.702
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		225.327	232.039
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		694	100.471
		226.021	332.510
		19.042.037	19.407.901

PASSIVA

		Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		28.200	28.200
II. Kapitalrücklage		118.021	118.021
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	474		474
2. andere Gewinnrücklagen	60.530		60.530
		61.004	61.004
IV. Bilanzgewinn		0	0
		207.225	207.225
B. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN			
		80.000	80.000
C. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN			
I. Beitragsüberträge		71.826	75.499
II. Deckungsrückstellung		16.414.443	16.713.317
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	41.401		41.737
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	3.350		3.140
		38.051	38.597
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		1.224.920	1.276.977
		17.749.239	18.104.390
D. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN IM BEREICH DER LEBENSVERSICHERUNG, SOWEIT DAS ANLAGERISIKO VON DEN VERSICHERUNGS- NEHMERN GETRAGEN WIRD			
I. Deckungsrückstellung		420.455	445.339
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen		22.404	19.420
		442.859	464.759
E. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		77.257	76.940
II. Steuerrückstellungen		13.956	26.597
davon Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB: - (-) Tsd. €			
III. Sonstige Rückstellungen		21.325	22.416
		112.537	125.952
F. ANDERE VERBINDLICHKEITEN			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern		331.436	327.313
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.538	2.333
III. Sonstige Verbindlichkeiten		116.833	82.902
davon		449.807	412.548
aus Steuern: 3.784 (877) Tsd. €			
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0 (97) Tsd. €			
verbundene Unternehmen: 89.702 (66.043) Tsd. €			
Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 3.857 (176) Tsd. €			
G. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
		369	13.027
		19.042.037	19.407.901

Ich bestätige hiermit, dass die in der Bilanz unter den Posten C. II und D. I der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach den zuletzt genehmigten Geschäftsplänen berechnet worden.

Stuttgart, 20. März 2012

Der Verantwortliche Aktuar
Dr. Medeke

Ich bestätige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Stuttgart, 20. März 2012

Der Treuhänder
Dr. Streib

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

		Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	1.637.318		2.203.518
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	18.755		19.166
		1.618.564	2.184.352
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		3.673	3.337
		1.622.237	2.187.690
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			103.453
			111.194
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		10.045	13.802
davon aus verbundenen Unternehmen: 5.907 (971) Tsd. €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
davon aus verbundenen Unternehmen: 11.834 (10.811) Tsd. €			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.094		30.875
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	750.769		724.979
		780.862	755.854
c) Erträge aus Zuschreibungen		22.757	13.227
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		45.282	67.795
		858.947	850.679
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			46
			32.791
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			23.460
			20.613
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	2.284.755		1.497.406
bb) Anteil der Rückversicherer	8.887		7.705
		2.275.868	1.489.701
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	- 335		1.285
bb) Anteil der Rückversicherer	210		981
		- 546	304
		2.275.322	1.490.005
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung			
aa) Bruttobetrag	323.759		
bb) Anteil der Rückversicherer	0		
		323.759	- 1.082.857
b) Sonstige versicherungstechnische Netto- Rückstellungen		-2.985	-7.146
		320.774	- 1.090.003

			Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			213.242	271.218
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	153.164			131.071
b) Verwaltungsaufwendungen	34.110			48.233
		187.274		179.305
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		8.621		9.400
			178.653	169.904
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		24.686		27.344
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		77.775		42.864
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2.127		19.394
			104.588	89.602
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			45.433	29
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			15.108	16.147
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			96.572	76.056
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG				
1. Sonstige Erträge		18.643		15.704
2. Sonstige Aufwendungen		44.430		39.433
			- 25.788	- 23.729
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			70.785	52.327
4. Außerordentliche Aufwendungen/Außerordentliches Ergebnis			362	511
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
Erstattung an Organträger	787			6.119
	39.247			20.112
		40.035		26.230
6. Sonstige Steuern				
Erstattung an Organträger	384			578
	4			8
		388		585
			40.423	26.816
7. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			30.000	25.000
8. Jahresüberschuss/Bilanzgewinn			0	0

ANHANG

GRUNDSÄTZLICHE RECHTSVORSCHRIFTEN

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden entsprechend den Vorschriften des HGB, des AktG, des VAG und der RechVersV in der zum 31.12.2011 geltenden Fassung aufgestellt.

UMSTELLUNG DER BILANZIERUNG NACH § 341C ABS. 3 HGB

Aufgrund des Gesetzes zur Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanrichtlinie vom 19.11.2010 wurde die Bilanzierung von Hypothekendarlehen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und anderen Forderungen im Bereich der Kapitalanlagen angepasst. Bisher wurden diese zum Nennwert angesetzt. Ab dem Geschäftsjahr 2011 werden diese Forderungen gemäß dem neuen § 341c Abs. 3 HGB unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Ein vorhandenes Agio oder Disagio wurde zum 01.01.2011 erfolgsneutral gegen den Bestand gebucht. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bewertung von anderen festverzinslichen Wertpapieren im Anlagevermögen angepasst, welche schon bisher zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert wurden. Auch diese werden zukünftig unter Anwendung der Effektivzinsmethode amortisiert.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die **Grundstücke** wurden mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen sowie außerplanmäßigen Abschreibungen, bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen werden anhand der wirtschaftlichen Nutzungsdauer festgelegt.

Der Zeitwert der Grundstücke wurde durch ein Gutachten nachgewiesen. Die Gutachten wurden dabei unter Berücksichtigung der Grundsätze für die Ermittlung von Verkehrswerten von Grundstücken (ImmoWertV) erstellt. Es wurden alle Grundstücke im Jahr 2011 bewertet.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden mit den Anschaffungskosten bzw. mit ihrem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die **Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen** wurden erstmalig unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Zur Ermittlung der Zeitwerte wurde neben dem Ertragswertverfahren auch der Nettoinventarwert herangezogen. Sofern keines der beiden Verfahren zu angemessenen Ergebnissen führte, wurde der Zeitwert mit dem Buchwert angesetzt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie die **festverzinslichen Wertpapiere** wurden, sofern der Bestand dem Umlaufvermögen zugeordnet ist, mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bzw. Rücknahmewert zum Bilanzstichtag bewertet (strenges Niederstwertprinzip). Sofern der Bestand dem Anlagevermögen zugeordnet ist, wird er gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bis auf den dauerhaft beizulegenden Wert abgeschrieben (gemildertes Niederstwertprinzip). Der Buchwert dieser Kapitalanlagen beträgt 5.751,1 Mio. Euro. Ein vorhandenes Agio und Disagio bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren im Anlagevermögen wird unter Anwendung der Effektivzinsmethode amortisiert. Das Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Aus unterschiedlichen Anschaffungskosten gleicher Wertpapiere wurde ein Durchschnittswert gebildet. Bei ausländischen Wertpapieren wurde der sich jeweils aus Wertpapier- und Devisenkurs ergebende Mischkurs zugrunde gelegt.

Strukturierte Produkte wurden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Der Zeitwert der Investmentanteile wurde mit den zum Abschlussstichtag ermittelten Rücknahmepreisen der Fondsanteile angesetzt. Die Aktien, festverzinsliche Wertpapiere sowie die anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenkursen des letzten dem Abschlussstichtag vorausgehenden Börsentages bewertet. Zur Bewertung von nicht börsennotierten Papieren wurde der Börsenkurs vergleichbarer börsennotierter Wertpapiere herangezogen bzw. der Zeitwert mit dem Buchwert angesetzt.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sind unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Zeitwerte wurden durch die Barwertmethode bestimmt.

Die **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n sind mit dem Zeitwert bilanziert. Der Zeitwert ergibt sich wie bei den Investmentanteilen aus dem Rücknahmepreis der Fondsanteile zum Abschlussstichtag.

Die **übrigen Kapitalanlagen** werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Strukturierte Produkte wurden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Zeitwerte zum Bilanzstichtag wurden mit der Barwertmethode unter Verwendung laufzeitkongruenter Zinssätze gegebenenfalls angepasst um emittentengruppenbezogene Spreads ermittelt.

Für die Ermittlung der **noch nicht fälligen Forderungen an Versicherungsnehmer** wird das sogenannte Zillmerverfahren angewandt, um die Abschlusskosten zu decken. Dabei werden bis zu 4 % der Beitragssumme bzw. bis zu 3,5 % der Versicherungssummen als noch nicht fällige Forderungen gegen den Versicherungsnehmer ausgewiesen. Die Tilgung der Forderung erfolgt sukzessive durch Beitragsteile, die nach Deckung des laufenden Risikos und der Kosten verbleiben. Bei Verträgen mit aufgrund gesetzlicher Vorschriften erhöhter Deckungsrückstellung erfolgt die Tilgung der Forderung sukzessive durch Beitragsteile, die nach Deckung des laufenden Risikos, der Kosten und der Bildung der erhöhten Deckungsrückstellung verbleiben. Sobald die Forderung getilgt ist, werden diese Beitragsteile zum Aufbau der Deckungsrückstellung verwendet. Die Forderung wird nach den gleichen Rechnungsgrundlagen wie die Deckungsrückstellung des jeweiligen Vertrags weiterentwickelt. Nach Erfahrungswerten der letzten Jahre und unter Berücksichtigung von Provisionsrückforderungsansprüchen wurde eine Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sowie der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu den Anschaffungskosten. Die Abschreibung erfolgte planmäßig unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Nach § 6 Abs. 2a EStG werden **bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens** mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 150 Euro bis zu 1.000 Euro, vermindert um Vorsteuer, in einen jahrgangsbezogenen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird im Jahr der Bildung und in den vier Folgejahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst. Durch Veräußerungen, Entnahmen oder Wertminderungen wird der Wert des Sammelpostens nicht beeinflusst.

Sonstige Aktivposten wurden mit den Nominalwerten, gegebenenfalls vermindert um Absetzungen von einzeln oder pauschal ermittelten Wertberichtigungen, ausgewiesen.

Die Forderungen aus der Aktivierung des Körperschaftssteuer-Guthabens wurden mit 4,0 % abgezinst.

Die Versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen enthalten die **Beitragsüberträge**, die **Deckungsrückstellung**, die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** und die **Rückstellung für Beitragsrückerstattung**.

Für Beteiligungsverträge ist die anteilige Rückstellung von den jeweils führenden Unternehmen berechnet worden. Soweit die Beträge nicht rechtzeitig vorliegen, sind die verwendeten Da-

ten auf Basis der zum Abschluss vorliegenden Informationen mit Hilfe geeigneter Schätzverfahren ermittelt worden.

Die **Beitragsüberträge** stellen bereits vereinnahmte Beiträge dar, die dem künftigen Geschäftsjahr zugerechnet werden. Sie werden unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlungsweise für jeden Versicherungsvertrag einzeln berechnet. Die Beiträge werden um die nicht übertragungsfähigen rechnungsmäßigen Inkassokosten gekürzt. Die Kürzung beträgt höchstens 4 % der Beiträge.

In der **Deckungsrückstellung** sind alle versicherungstechnischen Reserven für garantierte Ansprüche der Versicherten enthalten. Die Berechnung erfolgt einzelvertraglich. Bei Versicherungen, bei denen der Rückkaufswert größer als die Deckungsrückstellung ist, wurde der höhere Rückkaufswert bilanziert. Zusätzliche Verwaltungskostenrückstellungen waren nicht zu bilden.

Um der gestiegenen Lebenserwartung Rechnung zu tragen werden für Rentenversicherungen Auffüllungen nach dem von der DAV entwickelten und durch Geschäftspläne genehmigten Verfahren zur Bildung angemessener Deckungsrückstellungen vorgenommen. Für die Berechnung der Auffüllungsbeträge werden bei aufgeschobenen Rentenversicherungen linear interpolierte Werte zwischen den Sterbetafeln DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R-B20 herangezogen. Für Rentenversicherungen im Rentenbezug wird die Sterbetafel DAV 2004 R-B20 verwendet. Hierbei werden Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für Berufsunfähigkeits-(Zusatz-)Versicherungen, die nicht auf Basis der DAV-Tafeln 1997 I für das BU-Risiko kalkuliert sind, wurden Kontrollberechnungen zur Angemessenheit der gebildeten BU-Rückstellungen durchgeführt. Grundlage waren dabei die den unternehmensindividuellen Verhältnissen angepassten DAV-Tafeln 1997 I. Danach waren zusätzliche Deckungsrückstellungen zu bilden.

Für die vor Deregulierung des Versicherungsmarktes abgeschlossenen Verträge (sogenannter **Altbestand**) erfolgt die Berechnung nach Maßgabe der genehmigten Geschäftspläne nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten. Hierbei werden für die verschiedenen Kapitallebens- und Rentenversicherungen die geschäftsplanmäßigen Rechnungszinssätze und biometrischen Rechnungsgrundlagen angewandt.

Bei Kapitalversicherungen wird eine Zillmerung von maximal 35 ‰ der Versicherungssumme vorgenommen. Bei Rentenversicherungen beträgt die Zillmerung maximal 35 % der Jahresrente. Für die aus den zugewiesenen Überschussanteilen nach dem Bonussystem gebildeten zusätzlichen Versicherungssummen (Bonus) werden die gleichen Rechnungsgrundlagen verwendet wie bei den dazugehörigen Hauptversicherungen.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung im **Neubestand** (nach Deregulierung des Versicherungsmarktes) erfolgt grundsätzlich nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten. Hierbei werden die bei Vertragsabschluss gemäß DeckRV zulässigen Rechnungszinssätze sowie die in den technischen Geschäftsplänen festgelegten biometrischen Rechnungsgrundlagen angewandt.

Soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, erfolgt die Berechnung der Deckungsrückstellung nach der retrospektiven Methode anhand der zum Bilanzstichtag gültigen Börsenwerte der erworbenen Fondsanteile.

Bei Kapital- und Rentenversicherungen wird eine Zillmerung von maximal 40 ‰ der Beitragssumme vorgenommen. Für die aus den zugewiesenen Überschussanteilen nach dem Bonusystem gebildeten zusätzlichen Versicherungssummen (Bonus) werden die gleichen Rechnungsgrundlagen verwendet wie bei den dazugehörigen Hauptversicherungen.

Erstmals im Berichtsjahr wird die Deckungsrückstellung wegen der anhaltenden Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt durch eine sogenannte Zinszusatzreserve verstärkt. Damit wird gewährleistet, dass die vereinbarten Garantiezinsen, deren Höhe über dem Niveau des erwirtschafteten Zinsertrags liegt, auch in Zukunft gezahlt werden können. Die Zinszusatzreserve wird in jedem Jahr einzelvertraglich gerechnet und für die nächsten 15 Bilanzjahre gestellt, wenn der garantierte Zinssatz einer Haupt- und/oder einer Zusatzversicherung eines Versicherungsvertrags größer ist als ein gewisser Referenzzinssatz. Der Referenzzinssatz ist das zehnjährige arithmetische Mittel der Umlaufrenditen europäischer Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren; er beträgt 3,92% für das Jahr 2011.

Bei anwartschaftlichen Rentenversicherungen mit biometrischer Nachreservierung werden für die Berechnung der Zinszusatzreserve dieselben Storno- und Kapitalisierungswahrscheinlichkeiten angewandt wie bei Berechnung der Nachreservierung selbst.

Die Zinszusatzreserve zu einem Versicherungsvertrag ergibt sich folglich aus der Differenz zwischen den Deckungsrückstellungen einschließlich gegebenenfalls erforderlicher Nachreservierungen, die einerseits mit dem Referenzzinssatz und andererseits mit dem vereinbarten Rechnungszinssatz berechnet werden.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** aus dem selbst abgeschlossenen Geschäft wird sowohl hinsichtlich der Bruttobeträge als auch der auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entfallenden Beiträge für jeden bis zum Bilanzstichtag eingetretenen aber noch nicht abgewickelten Versicherungsfall, sofern er bekannt war, einzeln ermittelt und in der zu erwartenden Leistungshöhe gebildet. Für zu erwartende Spätschäden werden Rückstellungen unter Berücksichtigung von Erfahrungswerten gebildet. Die

Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde mit 1 % der in Frage kommenden Rückstellungen gebildet.

Die **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** wurde nach den gültigen Rechtsgrundlagen gebildet. Sie enthält ausschließlich erfolgsabhängige Beitragsrückerstattungen.

Der in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung enthaltene Schlussüberschussanteilsfonds berücksichtigt die erreichten Anwartschaften auf Schlussüberschussbeteiligung. Diese werden einzelvertraglich nach der retrospektiven Methode berechnet. Für den Altbestand gemäß § 11 c VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG wurde der Schlussüberschussanteilsfonds als Barwert des erreichten Schlussüberschussanteilsanspruchs am Ende des Geschäftsjahres unter Berücksichtigung von Zins und Ausscheidewahrscheinlichkeiten und einem sich daraus ergebenden Gesamtdiskontierungszinssatz von 4,5 % berechnet. Der Schlussüberschussanteilsfonds des Neubestandes wurde nach dem vorstehend für den Altbestand beschriebenen Verfahren berechnet, wobei sowohl das Berechnungsverfahren als auch der im Gesamtdiskontierungszinssatz von 4,5 % enthaltene eigentliche Zinssatz die Bedingungen des § 28 Absatz 7 RechVersV erfüllen.

Die Versicherungsnehmer werden gemäß § 153 VVG an den Überschüssen und Bewertungsreserven (Überschussbeteiligung) beteiligt.

Von den Nettoerträgen der anzurechnenden Kapitalanlagen (§ 3 MindZV), erhalten die Versicherungsnehmer insgesamt mindestens den in dieser Verordnung genannten prozentualen Anteil.

Weitere Überschüsse entstehen insbesondere dann, wenn die tatsächlichen Versicherungsleistungen und Kosten niedriger ausfallen als bei der Beitragskalkulation angenommen.

Die Überschussdeklaration berücksichtigt, dass verschiedene Versicherungsarten unterschiedlich zum Überschuss beitragen (verursachungsorientiertes Verfahren).

Der Überschuss wird, außer bei der Überschussverwendung Partizipation an einem Aktienindex, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Diese Rückstellung darf grundsätzlich nur für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer verwendet werden.

Die Überschussverwendung Partizipation an einem Aktienindex wird als Direktgutschrift gewährt.

Als Überschussverwendungen sind Summenzuwachs bzw. Bonusrente, verzinsliche Ansammlung, Fondsansammlung, Beitragsverrechnung, Mehrleistung und Partizipation an einem Aktienindex möglich.

Bei kapitalbildenden Versicherungen sowie Rentenversicherungen in der Aufschubphase werden außerdem am Ende jedes überschussberechtigten vollendeten Versicherungsjahres Schlussüberschussanteile ermittelt und daraus nicht garantierte Kapitalleistungen gebildet. Diese können nachträglich reduziert werden, sofern dies sachlich gerechtfertigt ist. Ob und in welcher Höhe Schlussüberschussanteile fällig werden, richtet sich nach der zum Fälligkeitszeitpunkt geltenden Überschussdeklaration.

Zusätzlich zu den bereits aufgeführten Überschüssen wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß § 153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Sie schwanken sehr stark und können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten der Versicherungsnehmer.

Die Bewertung der **Pensionsrückstellungen** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Pensionsrückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit dem Erfüllungsbetrag anzusetzen. Bei der Ermittlung des Erfüllungsbetrages werden zukünftige Lohn-, Gehalts- und Rententrends berücksichtigt. Die Rückstellungen werden i.S.d. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich aus einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Ermittlung der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen ist in der Rückstellungsabzinsungsverordnung geregelt.

Die Auswirkung der Veränderung des Rechnungszinssatzes wird im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Es wurden folgende Parameter verwendet:

	31.12.2011 in %	31.12.2010 in %
Rechnungszins	5,13*	5,16*
Gehaltstrend	2,50	2,50
Rententrend	2,00	2,00
Rententrend der Sozialversicherung	1,00	1,00
Fluktuationswahrscheinlichkeit (Durchschnittswert)	2,20	2,20

* Zinssatz zum 31.10.2011 bzw. 2010

Die Bewertung des Deckungsvermögens entspricht bei der Pensionsrentenversicherung und der Rückdeckungsversicherung für Ansprüche aus Entgeltumwandlung der Höhe der Deckungsrückstellung bei der SVL. Die Vermögensgegenstände der Pensionskasse werden mit dem Börsen- oder Marktpreis bewertet.

Die Zinserträge und die Veränderung des beizulegenden Zeitwertes des Deckungsvermögens werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Für die Ermittlung dieser Erträge wurden folgende Parameter verwendet:

Pensionsrentenversicherung	4,00 %
Rückdeckungsversicherung – Entgeltumwandlung –	4,00 %

Der aus der Erstanwendung zum 01.01.2010 von BilMoG resultierende Umstellungsaufwand in Höhe von 5,2 Mio. Euro wird auf bis zu 15 Jahre verteilt. Im Geschäftsjahr 2011 erfolgte eine Anpassung des Umstellungsaufwandes auf 5,4 Mio. Euro. Für das Geschäftsjahr 2011 wurde ein Fünftel im außerordentlichen Ergebnis berücksichtigt.

Die Bewertung der **Rückstellungen für zu erwartende Verpflichtungen aus Vorruhestandsvereinbarungen** erfolgt nach dem Barwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Es wurde der für Pensionsrückstellungen ermittelte Rechnungszins verwendet.

Die Bewertung der **Rückstellungen für zu erwartende Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen** erfolgt nach dem Barwertverfahren unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Es wurde der für Pensionsrückstellungen ermittelte Rechnungszins verwendet. Die Bewertung erfolgt gemäß der Stellungnahme des IDW RS HFA 3 vom 18.11.1998.

Die Bewertung der **Rückstellungen für Jubiläumsaufwendungen und für Anwartschaften auf Beihilfe** erfolgt nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (PUC-Methode) unter Verwendung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck.

Bei der **Rückstellung für Beihilfezuwendungen** wird für **Rentner** der versicherungsmathematische Barwert der laufenden Leistungen angesetzt. Des Weiteren wurde bei der Rückstellung für Jubiläumsaufwendungen und der Rückstellung für Beihilfezuwendungen der für Pensionsrückstellungen ermittelte Rechnungszins und die Fluktuationswahrscheinlichkeit wie bei der Pensionsrückstellung angesetzt. Bei der Rückstellung für Beihilfezuwendungen wurde ein Kostentrend für die medizinische Versorgung in Höhe von 3,0 % eingerechnet.

Die anderen **Sonstigen Rückstellungen** wurden nach dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag gebildet und bei einer Restlaufzeit von über einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Als Kostensteigerung wurde

bei den Rückstellungen für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen und dem Datenzugriff der Finanzverwaltung eine Inflationsrate von 2 % berücksichtigt.

Andere Verbindlichkeiten wurden mit ihren Rückzahlungsbeiträgen angesetzt.

Auf **fremde Währung** lautende Beträge wurden am Ende des Geschäftsjahres mit dem Jahresschlusskurs bewertet.

HAFTUNGSVERHÄLTNISS UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Gegenüber Anteilen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen bestehen zum Bilanzstichtag Nachzahlungsverpflichtungen in Höhe von 215,0 Mio. Euro.

Im Rahmen von in Aktien verbrieften Private-Equity-Engagements bestehen Anteilsabnahmeverpflichtungen in Höhe von 27,0 Mio. Euro.

Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten aus offenen Darlehenszusagen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von 1,4 Mio. Euro.

Außerdem bestehen Anteilsabnahmeverpflichtungen bei Immobilienfonds in Höhe von 186,9 Mio. Euro.

Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Vorkäufen in Höhe von 474,4 Mio. Euro und aus Short-Put-Optionen in Höhe von 18,5 Mio. Euro. Im Rahmen von Multitranchen-Namensschuldverschreibungen bestehen Andienungsrechte von Emittenten in Höhe von 70,0 Mio. Euro.

Auf zugesagte, jedoch noch nicht valutierte Realkredite bestehen Verpflichtungen in Höhe von 76,0 Mio. Euro.

Die genannten Nachzahlungsverpflichtungen, Anteilsabnahmeverpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen beinhalten noch nicht geleistete Einlagen oder wurden im Rahmen der Kapitalanlage eingegangen. Die zu erwartenden Zahlungsströme sind in der Investmentplanung berücksichtigt.

Die Haftung der Gesellschaft als Mitglied des Verbandes öffentlicher Versicherer, Berlin und Düsseldorf, ist auf den nicht eingeforderten Stammkapitalanteil in Höhe von 1,3 Mio. Euro begrenzt.

Die SVL ist gemäß der §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 % der Summe der versicherungstechni-

schen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die SVL hat hieraus keine Verpflichtungen mehr.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Dies entspricht einer Verpflichtung von 21,2 Mio. Euro.

Zusätzlich hat sich die SVL verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 190,6 Mio. Euro.

ANGABEN ZUR BILANZ

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN A. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2011

A. I. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN EINSCHLIESSLICH DER BAUTEN AUF FREMDEN GRUNDSTÜCKEN

A. II. KAPITALANLAGEN IN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

1. Anteile an verbundenen Unternehmen
 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen
 3. Beteiligungen
 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein
Beteiligungsverhältnis besteht
 5. Summe A. II.
-

A. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht
festverzinsliche Wertpapiere
 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere
festverzinsliche Wertpapiere
 3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen
 4. Sonstige Ausleihungen
 - a) Namensschuldverschreibungen
 - b) Schuldscheinforderungen und Darlehen
 - c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine
 - d) übrige Ausleihungen
 5. Andere Kapitalanlagen
 6. Summe A. III.
-

INSGESAMT

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	347.002	813	0	516	183	8.052	339.428
	136.644	83.643	0	6.000	7.143	900	220.530
	2.725	0	0	2.000	0	0	725
	439.989	79.108	0	55.010	10.396	15.470	459.014
	55.640	5.898	0	16.071	0	0	45.467
	634.999	168.649	0	79.081	17.539	16.370	725.736
	5.125.892	164.827	0	67.880	5.012	52.495	5.175.356
	804.411	310.158	0	117.473	0	858	996.238
	1.004.930	147.340	0	100.655	0	0	1.051.614
	6.088.317	187.047	-36.210	766.109	0	0	5.473.044
	3.821.426	195.386	36.210	251.635	0	0	3.801.388
	58.155	12.263	0	16.844	0	0	53.575
	190.772	3.464	0	57.447	24	0	136.812
	183.788	0	0	9.745	0	0	174.043
	17.277.691	1.020.485	0	1.387.788	5.036	53.353	16.862.071
	18.259.691	1.189.946	0	1.467.385	22.757	77.775	17.927.235

Grundstücke

Vom Bilanzwert entfallen 137.831 Tsd. Euro auf Grundstücke und Bauten, die überwiegend von der Gesellschaft und verbundenen Unternehmen im Rahmen ihrer Tätigkeit genutzt werden.

Es wurden keine (Vj. 358,0 Tsd. Euro) außerplanmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorgenommen.

Verbundene Unternehmen und Beteiligungen (Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB)

	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital ¹ Tsd. €	Jahresergebnis Tsd. €
1. Anteile an verbundenen Unternehmen				
SV Beteiligungs- und Grundbesitzgesellschaft mbH, Stuttgart	100,0	2011	60.856	16.968
SV Kapitalanlage- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	100,0	2011	2.705	36
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Dotzheim KG, Stuttgart	100,0	2011	9.717	-188
SVL-LuxInvest SCS SICAF-SIF, Luxemburg	100,0	2011	500	0
SV Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Löwentor KG, Stuttgart	94,9	2011	4.956	-78
Magdeburger Allee 4 Projektgesellschaft mbH, Erfurt	66,7	2011	6.607	-13
SV Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG, Stuttgart	66,7	2011	28.069	1.600
ecosenergy Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Greven	60,0	2011	49.979	1.374
Eigentümergeinschaft Walpotenhaus Gesellschaft des bürgerlichen Rechts mit beschränkter Haftung, Offenburg	50,0	2011	535	376
Neue Mainzer Str. 52-58 Finanzverwaltungs GmbH & Co. Hochhaus KG, Stuttgart	33,3	2011	29.545	588
HNT-Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH, Wiesbaden	25,0	2010	1.197	-95
ecosenergy GmbH, Greven	20,0	2011	0	-860

	Anteil %	Geschäftsjahr	Eigenkapital ¹ Tsd. €	Jahresergebnis Tsd. €
2. Beteiligungen				
Grundstücksverwaltungsgesellschaft LBBW IM / SVL GbR, Mannheim	50,0	2010	1.159	56
Adveq Europe III Zweite Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	45,5	2010	40.560	5.281
Adveq Technology V Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	43,7	2010	42.772	5.664
Adveq Europe III Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	37,0	2010	49.922	6.500
HSBC Trinkaus M4 Beteil. GmbH & Co. KG (Montagu 4), Düsseldorf	31,9	2010	0	-16
Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe	30,0	2010	9.545	-619
UBB Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, München	29,0	2011	51.765	0
Adveq Opportunity I Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	28,7	2010	47.836	10.315
Adveq Asia I Erste Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	28,0	2010	24.539	1.882
PE Capital Germany SeCS SICAR, Luxemburg	26,7	2010	158.217	25.542
Adveq Technology IV Zweite Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main	26,1	2010	42.478	8.107
BVS Betriebsvorsorge Service GmbH, München	21,2	2010	510	-9
NWAK GmbH Versicherungsmakler Netzwerk Assekuranzkontor GmbH Versicherungsmakler, Lübeck	20,6	2010	438	129

¹ Eigenkapital gemäß Ausweis auf der Passivseite der Bilanz

Auf die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB in Höhe von 16.370 Tsd. Euro vorgenommen.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich um ein Schuldscheindarlehen.

Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Hierbei handelt es sich um Schuldscheindarlehen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Auf Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden außerplanmäßige Abschreibungen

nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB in Höhe von 47.145 Tsd. Euro vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden 798 Tsd. Euro außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorgenommen.

Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen

Auf Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB Euro vorgenommen.

Übrige Ausleihungen

Auf Übrige Ausleihungen wurden ebenfalls keine außerplanmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 S. 3 HGB vorgenommen.

Zeitwert der Kapitalanlagen

	Buchwert Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	Reserven Tsd. €
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	339.428	376.520	37.091
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	220.530	222.904	2.375
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	725	725	0
3. Beteiligungen	459.014	498.673	39.660
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	45.467	44.577	-891
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.175.356	5.173.795	-1.561
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	996.238	1.012.846	16.608
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.051.614	1.166.881	115.267
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	5.473.044	6.132.152	659.108
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3.801.388	4.022.697	221.309
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	53.575	53.575	0
d) übrige Ausleihungen	136.812	117.315	-19.497
5. Andere Kapitalanlagen	174.043	165.474	-8.569
Insgesamt	17.927.235	18.988.133	1.060.898

In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen
in Mio. Euro:

zu Anschaffungskosten	18.077,8
zu beizulegenden Zeitwerten	19.161,5
Saldo	1.083,7

Die Gesellschaft ermittelt die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen, die in die Überschussbeteiligung einzubeziehen sind, mittels eines Indexverfahrens. Grundlage sind die Kurswerte zum ersten Börsentag eines jeweiligen Monats unter der vorausschauenden Einbeziehung der bereits bekannten Effekte des laufenden Monats. Dies kann je nach Entwicklung des Marktes zu Abweichungen der Bewertungsreserven nach VVG und den tatsächlichen Bewertungsreserven führen, da letztere erst zum Monatsultimo ermittelt werden.

**Angaben für zu den Finanzanlagen gehörenden
Finanzinstrumenten gemäß § 285 Nr. 18 HGB
(unterlassene Abschreibungen)**

	Buchwert Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	Unterlassene Abschreibung Tsd. €
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	25.692	24.730	962
II. 3. Beteiligungen	6.087	5.586	501
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.440	9.549	891
III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.511.930	1.427.714	84.216
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	346.415	308.521	37.894
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.365	1.146	218
4. Sonstige Ausleihungen			
a. Namensschuldverschreibungen	111.996	93.481	18.514
b. Schuldscheinforderungen und Darlehen	545.888	476.924	68.964
d. übrige Ausleihungen	133.139	113.641	19.497
5. Andere Kapitalanlagen	134.043	122.874	11.169
Insgesamt	2.826.994	2.584.167	242.826

Die stillen Lasten der Grundstücke werden auf Basis des Rechnungslegungsstandards IDW RS WFA 1 als nur vorübergehend angesehen, da die Differenz zwischen dem Zeit- und dem Buchwert innerhalb von fünf Jahren durch planmäßige Abschreibungen aufgeholt wird.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen ergeben sich keine dauerhaften Wertminderungen bzw. Abweichungen von den positiven Renditeerwartungen im Bereich der Beteiligungen und im Bereich der Investmentanteile.

Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen handelt es sich um bonitätsmäßig einwandfreie Emittenten, sodass von einer vollständigen Rückzahlung

bei Endfälligkeit auszugehen ist. Darin enthalten sind auch Investitionen in Staats- und Regionalanleihen von Spanien und Italien mit einem Buchwert von 176.852 Tsd. Euro und einem Zeitwert von 145.193 Tsd. Euro. Durch den im Mai 2010 eingerichteten europäischen Rettungsschirm für hochverschuldete Staaten wird von keiner dauerhaften Wertminderung ausgegangen. Ein Abschreibungserfordernis ergibt sich in soweit nicht.

Auch bei den Ausleihungen und anderen Kapitalanlagen ist mit einer vollständigen Rückzahlung bei Fälligkeit zu rechnen, sodass kein Abschreibungserfordernis besteht.

**Angaben zu Anteilen oder Anlageaktien an
Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB**

Fondskategorie / Anlageziel	Buchwert Tsd. €	Anteilswert Tsd. €	Stille Lasten Tsd. €	Stille Reserven Tsd. €	Ausschüttung im Geschäfts- jahr Tsd. €	Gründe für unterlassene Ab- schreibung § 253 Abs. 3 S 4	Beschränkungen im Hinblick auf eine tägliche Rückgabe
Mischfonds (Aktien und Renten)	3.234.355	3.151.638	-82.717	0	134.742	Nachhaltiger Wert über Buchwert	keine Beschränkung
Rentenfonds	1.430.525	1.478.777	0	48.252	76.985		keine Beschränkung
Immobilienfonds	270.793	271.467	0	674	9.195		keine Beschränkung
Sonstige Sondervermögen (Anlage in insurance linked securities)	21.300	21.947	0	647	0		vierteljährliche Rückgabe
	4.956.972	4.923.828	-82.717	49.572	220.922		

Derivative Finanzinstrumente

Im Bestand befinden sich Short-Put-Optionen mit einem Nominalwert von 18.500 Tsd. Euro. Die erhaltene Optionsprämie in Höhe von 185 Tsd. Euro ist unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Optionen werden nach dem allgemein anerkannten Black-Scholes-Modell auf Basis des Schlusskurses des relevanten Zinssatzes bewertet. Die Volatilität wird auf Basis aktuell gehandelter impliziter Volatilitäten unter Berücksichtigung von Restlaufzeiten und dem Verhältnis zwischen Strike zu Preis und Stichtagskurs geschätzt. Der Zeitwert der sich aus den genannten Optionen ergebenden Verbindlichkeit beläuft sich auf 1 Tsd. Euro.

Zahlungsströme aus variabel verzinsten Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen werden durch den Einsatz von Zinsswaps in feste Zahlungsströme getauscht. Der Wert dieser Swapgeschäfte ergibt sich aus der Differenz der Barwerte der fixen und der variablen Zahlungsströme. Der erwartete variable Zahlungsstrom ergibt sich aus den Forwardswapsätzen zum Zeitpunkt der Bewertung, während der fixe Zahlungsstrom bei Abschluss des Swaps feststeht. Die zum Stichtag bereits valuierten Zinsswaps mit einem Nominalwert von 280.000 Tsd. Euro haben einen Zeitwert in Höhe von 61.907 Tsd. Euro. Die noch offenen Forward-Zinsswaps mit einem Nominalwert von 520.000 Tsd. Euro weisen einen Zeitwert in Höhe von 83.395 Tsd. Euro auf.

Die Vorkäufe (Forwards) über Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen in Höhe von nominal 474.393 Tsd. Euro werden mit dem am Bewertungsstichtag herrschenden Forwardswapsätzen analog zur Bewertung von festverzinslichen Finanztiteln mittels der Spotsätze bewertet. Es ergibt sich für die Vorkaufsrechte ein Zeitwert in Höhe von 28.094 Tsd. Euro.

Bewertungseinheiten

Im Rahmen von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB in Form von Mikro-Hedges werden variable Zahlungsströme aus einem (künftigen) Grundgeschäft in feste Zahlungsströme transformiert. Damit soll das Wiederanlagerisiko (Zinsänderungsrisiko) begrenzt werden.

Als Sicherungsinstrumente werden Forward-Receiver-Zinsswaps eingesetzt. Hierdurch verpflichtet sich die SVL in der Zukunft in einen Zinsswap mit bereits heute fixierten Konditionen einzutreten. Die SVL erhält dann einen festen Zinssatz aus dem Zinsswap. Im Gegenzug verpflichtet sie sich, einen dann gültigen variablen Zinssatz an den Swapkontrahenten zu zahlen. Bei den (künftigen) Grundgeschäften handelt es sich um variabel verzinsten Schuldscheindarlehen oder Namensschuldverschreibungen, welche parallel zum Eintritt in den Zinsswap angeschafft werden. Die variable Zinszahlung basiert mit einer Ausnahme auf dem 6-Monats-Euribor. Zum Stichtag waren Grundgeschäfte mit einem Nominalvolumen in Höhe von 280.000 Tsd. Euro und Laufzeiten bis zum Jahr 2025 valuiert. Das noch nicht va-

lutierte Nominalvolumen betrug 520.000 Tsd. Euro. Bei den künftig noch zu erwerbenden Grundgeschäften handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen nach § 254 HGB. Die SVL betreibt eine kontinuierliche Finanz- und Liquiditätsplanung. Damit kann die Wahrscheinlichkeit, dass die zur Verfügung stehende Liquidität ausreicht, um wie geplant variabel verzinsten Finanzinstrumente als Grundgeschäfte für die Bewertungseinheiten zu erwerben, als ausreichend hoch eingestuft werden. Dies erlaubt es, eine antizipative Sicherung zu begründen.

Die Bestimmung der prospektiven Wirksamkeit erfolgt durch die Methode des Critical Term Match. Diese Vereinfachungsregel wurde gewählt, da das Grundgeschäft und das Sicherungsinstrument hinsichtlich der wesentlichen Ausstattungsmerkmale identisch sind. Somit ist es wahrscheinlich, dass sich die Änderungen der Cash Flows aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsinstrument vollständig kompensieren.

Der Nachweis der retrospektiven Wirksamkeit erfolgt durch die Hypothetical Derivative-Methode. Da die Konditionen des Sicherungsinstruments und des Grundgeschäfts vollständig übereinstimmen, korrelieren die absoluten Wertänderungen vollständig negativ. Somit werden keine Unwirksamkeiten erwartet.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen

Der Anlagestock setzt sich zum 31.12.2011 aus den nachfolgend genannten Anteilseinheiten zusammen:

Stück	Bezeichnung der Investmentanteile	Gesamtwert Tsd. €
145.201	BW Zielfonds 2020	4.596
64.864	BW Zielfonds 2025	1.902
153.373	BW Zielfonds 2030	4.471
9.891	Deka Bund + S Finanz: 1-3	430
2.998	DekaLux – Treasury: Euro	152
280.098	DekaStruktur: Chance	11.058
5.506	DekaStruktur: ErtragPlus	235
62.206	DekaStruktur: Wachstum	2.567
777.748	DekaStruktur: 2 Chance	23.721
554.550	DekaStruktur: 2 ChancePlus	14.845
159.632	DekaStruktur: 2 ErtragPlus	6.866
386.526	DekaStruktur: 2 Wachstum	14.653
192.482	DekaStruktur: 3 Chance	7.418
199.350	DekaStruktur: 3 ChancePlus	7.579
41.469	DekaStruktur: 3 ErtragPlus	1.853
120.467	DekaStruktur: 3 Wachstum	5.121
79.398	DekaStruktur: 4 Chance	4.086
155.984	DekaStruktur: 4 ChancePlus	9.060

Stück	Bezeichnung der Investmentanteile	Gesamtwert Tsd. €
36.087	DekaStruktur: 4 Ertrag	1.680
32.100	DekaStruktur: 4 ErtragPlus	1.480
102.786	DekaStruktur: 4 Wachstum	4.957
62.159	DekaStruktur: V Chance	4.691
216.333	DekaStruktur: V ChancePlus	17.300
12.316	DekaStruktur: V Ertrag	1.198
22.139	DekaStruktur: V ErtragPlus	1.952
65.031	DekaStruktur: V Wachstum	5.532
7.189	Deka-TopGarant 2018-2021	712
8.189	Deka-TopGarant 2022-2025	750
7.299	Deka-TopGarant 2026-2029	632
2.395	Deka-TopGarant 2030-2033	205
3.094	Deka-TopGarant 2034-2037	249
1.564	Deka-TopGarant 2038-2041	118
1.902	Deka-TopGarant 2042-2045	145
5.068	Deka-TopGarant 2046-2049	384
1.625	Deka-TopGarant 2050-2053	117
834	Deka-Wertkonzept CF (T)	914
2.341	Deka-Wertkonzept defensiv CF (T)	232
12.531	Deka-Wertkonzept offensiv CF (T)	1.244
2.819	Deka-Zielfonds 2015-2019	121
13.043	Deka-Zielfonds 2020-2024	510
13.659	Deka-Zielfonds 2025-2029	519
8.346	Deka-Zielfonds 2030-2034	337
8.171	Deka-Zielfonds 2035-2039	244
5.217	Deka-Zielfonds 2040-2044	155
4.871	Deka-Zielfonds 2045-2049	145
2.744	Deka-Zielfonds 2050-2054	80
30.974	GS Europe CORE Equity Portfolio	265
39.420	JPMorgan Global Focus A (dist)	745
1.187.602	Landesbank Baden-Württemberg Balance CR 20	45.818
2.340.222	Landesbank Baden-Württemberg Balance CR 40	88.952
3.722.742	Landesbank Baden-Württemberg Balance CR 75	137.890
19.735	Landesbank Baden-Württemberg Rentenfonds Euro Deka	785
1.395	Naspa-Aktienfonds Deka	48
8.877	NaspaFondsStrategie: Chance	318
2.865	NaspaFondsStrategie: Ertrag	128
5.031	NaspaFondsStrategie: Wachstum	205
23.716	RenditDeka	487

Andere Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um vorausgezahlte Versicherungsleistungen.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital ist in 26.771 auf den Namen lautende vinkulierte Stückaktien eingeteilt und wird zum Bilanzstichtag wie folgt gehalten:

	Anzahl Aktien	Anteil %
SVH	26.768	99,989
Sparkassenverband Baden-Württemberg	2	0,007
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1	0,004
	26.771	100,000

Andere Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklage beträgt unverändert zum Vorjahr 60.530 Tsd. Euro.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Die SVG hat der Gesellschaft zwei Nachrangdarlehen in Höhe von 80.000 Tsd. Euro gewährt.

Deckungsrückstellung

Für die – gemessen an der Deckungsrückstellung (einschließlich aller Zusatzrisiken und der Überschussbeteiligung) – wichtigsten Teilbestände (insgesamt mehr als 90 %) wurden hinsichtlich der Hauptversicherung folgende Rechnungsgrundlagen verwendet:

Altbestand

- Kapitalversicherungen die Sterbetafeln 1924/26 und 1960/62 mod. M mit einem Rechnungszins von 3,0 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme bzw. die Sterbetafeln 1981/83 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 ‰ der Versicherungssumme.

- Aufgeschobene Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3,0 % und einem Zillmersatz von 25 % der Jahresrente bzw. die Sterbetafeln 1987 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und einem Zillmersatz von 35 % der Jahresrente und bei den Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeträge die DAV-Sterbetafeln 1994 R sowie linear interpolierte Werte zwischen den DAV-Sterbetafeln 2004 R-Bestand und 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,92 % für die ersten 15 Jahre, danach 4,0 %.

• Laufende Rentenversicherungen die Sterbetafel 1949/51 mit einem Rechnungszins von 3,0 % bzw. die Sterbetafeln 1987 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,5 % und bei den Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeiträge die DAV-Sterbetafeln 1994 R sowie die DAV-Sterbetafel 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 3,92 % für die ersten 15 Jahre, danach 4,0 %.

Neubestand

- Kapitalversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 T für Männer und Frauen mit Rechnungszinssätzen von 4,0 % (3,92 % für die ersten 15 Jahre), 3,25 %, 2,75 % und 2,25 % sowie einem Zillmersatz von bis zu 40 ‰ der Beitragssumme;
- Aufgeschobene Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 1994 R für Männer und Frauen mit Rechnungszinssätzen von 4,0 % (3,92 % für die ersten 15 Jahre), 3,25 % und 2,75 % sowie einem Zillmersatz von bis zu 40 ‰ der Beitragssumme bzw. die DAV-Sterbetafeln 2004 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 2,75 % und 2,25 % sowie einem Zillmersatz von bis zu 40 ‰ der Beitragssumme und bei den Berechnungen zur Ermittlung der Auffüllungsbeiträge linear interpolierte Werte zwischen den DAV-Sterbetafeln 2004 R-Bestand und 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit Rechnungszinssätzen von 4,0% (3,92 % für die ersten 15 Jahre), 3,25% und 2,75 %.
- Laufende Rentenversicherungen die DAV-Sterbetafeln 2004 R-B20 für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 4,0 % (3,92 % für die ersten 15 Jahre), 3,25 % und 2,75 % bzw. die DAV-Sterbetafeln 2004 R für Männer und Frauen mit einem Rechnungszins von 2,75 % und 2,25 %.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	Tsd. €
Bilanzwert Vorjahr	1.276.977
Zuführungen aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	213.242
Sonstige Zuführungen	6.473
Entnahme für die Versicherungsnehmer	271.772
Stand 31.12.2011	1.224.920

Von dem zum 31.12.2011 ausgewiesenen Betrag der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf:

	Tsd. €
a) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	138.297
b) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	10.903
c) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	36.260
d) bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven (ohne Beträge nach Pos. c)	2.436
e) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Pos. a)	773
f) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Pos. b und e)	123.982
g) den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird (ohne Beträge nach Pos. c)	420.244
h) den ungebundenen Teil	492.025
Gesamt	1.224.920

Die Überschussanteile für die Versicherten sind auf den Seiten 52 - 71 dargestellt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Buchwert Tsd. €	Anschaffungskosten Tsd. €
Erfüllungsbetrag aus erdienten Ansprüchen zum 31.12.2011	119.252	
Verrechnungsfähiges Deckungsvermögen zum 31.12.2011	37.290	36.804
davon aus Versicherungsverträgen	28.140	28.140
davon aus Sonstigen	9.150*	8.664
Unterdeckung zum 31.12.2011	4.705	
Saldierter Ausweis in der Bilanz	77.257	

* Zeitwert

	Tsd. €
Zinsaufwand aus Pensionsverpflichtung	6.505
Zinsertrag (einschließlich laufender Ertrag) aus Deckungsvermögen	1.152
Veränderung Zeitwert aus Deckungsvermögen	-167
Saldierter Ausweis im sonstigen Aufwand	5.520

	Tsd. €
Personalaufwand (Altersversorgung) aus Pensionsverpflichtung	-7.339
Personalaufwand (Altersversorgung) aus Deckungsvermögen	1.899
Saldierter Ausweis im Personalaufwand (Altersversorgung) vor Kostenverteilung	-5.440

Steuerrückstellungen / Sonstige Rückstellungen

	Bilanzwert zum 31.12.2011 Tsd. €	Überdeckung zum 31.12.2011 durch Anwendung des Beibehaltungswahl- rechts zum Umstellungszeitpunkt auf BilMoG Tsd. €
Steuer	13.956	867
Drohende Verluste aus eingebetteten Derivaten	7.844	
Altersteilzeit	4.311	
Zinsen § 233 a AO	2.885	
Beihilfezuwendungen	1.245	
Auflösungskosten Beteiligung	950	
Unterlassene Instandhaltung	914	
Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses	796	
Urlaubs-/Gleitzeitguthaben	676	
Tantieme/Erfolgsbeteiligung	611	
Jubiläumsaufwendungen	577	27
Sonstige	516	4

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

Der weitaus größte Posten mit 321.595 Tsd. Euro entfällt auf die den Versicherungsnehmern gutgeschriebenen Überschussanteile, die bis zur Fälligkeit der Versicherungsleistung verzinslich angesammelt werden.

ANGABEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**Gebuchte Bruttobeiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts**

	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Gesamtes Versicherungsgeschäft	1.637.318	2.203.518
davon Einzelversicherungen	1.558.956	2.124.974
davon Kollektivversicherungen	78.362	78.544
davon laufende Beiträge	1.016.625	1.030.070
davon Einmalbeiträge	620.693	1.173.448
davon ohne Überschussbeteiligung	12.712	11.899
davon mit Überschussbeteiligung	1.579.021	2.145.605
davon Kapitalanlagerisiko von Versicherungsnehmern getragen	45.585	46.014

In Rückdeckung gegebenes Versicherungsgeschäft - Rückversicherungssaldo

	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
Anteile der Rückversicherer an		
verdienten Bruttobeiträgen	18.755	19.166
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	9.098	8.687
Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	8.621	9.400
Saldo zu unseren Gunsten (-) / zu unseren Lasten (+)	1.036	1.079

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2011 Tsd. €	2010 Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	91.035	84.790
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	16.164	15.881
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.715	2.725
5. Aufwendungen für Altersversorgung	1.127	919
6. Aufwendungen insgesamt	111.041	104.315

Außerordentliche Aufwendungen

In den außerordentlichen Aufwendungen werden Aufwendungen erfasst, die sich aus der Umstellung der Pensionsrückstellungen durch die Änderungen des BilMoG ergeben.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Geschäftsjahr ergab sich ein Steueraufwand in Höhe von 40.035 Tsd. Euro (Vorjahr 26.230 Tsd. Euro). Die steuerliche Außenprüfung bei der SV HNT für die Jahre 2000 bis 2003 ist im Geschäftsjahr abgeschlossen worden.

Die SVL ist seit dem Jahr 2009 ertragsteuerliche Organgesellschaft der SVH. Da sich die ertragsteuerlichen Konsequenzen aufgrund abweichender handels- und steuerrechtlicher Bilanzierung beim Organträger ergeben, werden die bei der SVL zum 31.12.2011 bestehenden Bewertungsunterschiede zwischen Handels- und Steuerbilanz bei der Bildung von latenten Steuern bei der SVH berücksichtigt (vgl. hierzu Geschäftsbericht 2011 der SVH). Bei der SVL erfolgt daher zum 31.12.2011 kein Ausweis von latenten Steuern.

**ANGABEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN
UND PERSONEN**

Als nahe stehende Unternehmen wurden die verbundenen Unternehmen (Angabe auf Seite 12) identifiziert sowie Unternehmen, bei denen ein beherrschender Einfluss besteht.

Zu den nahe stehenden Personen gehören die Mitglieder des Aufsichtsrats, des Vorstands bzw. der Geschäftsführung und der Generalbevollmächtigte der SV-Gesellschaften sowie deren nahe Familienangehörige.

Bei den Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen handelt es sich im Wesentlichen um allgemeine Personen- und Sachversicherungsverträge sowie um Darlehen.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen erfolgen zu marktüblichen Konditionen beziehungsweise mit bei den SV-Gesellschaften üblichen Mitarbeitervergünstigungen.

SONSTIGE ANGABEN

Im Laufe des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 338 Innendienst-Mitarbeiter, davon 52 Auszubildende, angestellt.

Der Vorstand erhält seine Bezüge von der mit der Gesellschaft verbundenen SVH. Die Belastung der Gesellschaft erfolgt über Dienstleistungsverrechnung. Dies galt für das abgelaufene Geschäftsjahr auch für diejenigen Vorstandsmitglieder, die bis Ende 2011 einen Dienstvertrag mit der berichtenden Gesellschaft hatten. Frühere Vorstandsmitglieder bzw. ihre Hinterbliebenen haben von der Gesellschaft 1.396 Tsd. Euro erhalten. Für sie bestehen Soll-Pensionsrückstellungen in Höhe von 13.094 Tsd. Euro. Hierfür besteht eine Unterdeckung aus der BilMoG-Umstellung in Höhe von 977 Tsd. Euro, die über den vorgesehenen Zeitraum den Pensionsrückstellungen zugeführt wird. Zum Bilanzstichtag bestanden keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes.

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen 248 Tsd. Euro. An Mitglieder des Aufsichtsrates bestanden zum Bilanzstichtag Kredite in Höhe von 418 Tsd. Euro mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,5 %. Im Geschäftsjahr wurden Tilgungen in Höhe von 15 Tsd. Euro vorgenommen. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses lagen marktübliche Konditionen vor. Die Darlehen sind durch Grundbesitz besichert.

Aufsichtsrat und Vorstand sind auf den Seiten 4 bis 5 aufgeführt.

Auf die Angabe der Abschlussprüferhonorare nach § 285 Nr. 17 HGB wird verzichtet, da die SVL in einen Konzernabschluss integriert ist und diese Angabe dort vorgenommen wird.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der SVH einbezogen, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Die Gesellschaft ist somit gem. § 291 HGB von der Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses und eines Teilkonzernlageberichts befreit.

Stuttgart, 20. März 2012

SV SparkassenVersicherung
Lebensversicherung Aktiengesellschaft



Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl



Dr. Stefan Korbach



Sven Lixenfeld



Dr. Michael Völter



Dr. Klaus Zehner

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Unter der Bedingung, dass der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstands zustimmt, vom Gesamtüberschuss 213.241.740,63 Euro der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuweisen, haben wir den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wie folgt erteilt:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung Aktiengesellschaft, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirk-

samkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 17. April 2012

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Ellenbürger
Wirtschaftsprüfer

Oppermann
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung der Gesellschaft laufend überwacht. In gemeinsamen Sitzungen mit dem Vorstand wurde der Aufsichtsrat über die Geschäftslage informiert. Dabei wurden grundsätzliche Fragen sowie wichtige Geschäftsvorfälle eingehend erörtert. Unter anderem befasste sich der Aufsichtsrat mit der neuen Strategie 1plus des Konzerns sowie mit Fragen des Risikomanagements, insbesondere mit dem Umsetzungsstand zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der BaFin (MaRisk VA). Daneben wurden verschiedene Projekte zur Kunden- und Vertriebspartneroptimierung mit den Sparkassen (ProSV) sowie die Neugestaltung der Kapitalanlageprozesse erörtert.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Stuttgart, hat die Buchführung, den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Die Berichte der KPMG über die Prüfung des Jahresabschlusses lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor und wurden in der Aufsichtsratssitzung am 14. Juni 2012 in Gegenwart des Abschlussprüfers ausführlich erörtert. Der Aufsichtsrat hat die Ausführungen der KPMG und den Prüfungsbericht zur Kenntnis genommen. Feststellungen zu dem Bericht haben sich nicht ergeben.

Weiterhin lag dem Aufsichtsrat der Erläuterungsbericht des verantwortlichen Aktuars vor. Dieser hat in der Aufsichtsratssitzung über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie den Lagebericht des Vorstands geprüft und erhebt nach dem abschließenden Ergebnis dieser Prüfung keine Einwendungen. Er hat den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 Aktiengesetz festgestellt ist.

Stuttgart, im Juni 2012

Der Aufsichtsrat

Volker Wirth
Vorsitzender

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Bonn
bAV	betriebliche Altersversorgung
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
DAV	Deutsche Aktuarvereinigung e. V.
e. V.	Eingetragener Verein
EStG	Einkommensteuergesetz
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
FLV	Fondsgebundene Lebensversicherung
GaVI mbH	GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH, Mannheim
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft
Gj.	Geschäftsjahr
HGB	Handelsgesetzbuch
IDW RS HFA	Stellungnahme zur Rechnungslegung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer
IHK	Industrie- und Handelskammer
IWF	Internationaler Währungsfonds
KPMG	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
LBBW	Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
MindZV	Verordnung über die Mindestbeitragsrückerstattung in der Lebensversicherung
Mio.	Millionen
Nr.	Nummer
PNW	Provinzial NordWest, Münster
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
SV	Unternehmensgruppe der SV SparkassenVersicherung
SV Informatik	SV Informatik GmbH, Mannheim
SVG	SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
SVH	SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
SVL	SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
SVL-LuxInvest	SVL-Luxinvest SCS SICAF-SIF, Luxemburg
Tsd.	Tausend
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen
Vj.	Vorjahr
VKB	Versicherungskammer Bayern, München
VöV	Verband öffentlicher Versicherer
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag

ÜBERSCHUSSANTEILE FÜR DIE VERSICHERTEN IN 2012

Die nachstehend aufgeführten Überschussanteile werden bei vorschüssiger Zuteilung*) für das im Geschäftsjahr 2012 beginnende, bei nachschüssiger Zuteilung*) für das im Geschäftsjahr 2012 endende Versicherungsjahr vergütet. Die genannten Schlussüberschussanteile werden für alle bis zum 31.12.2012 eintretenden Leistungsfälle gewährt.

Ergänzend zu den genannten Zinsüberschussanteilen ist bei Versicherungen mit Vorauszahlungen auf die Versicherungsleistung der jeweils deklarierte Zinsüberschussanteil zusammen mit den jeweils rechnermäßig garantierten Zinsen auf die Effektivverzinsung des Versicherungsscheindarlehnens begrenzt.

Soweit nichts anderes erwähnt wird, ist unter der Versicherungssumme die Anfangstodesfallsumme der Hauptversicherung zu verstehen, mit folgenden Ausnahmen: Bei den Tarifen 3, 3T und 4LK wird unter der Versicherungssumme die tarifliche Erlebensfallsumme verstanden. Bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf, bei denen sich die Versicherungsdauer aus einer Grundphase und einer flexiblen Ablaufphase zusammensetzt, wird unter der Versicherungssumme die zum Ende der Grundphase gültige Erlebensfallsumme verstanden.

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und laufenden Zinsüberschüssen, welche wir unseren Versicherungsnehmern in Anbetracht der Entwicklung an den Finanzmärkten bieten können, beträgt im Jahr 2012 mindestens 3,55 %, für Tarifwerk 1994 mindestens 4,00 %.

Für kapitalbildende Lebensversicherungen und aufgeschobene Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag kann seit April 2010 für alle Neuabschlüsse aus Schicht 3 des Alterseinkünftegesetzes in den ersten fünf Versicherungsjahren eine reduzierte Gesamtverzinsung gewährt werden.

Seit Beginn des Jahres 2008 beteiligen wir unsere Kunden gemäß §153 VVG an den Bewertungsreserven. Bei Vertragsbeendigung, d.h. bei Ablauf des Vertrages, Tod oder Rückkauf, bei aufgeschobenen Rentenversicherungen spätestens zu Beginn der Rentenzahlung, wird eine Beteiligung an den Bewertungsreserven gemäß §153 VVG gewährt. Die Bewertungsreserven werden zeitnah zum Fälligkeitstermin ermittelt. Bewertungsreserven schwanken sehr stark; sie können positiv oder negativ sein. Negative Bewertungsreserven gehen nicht zu Lasten unserer Kunden. Grundsätzlich keine Beteiligung an den Bewertungsreserven erhalten gemäß VVG die Fondsgebundenen Versicherungen in der Aufschubzeit. Wir gewähren in 2012 eine Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven, die 80 % der Schlussüberschussbeteiligung beträgt. Die Sockelbeteiligung ist in der Schlussüberschussbeteiligung bereits enthalten. Der Satz für die Sockelbeteiligung wird jährlich neu festgelegt. Der Diskontierungszins für die Reservierung der Schlussüberschüsse im Alt- und Neubestand beträgt seit dem 31.12.2011 4,50 %.

Für Rentenversicherungen mit auf Grund der demographischen Entwicklung nicht mehr ausreichenden Rechnungsgrundlagen (alle Tarifwerke bis einschließlich Tarifwerk 2004) wurde zum Jahresabschluss 2004 eine erhöhte Deckungsrückstellung gebildet. Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung unterstellte Lebenserwartung wird während der Aufschubzeit Jahr für Jahr überprüft und gemäß den Empfehlungen der Deutschen Aktuar Vereinigung weiter angepasst. Beim Übergang von der Aufschubzeit (Ansparphase) in die Rentenbezugszeit ergibt sich ein weiterer Anpassungsbedarf, damit die Mittel ausreichen, die garantierten Leistungen für die vereinbarte lebenslängliche Leistungsdauer zu erbringen. Durch die notwendige Stellung einer höheren Deckungsrückstellung (Anpassungsbedarf) entstehen Verluste. Den betroffenen Verträgen werden deshalb keine Überschüsse zugeteilt, bis der Anpassungsbedarf ausgeglichen ist. Dies kann dazu führen, dass eine bisher gewährte nicht garantierte Zusatzrente vorübergehend teilweise oder ganz ausgesetzt wird.

Die deklarierten Sätze bei Rentenversicherungen bis einschließlich Tarifwerk 2004 dienen der Berechnung der Überschüsse für den Fall, dass a) einzelvertraglich kein Anpassungsbedarf mehr besteht bzw. b) der Vertrag nicht in die Rentenzahlung übergeht. Bei Vertragsbeendigung durch Tod oder Rückkauf sowie bei Wahl der Kapitalabfindung wird der Betrag ausgezahlt, der zur Auszahlung gekommen wäre, wenn kein Anpassungsbedarf der Deckungsrückstellung bestanden hätte.

Aufgrund der mit dem Abschluss verbundenen einmaligen Kosten kann sich ein negativer Jahresüberschussanteil ergeben. Ab TW2000 wird dieser negative Saldo solange fortgeschrieben (aufgezinst mit dem auch bei verzinslicher Ansammlung maßgeblichen Zinssatz von derzeit 3,55 % p.a.) und mit den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen verrechnet, bis er durch später verbleibende positive jährliche Überschussanteile vollständig getilgt ist. Verbleibt nach der Verrechnung ein positiver Saldo, wird er entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet.

*) Bei vorschüssiger Zuteilung werden die Überschussanteile zu Beginn, bei nachschüssiger Zuteilung zum Ende des Versicherungsjahres zugeführt.

KAPITALBILDENDE LEBENSVERSICHERUNGEN

Die Überschussbeteiligung setzt sich aus laufenden Überschussanteilen und Schlussüberschussanteilen zusammen.

A. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammensetzt.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals, welches auch geleistete Zuzahlungen zur Abkürzung der Versicherungsdauer oder Erhöhung der Leistung berücksichtigt.

Abweichend von den in der unten stehenden Tabelle aufgeführten Zinsüberschussanteilen kann seit April 2010 für alle Neuabschlüsse aus Schicht 3 des Alterseinkünftegesetzes (Tarife 2, 2v) mit Einmalbeitrag in den ersten fünf Versicherungsjahren eine **reduzierte Gesamtverzinsung ZIR** gewährt werden. Diese bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals und ist für das erste Versicherungsjahr garantiert. Sie kann in den folgenden vier Jahren der Marktentwicklung angepasst werden. Ab dem sechsten Jahr wird sukzessive die Auswirkung der reduzierten Gesamtverzinsung durch erhöhte Schlussüberschussanteile kompensiert. Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung haben eine Wartezeit von fünf Jahren bis zur Gewährung von Schlussüberschussanteilen. Für die Ermittlung der Schlussüberschüsse werden zum einen die Wartezeit und zum anderen die niedrigeren Gewinne der reduzierten Gesamtverzinsung ausgeglichen.

Beim Ausgleich der Wartezeit wird der erklärte Schlussüberschussanteilsatz auf die Restlaufzeit, aber mindestens auf sieben Jahre gestreckt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die Wartezeit vollständig kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Beim Ausgleich der reduzierten Gesamtverzinsung wird der verringerte Zinsanteil der laufenden Überschüsse den Schlussüberschüssen hinzugefügt und ebenfalls auf die Restlaufzeit, mindestens jedoch auf sieben Jahre verteilt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die reduzierte Gesamtverzinsung kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Für Neuabschlüsse in 2011 beträgt ZIR im ersten Jahr 2,75 %.

Für Neuabschlüsse in 2012 beträgt ZIR im ersten Jahr 2,50 %.

Für Versicherungen, die sich nicht im ersten Versicherungsjahr befinden, beträgt ZIR für Jahrestage in 2012 ebenfalls 2,50 %.

Der **Risikoüberschussanteil RI** wird – getrennt für Männer (RIM) und Frauen (RIF) – in Prozent des überschussberechtigten Risikobeitrags angegeben.

Bei Versicherungen auf verbundene Leben (Tarife 2v und 2vNZ) gilt für zwei versicherte Männer der Satz RIM(M), für zwei versicherte Frauen der Satz RIF(F) und für die Kombination Mann/Frau

der Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze (RIMF).

Der **Verwaltungskostenüberschussanteil** wird in Promille der Versicherungssumme (**VKS**) und/oder in Prozent des erreichten Tarifjahresbeitrags (**VKB**) angegeben. Die Versicherungssumme ist dabei das Maximum aus der Versicherungssumme im Todesfall und der Versicherungssumme im Erlebensfall.

Dabei wird bei den Tarifwerken ab 1994 der Verwaltungskostenüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Bei Rückdeckungsversicherungen von Unterstützungskassen ab Tarifwerk 2004 werden die laufenden Überschussanteile jährlich um Kosten in Höhe von maximal 24 Euro (Tarifwerk 2012: maximal 48 Euro) gekürzt.

Für die einzelnen Tarifarten/Tarifwerke gelten folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifart	Tarifwerk	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze					
		RZ, AZ in %	ÜZ, ZI in %	RIM(M) in %	RIF(F) in %	VKB in %	VKS in ‰
Einzel- und Sammeltarife	1924	3,0	0,55	55	65	-	0,3
	1968	3,0	0,55	40	*)	-	0,3
	1987	3,5	0,05	35	35	0,5 **)	0,1 **)
	1994	4,0	-	28 ***)	24 ***)	0,5	-
	2000	3,25	0,30	28	24	0,5	-
	2004, 2005	2,75	0,80	28	24	0,5	-
	2007, 2008,						
	2009B	2,25	1,30	28	24	0,5	-
2012	1,75	1,80	28	24	0,5	-	
Vermögensbildungs- und Sterbegeldtarife	1968	3,0	0,55	-	-	-	-
	1987	3,5	0,05	-	-	-	-
	1994	4,0	-	-	-	-	-
	2000	3,25	0,30	-	-	-	-
	2004, 2005	2,75	0,80	-	-	-	-
	2007, 2008						
	2009B	2,25	1,30	-	-	-	-
	2012	1,75	1,80	-	-	-	-
Gruppenrabatttarife	1924	3,0	0,55	55	65	-	0,3
	1968	3,0	0,55	40	*)	-	0,3
	1987	3,5	0,05	35	35	0,5 **)	0,1 **)
	1994	4,0	-	28	24	-	-
	2000	3,25	0,30	28	24	-	-
	2004, 2005	2,75	0,80	28	24	-	-
	2007, 2008,						
	2009B	2,25	1,30	28	24	-	-
2012	1,75	1,80	28	24	-	-	
Gruppensondertarife	1924	3,0	0,55	55	65	-	0,2
	1968	3,0	0,55	40	*)	-	0,2
	1987	3,5	0,05	35	35	0,2 **)	0,04 **)
	1994	4,0	-	28	24	-	-
	2000	3,25	0,30	28	24	-	-
	2004, 2005	2,75	0,80	28	24	-	-
	2007, 2008,						
	2009B	2,25	1,30	28	24	-	-
2012	1,75	1,80	28	24	-	-	

*) Im Tarifwerk 1968 wird für die Teilbestände aus Mannheim / Stuttgart ein RIF von 55 % gewährt, für den Teilbestand aus Wiesbaden wird ein RIF von 40 % gewährt, wobei unverjüngte Frauen (Tarife vor 09/1977) einen zusätzlichen Todesfallbonus in Höhe von 10 % erhalten.

***) Im Tarifwerk 1987 wird für die Teilbestände aus Mannheim / Stuttgart der VKB, für den Teilbestand aus Wiesbaden der VKS gewährt. Bei Versicherungen mit integriertem BU-Risiko wird als Verwaltungskostenüberschussanteil für den BU-Teil generell der VKB gewährt.

**) Im Bestand Wiesbaden wird für den Tarif 2v im Tarifwerk 1994 ein einheitlicher Risikoüberschussanteil RI von 28 % gewährt.

Der Risikoüberschussanteil RI ist begrenzt auf:

- 6 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals bei Tarifwerken bis 1994
- 5 ‰ des unter Todesfall-Risiko stehenden Kapitals bei Tarifwerken ab 2000.

Bei Versicherungen mit integriertem BU-Risiko (Tarifwerke 1968, 1987/1992 und 1994) ist der Risikoüberschussanteil aus dem BU-Risiko vom erreichten Alter zu Beginn des Versicherungsjahres, dem Geschlecht und dem Tarifwerk abhängig und beträgt in Prozent des BU-Risikobeitrags:

	Tarifwerke 1987/1992 und 1968		Tarifwerk 1994	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
im Alter von 15 bis 19 Jahren	67	74	64	48
im Alter von 20 bis 24 Jahren	32	59	29	33
im Alter von 25 bis 29 Jahren	18	53	15	32
im Alter von 30 bis 34 Jahren	13	51	10	35
im Alter von 35 bis 39 Jahren	26	48	17	39
im Alter von 40 bis 43 Jahren	22	37	18	34
im Alter von 44 bis 47 Jahren	19	33	21	36
im Alter von 48 bis 50 Jahren	24	33	32	42
im Alter von 51 bis 53 Jahren	20	28	34	43
im Alter von 54 bis 56 Jahren	21	24	41	46
im Alter von 57 bis 59 Jahren	20	22	46	50
im Alter von 60 bis 65 Jahren	16	20	44	49

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistungen bei Tod und Ablauf (Bonus bzw. Summenzuwachs) verwendet oder verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet oder mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet (Barüberschussanteile) oder in bar ausgezahlt. Je nach vertraglicher Vereinbarung kann zusätzlich zu den aufgeführten Verwendungsarten eine anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) vereinbart werden.

Beim **Bonus** werden die laufenden Überschussanteile in Form einer zusätzlichen beitragsfreien Versicherungssumme und nach Abzug des erforderlichen Beitrags für eine evtl. vereinbarte Mehrleistung gewährt. Bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz werden die laufenden Überschussanteile in Form einer zusätzlichen beitragsfreien Versicherungssumme mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz gewährt. Der Bonus wird zusammen mit der Versicherungssumme bzw. bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz zusammen mit der Berufsunfähigkeitsrente fällig. Der Bonus ist überschussberechtigigt und rückkaufsfähig.

Sofern der Bonus Verwaltungskosten enthält, wird ein Verwaltungskostenüberschussanteil gewährt.

Der Bonus wird im Todes- und Erlebensfall in voller Höhe gezahlt; bei Rückkauf wird der Barwert des Bonus gewährt. Bei den Tarifen 3, 3T, V3 und V3T wird sowohl im Todes- bzw. Heiratsfall als auch bei Rückkauf der Barwert des Bonus gewährt.

Bei **verzinslicher Ansammlung** werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,55 % (TW1994: 4,00 %) verzinst, wobei sich dieser Zins aus dem oben angegebenen **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammensetzt. Das Ansammlungsguthaben ist überschussberechtigigt.

Falls **Barüberschussanteile** vereinbart wurden, werden die jährlichen Überschussanteile zum Fälligkeitstermin auf den Beitrag angerechnet oder – falls sie diesen übersteigen – in bar ausgezahlt, verzinslich angesammelt oder als Bonus verwendet.

Anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) für Tarifwerke bis einschließlich 1994

Bei einer anfänglichen Todesfallmehrleistung (aTML) erhöht sich der Versicherungsschutz in % der Versicherungssumme (bei W-Versicherungen der erreichten Versicherungssumme) ab Versicherungsbeginn. Die hierfür benötigten Beiträge werden aus den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen finanziert. Die aTML darf in Abhängigkeit vom Geschlecht der versicherten Person(en) bestimmte Höchstsätze nicht übersteigen:

TW	Maximale aTML-Sätze in %		
	für Männer bzw. für die Kombination Mann/Mann	für die Kombination Mann/Frau	für Frauen bzw. für die Kombination Frau/Frau
1994	100	100	100

Der für die aTML benötigte Risikobeitrag ist überschussberechtigigt.

Für den Risikoüberschussanteil RI auf den TML-Beitrag gelten die abweichenden Werte:

TW	RIM(M) in %	RIF(F) in %	RIMF in %
1968	50	55	52,5
1987	50	50	50
1994	52	42	47

Für den Bestand aus Stuttgart gilt:

Die aTML kann vertragsindividuell innerhalb bestimmter Grenzen gewählt werden.

Für den Bestand aus Mannheim gilt bei entsprechender Vereinbarung:

Für beitragspflichtige Versicherungen des Tarifwerks 1994, die im Kalenderjahr 2012 durch Tod fällig werden, wird unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der bei Tod fällig werdenden

Schlussüberschussanteile ein Überschussanteil von bis zu 100 % der vertraglichen Todesfalleistung gezahlt. Wird im Rahmen dieser Versicherung das Berufsunfähigkeitsrisiko mitgetragen, wird unter Einbeziehung des erreichten BU-Rentenzuwachses eine BU-Mehrleistung von bis zu 40 % der vertraglichen BU-Rente gezahlt. Diese Sonderleistung entfällt bei Vereinbarung von Barüberschussanteilen.

Für beitragspflichtige Versicherungen des Tarifwerks **1968**, die im Kalenderjahr 2012 durch Tod fällig werden, wird unter Einbeziehung des erreichten Bonus und der bei Tod fällig werden den Schlussüberschussanteile ein Überschussanteil von 10 % der vertraglichen Todesfalleistung aus der Hauptversicherung gezahlt. Wird im Rahmen einer solchen Versicherung das Berufsunfähigkeitsrisiko mitgetragen und beginnt im Kalenderjahr 2012 die Zahlung einer BU-Rente, wird eine BU-Mehrleistung von der vertraglichen BU-Rente unter Einbeziehung des BU-Rentenzuwachses in Höhe von 10 % gewährt.

Diese Sonderleistung entfällt bei Vereinbarung von Barüberschussanteilen.

Bei einer Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBÜML) erhöht sich die Leistung bei Eintritt der Berufsunfähigkeit ab Versicherungsbeginn. Die hierfür benötigten Beiträge werden aus den alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteilen finanziert.

Anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) ab Tarifwerk 2000

Bei beitragspflichtigen Versicherungen nach den Tarifen 2, 2V, 2NZ, 2VNZ und 4LK kann bei Abschluss vereinbart werden, dass im Todesfall unter Einbeziehung der Leistungen aus den laufenden Überschussanteilen und aus Schlussüberschussanteilen eine anfängliche Todesfallmehrleistung (aTML) in % der Versicherungssumme (bei W-Versicherungen der erreichten Versicherungssumme) gewährt wird. Die aTML darf in Abhängigkeit vom Geschlecht der versicherten Person(en) bestimmte Höchstsätze nicht übersteigen:

Maximale aTML-Sätze in %		
für Männer bzw. für die Kombination Mann/Mann	für die Kombination Mann/Frau	für Frauen bzw. für die Kombination Frau/Frau
60	50	40

Der für die aTML benötigte Risikobeitrag ist überschussberechtig. Für den Risikoüberschussanteil RI auf den aTML-Beitrag gelten die abweichenden Werte:

TW	RIM(M) in %	RIF(F) in %	RIMF in %
ab 2000	52	42	47

B. Schlussüberschussanteile (SÜA)

I. Tarifwerke bis 1994

Beitragspflichtige Versicherungen erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2012 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden, nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Tarifart	Tarifwerk	Tarife	Schlussüberschussanteile in % der Versicherungssumme bei Überschussbeteiligungsplan		Bezug *)
			Bonus / Verzinsl. Ansammlung	Barüberschussanteile	
Einzel-, Sammel-, Sammelsonder- und Gruppenrabatt-Tarife	1924	1, 1A, 1Z	5,8	4,6	T
		2, 2V, 3F	5,8	4,6	E
		2TG, 2TF	4,6	3,7	T
	1968	1A, 1D, 1DE, 1Z, 1ZE	5,8	4,6	T
		2, 2V, 2E, 2W, 2KT, 3, 3T, 3F	5,8	4,6	E
		2 T/12, 2TG, 2TF	4,6	3,7	T
		2NZ, 2NZB, 2VNZ, BANZ	3,5	2,1	E
		2TNZ, 2TNZB	2,8	1,7	T
	1987	1, 1Z, 1ZBU	4,5	3,6	T
		2, 2V, 2A, 2KT, 2BU, 3, 3BU, 3T, 4LK	4,5	3,6	E
		2T, 2TG, 2TF, 2TGBU, 2TFBU	3,6	2,9	T
		2NZ, 2VNZ, 2NZBU	2,7	1,6	E
		2TGNZ, 2TGNZBU, 2TFNZ, 2TFNZBU	2,2	1,3	T
	1994	2, 2V, 2BU, 3, 3T, 3BU, 4LK	1,7	1,4	E
		2T, 2TG, 2TGBU, 2TF, 2TFBU	1,4	1,1	T
		2NZ, 2VNZ, 2NZBU	1,0	0,6	E
2TGNZ, 2TGNZBU, 2TFNZ, 2TFNZBU		0,8	0,5	T	
Vermögensbildungstarife	1968	V2, V2V, V3, V3T	1,1	0,9	E
		V2T, V2T/12	0,9	0,7	E
	1987	V2, V2V, V3, V3T	0,5	0,4	E
		V2T	0,4	0,3	E
	1994	alle	--	--	--
Gruppen-sondertarife	1924	FG1	5,8	4,6	T
		FG2	5,8	4,6	E
	1968	FG1, FG1A	5,8	4,6	T
		FG2	5,8	4,6	E
	1987	FG1, FG1Z	4,5	3,6	T
		FG2, FG2A	4,5	3,6	E
	1994	FG2, FG2BU	1,7	1,4	E

*) T = (Anfangs) Todesfallsumme, E = Erlebensfallsumme

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf ab dem Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig.

Im Todesfall – bei Versicherungen auf den Heiratsfall bei Heirat – gelten abhängig vom Teilbestand folgende Regelungen:

- Im Teilbestand Mannheim/Stuttgart wird der ungekürzte Barwert der erreichten Schlussüberschussanteile gewährt. Lediglich bei lebenslänglichen Versicherungen im Teilbestand Mannheim wird abhängig von der abgelaufenen Dauer entweder der volle Betrag oder der mit einem Kürzungsfaktor versehene Betrag der erreichten Schlussüberschussanteile gewährt.
- Im Teilbestand Wiesbaden wird der volle Betrag der erreichten Schlussüberschussanteile gewährt.

Stirbt beim Tarif 3T bzw. V3T das mitversicherte Kind, so werden SÜA in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

In den Fällen der vorzeitigen Auflösung, des vorgezogenen Ablaufs (aufgrund einer Abbruchklausel) oder der Beitragsfreistellung wird der Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn

- der Versicherte (bei Tarifen auf verbundene Leben die ältere der beiden versicherten Personen) das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Auflösungsstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf, bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase, liegt.
oder – für Tarifwerke vor 1994 –
- der Versicherte (bei Tarifen auf verbundene Leben die ältere der beiden versicherten Personen) das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für den Bonus und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Versicherungssumme erreichen.

Dabei ist unter der Versicherungssumme die Erlebensfallsumme zu verstehen, mit folgenden Ausnahmen: Bei Teilauszahlungstarifen ist unter der Versicherungssumme die Erlebensfallsumme einschließlich noch ausstehender Teilauszahlungen, bei lebenslänglichen Todesfallversicherungen die Todesfallsumme zu verstehen.

Bei Rückkauf und bei Beitragsfreistellung wird – falls obige Bedingungen nicht erfüllt sind – nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren der mit einem Kürzungsfaktor versehene Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Versicherungsformen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer (außer bei den Tarifen 1Z und 1ZBU) erhöhen sich die in den Tabellen angegebenen Schlussüberschussanteile wie folgt, wobei n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer:

- Streckungsfaktor TW vor 1994: n/t
- Streckungsfaktor TW 1994: $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n) / t$

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten einen Schlussüberschussanteil in Abhängigkeit vom überschussberechtigten Deckungskapital in Höhe von 0,5 % (TW1994: 0,05 %). Dieser wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilmultiplikator von 1,0505 hochgerechnet.

80 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

II. Tarifwerke ab 2000

Beitragspflichtige Versicherungen und Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2012 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile. Ab Tarifwerk 2004 gilt dies auch für planmäßig beitragsfrei gestellte Versicherungen.

Schlussüberschussanteile setzen sich aus einem Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenschlussüberschussanteil (SÜAZI, SÜARIM(M), SÜARIMF, SÜARIF(F), SÜAVKB) zusammen. Dabei gelten die gleichen Bemessungsgrundlagen wie bei laufender Überschussbeteiligung.

Die Summe der Schlussüberschussanteile wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilmultiplikator SAF hochgerechnet, negative Summen bleiben unberücksichtigt. Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung erhalten in den ersten fünf Jahren keine Schlussüberschussanteile.

Im Tarifwerk 2000 wird bei Tarifen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer (außer bei Tarif 1z) die oben beschriebene hochgerechnete Summe mit dem Faktor $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n) / t$ (n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer) gestreckt.

Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze für das in 2012 endende Versicherungsjahr deklariert, wobei für Versicherungen gegen Einmalbeitrag ausschließlich Schlussüberschusszinsanteile (SÜAZI) gewährt werden:

Tarifart	SÜAZI in %	SÜARIM(M) in %	SÜARIMF in %	SÜARIF(F) in %	SÜAVKB in %	SAF	SAF (flex. Phase)
Einzel- und Sammeltarife	0,5	24	21	18	1,0	1,0505	1,0405
Vermögens- bildungs- und Sterbegeld- tarife	0,5	-	-	-	-	1,0505	1,0405
Gruppen- rabatt- und Gruppen- sondertarife	0,5	24	21	18	-	1,0505	1,0405

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Versicherung in voller Höhe fällig.

Bei Tod (außer Tarif 3 und 3T), Heirat (nur bei Tarif 3T) und vorgezogenem Ablauf wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gezahlt. Stirbt bei Tarif 3T das mitversicherte Kind, so werden Schlussüberschussanteile in der Höhe gewährt, wie sie bei Rückkauf anfallen würden.

Bei Rückkauf des Vertrages wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt der Versicherte (bei den Tarifen 2V und 2VNZ die ältere der beiden versicherten Personen) das 60. bzw. im TW2012 das 62. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so wird nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf des Vertrages der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für Verträge mit reduzierter Gesamtverzinsung gilt abweichend: Unabhängig vom Alter der versicherten Person wird nach der (auf volle Jahre abgerundeten) Hälfte der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf der Hälfte der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren, bei Rückkauf des Vertrages der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

80 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

RISIKOVERSICHERUNGEN

A. Tarifwerk 1968

I. Für die Teilbestände Mannheim und Wiesbaden gilt:

Bei beitragspflichtigen Versicherungen besteht die Überschussbeteiligung aus laufenden Überschussanteilen, die in Prozent des Beitrags bemessen werden und als Barüberschussanteile oder als verzinsliche Ansammlung verwendet werden oder die in Prozent der Versicherungssumme bemessen und beim Tod der versicherten Person während der Versicherungsdauer fällig werden (Todesfallmehrleistung TML).

Bei verzinslicher Ansammlung werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,55 % verzinst.

Beitragsfreie Versicherungen erhalten eine Todesfallmehrleistung in Prozent der zum Zeitpunkt des Todes versicherten Todesfallsumme.

Laufende Überschussanteile in %		TML in %	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
35	49	115	150

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

II. Für den Teilbestand Stuttgart gilt:

Bei beitragspflichtigen und durch Ablauf der Beitragszahlungsdauer beitragsfrei gewordenen Versicherungen besteht die Überschussbeteiligung aus laufenden Überschussanteilen, die in Prozent des Beitrags bemessen werden und als Barüberschussanteile verwendet werden. Bei Tod der versicherten Person wird darüber hinaus eine Todesfallmehrleistung in Prozent der zum Zeitpunkt des Todes versicherten Todesfallsumme fällig.

Laufende Überschussanteile in %		TML in %	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
35	35	35	55

Versicherungen gegen Einmalbeitrag und beitragsfreie Versicherungen (ohne die durch Ablauf der Beitragszahlungsdauer beitragsfrei gewordenen Versicherungen) erhalten eine Todesfallmehrleistung in Prozent der zum Zeitpunkt des Todes versicherten Todesfallsumme.

TML in %	
Männer	Frauen
115	150

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergeben sich die Prozentsätze als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

B. Tarifwerk 1987/1994 (einschließlich fakultative Hypothekenrisikoversicherungen TW1994)

Die Überschussbeteiligung besteht aus laufenden Überschussanteilen, die in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme bemessen und beim Tod der versicherten Person während der Versicherungsdauer fällig werden.

Die Todesfallmehrleistung (TML) beträgt in Abhängigkeit vom Tarifwerk und vom Geschlecht der versicherten Person(en):

Tarifwerk	TML in %	
	Männer	Frauen
1987	110	110
1994	100	70

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergibt sich für den Bestand Mannheim/Stuttgart der Prozentsatz als Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze. Für den Bestand Wiesbaden TW 1994 werden für verbundene Leben generell 100 % gewährt.

RLBU (TW1994)

In 2012 wird eine zusätzliche Leistung im Todesfall (Todesfallmehrleistung) in Höhe von 89 % der jeweiligen Versicherungssumme gewährt. Darüber hinaus wird eine zusätzliche Leistung im Berufsunfähigkeitsfall (BU-Mehrleistung) in Höhe von 42 % der zu zahlenden Rente gewährt.

Die bereits erreichte Gesamtrente erhöht sich in 2012 nicht.

Saldenversicherungen (TW1994)

Saldenversicherungen mit Herkunft Mannheim/Stuttgart erhalten im Versicherungsfall eine Todesfallmehrleistung in % der Versicherungssumme, abhängig von Geschlecht:

TML in %	
Männer	Frauen
60	40

Bausparrisikoversicherungen

Die in 2012 zu zahlenden Beiträge werden durch die Überschussbeteiligung vermindert (Beitragsverrechnung).

C. Tarifwerke 2000 bis 2008

Die Überschussanteile bei Risikoversicherungen werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Todesfallbonus) verwendet, verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet.

Bei **verzinslicher Ansammlung** gelten für den **Ansammlungs-zins AZ**, den **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** und den **Zinsüberschussanteil ZI** die gleichen Werte wie bei kapitalbildenden Lebensversicherungen. Für den **Risikoüberschussanteil RI** gelten die abweichenden Werte RIM(M) = 52 %, RIMF = 47 % und RIF(F) = 42 % des Beitrags für das Todesfallrisiko.

Der Todesfallbonus beträgt in Abhängigkeit vom Geschlecht der versicherten Person(en):

Todesfallbonus in %		
für Männer bzw. für die Kombination Mann/Mann	für die Kombination Mann/Frau	für Frauen bzw. für die Kombination Frau/Frau
100	85	70

Für die nachstehend aufgeführten Versicherungen gelten abweichende Überschussanteilsätze:

Saldenlebensversicherungen im Tarifwerk 2005 erhalten im Versicherungsfall einen Todesfallbonus in Höhe von 50 %.

Bei **Saldenlebensversicherungen im Tarifwerk 2008** werden die in 2012 zu zahlenden Beiträge durch die Überschussbeteiligung um 30 % vermindert.

Restkreditversicherungen im Bestand Baden-Württemberg erhalten im Versicherungsfall einen Todesfallbonus in Höhe von 60 % der jeweiligen Versicherungssumme für versicherte Männer bzw. 40 % der jeweiligen Versicherungssumme für versicherte Frauen.

Restkreditversicherungen ab Tarifwerk 2000 im Bestand Hessen-Nassau-Thüringen erhalten im Versicherungsfall einen Todesfallbonus in Höhe von 30 % der jeweiligen Versicherungssumme.

D. Tarifwerke 2009/2009B/2012

Die Überschussanteile werden entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Todesfallbonus) verwendet, verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Bei Versicherungen mit nicht abgekürzter Beitragszahlungsdauer können die Überschussanteile auch zur Sofortbeitragsverrechnung (SBR) verwendet werden. Bei verzinslicher Ansammlung gelten für den Ansammlungs-zins AZ, den Ansammlungsüberschusszins ÜZ und den Zinsüberschussanteil ZI die gleichen Werte wie bei kapitalbildenden Lebensversicherungen.

Es gelten abhängig davon, ob es sich um einen Raucher- oder Nichtraucher-tarif handelt, geschlechts- und berufsgruppenabhängige Sätze für den **Todesfallbonus** (in Prozent der Versicherungssumme), die **Sofortbeitragsverrechnung SBR** (in Prozent des Beitrags) und den **Risikoüberschussanteil RI** (in Prozent des Beitrags für das Todesfallrisiko):

Berufsgruppe	Männer					
	Nichtraucher			Raucher		
	A	B	C	A/B	C TW2009	C TW2009B/TW2012
Todesfallbonus	110	57	6	54	54	6
SBR	45	31	5	30	30	5
RI	52	36	6	35	35	6

Berufsgruppe	Frauen					
	Nichtraucher			Raucher		
	A	B	C	A/B	C TW2009	C TW2009B/ TW2012
Todesfallbonus	88	46	6	54	54	6
SBR	40	27	5	30	30	5
RI	46	31	6	35	35	6

Bei Versicherungen auf verbundene Leben ergeben sich die Prozentsätze als der jeweils niedrigere der für jede einzelne der versicherten Personen geltenden Sätze, wobei ein Nichtrauchertarif nur dann zugrunde gelegt wird, wenn beide versicherte Personen Nichtraucher sind.

Restkreditversicherungen im Tarifwerk 2009 und 2012 erhalten keine Überschussanteile.

RENTENVERSICHERUNGEN

(ohne Hinterbliebenenversorgung und ohne Rentenversicherungen nach dem Altersvermögensgesetz)

A. Rentenversicherungen (ohne Tarif IndexGarant) vor Rentenbeginn

Die Überschussbeteiligung setzt sich aus laufenden Überschussanteilen und Schlussüberschussanteilen zusammen.

1. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammensetzt.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Abweichend von den in der unten stehenden Tabelle aufgeführten Zinsüberschussanteilen kann seit April 2010 für alle Neuabschlüsse aus Schicht 3 des Alterseinkünftegesetzes (Tarife AR, ART, ARG) mit Einmalbeitrag in den ersten fünf Versicherungsjahren eine reduzierte **Gesamtverzinsung ZIR** gewährt werden. Diese bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals und ist für das erste Versicherungsjahr garantiert. Sie kann in den folgenden vier Jahren der Marktentwicklung angepasst werden. Ab dem sechsten Jahr wird sukzessive die Auswirkung der reduzierten Gesamtverzinsung durch erhöhte Schlussüberschussanteile kompensiert. Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung haben eine Wartezeit von fünf Jahren bis zur Gewährung von Schlussüberschussanteilen.

Für die Ermittlung der Schlussüberschüsse werden zum einen die Wartezeit und zum anderen die niedrigeren Gewinne der reduzierten Gesamtverzinsung ausgeglichen.

Beim Ausgleich der Wartezeit wird der erklärte Schlussüberschussanteilsatz auf die Restlaufzeit, aber mindestens auf sieben Jahre gestreckt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die Wartezeit vollständig kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Beim Ausgleich der reduzierten Gesamtverzinsung wird der verringerte Zinsanteil der laufenden Überschüsse den Schlussüberschüssen hinzugefügt und ebenfalls auf die Restlaufzeit, mindestens jedoch auf sieben Jahre verteilt. Damit wird für Dauern ab zwölf Jahren die reduzierte Gesamtverzinsung kompensiert, kürzer laufende Verträge erhalten weniger als vor Einführung der Wartezeit.

Für Neuabschlüsse in 2011 beträgt ZIR im ersten Jahr 2,75 %.

Für Neuabschlüsse in 2012 beträgt ZIR im ersten Jahr 2,50 %.

Für Versicherungen, die sich nicht im ersten Versicherungsjahr befinden, beträgt ZIR für Jahrestage in 2012 ebenfalls 2,50 %.

Der **Verwaltungskosten- und Risikoüberschussanteil VKB** wird in Prozent des Tarifjahresbeitrags angegeben.

Dabei wird ab dem Tarifwerk 1994 der Verwaltungskosten- und Risikoüberschussanteil bei Vorliegen von negativen Kapitalerträgen zunächst mit diesen verrechnet.

Bei Rückdeckungsversicherungen von Unterstützungskassen ab Tarifwerk 2004 werden die laufenden Überschussanteile jährlich um Kosten in Höhe von maximal 24 Euro (Tarifwerk 2012: maximal 48 Euro) gekürzt.

Für die einzelnen Tarifarten gelten folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifart	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze				
	Tarifwerk	RZ	AZ	ZI bzw. ÜZ	VKB
		in %	in %	in %	in %
Einzel- und Sammeltarife	1949	3,00	3,00	0,55	0,03
	1987/1992	3,50	3,50	0,05	0,30
	1994	4,00	4,00	-	0,30
	2000	3,25	3,25	0,30	0,33
	2004, 2004R, 2005	2,75	2,75	0,80	0,40
	2007, 2008, 2009B	2,25	2,25	1,30	0,40
	2012	1,75	1,75	1,80	0,40
Gruppenrabatt- und Gruppen-sondertarife	1949	3,00	3,00	0,55	0,03
	1987/1992	3,50	3,50	0,05	0,30
	1994	4,00	4,00	-	-
	2000	3,25	3,25	0,30	-
	2004, 2004R, 2005	2,75	2,75	0,80	-
	2007, 2008, 2009B	2,25	2,25	1,30	-
	2012	1,75	1,75	1,80	-

Bei Versicherungen mit integriertem BU-Risiko nach Tarifwerk 1994 ist der Risikoüberschussanteil aus dem BU-Risiko vom erreichten Alter zu Beginn des Versicherungsjahres und dem Geschlecht abhängig und beträgt in Prozent des BU-Risikobeitrags:

Erreichtes Alter	Männer	Frauen
im Alter von 15 bis 19 Jahren	64	48
im Alter von 20 bis 24 Jahren	29	33
im Alter von 25 bis 29 Jahren	15	32
im Alter von 30 bis 34 Jahren	10	35
im Alter von 35 bis 39 Jahren	17	39
im Alter von 40 bis 43 Jahren	18	34
im Alter von 44 bis 47 Jahren	21	36
im Alter von 48 bis 50 Jahren	32	42
im Alter von 51 bis 53 Jahren	34	43
im Alter von 54 bis 56 Jahren	41	46
im Alter von 57 bis 59 Jahren	46	50
im Alter von 60 bis 65 Jahren	44	49

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Bonusrente) verwendet, verzinslich angesammelt, in Anteile von Investmentfonds umgerechnet, mit den Beiträgen des Folgejahres verrechnet (Barüberschussanteile) oder in bar ausgezahlt.

Bei der **Bonusrente** werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeitrag für eine beitragsfreie Leistung verwendet.

Bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz werden die laufenden Überschussanteile in Form einer zusätzlichen beitragsfreien Bonusrente mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz gewährt.

Der Bonus wird zusammen mit der Rente bzw. bei Versicherungen mit integriertem Berufsunfähigkeitsschutz zusammen mit der Berufsunfähigkeitsrente fällig und ist überschussberechtig. Sofern der Bonus Verwaltungskosten enthält, wird ein Verwaltungskostenüberschussanteil gewährt.

Bei **verzinslicher Ansammlung** werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,55 % (TW1994: 4,00 %) verzinst, wobei sich dieser Zins aus dem oben angegebenen **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammensetzt. Das Ansammlungsguthaben ist überschussberechtig.

Falls **Barüberschussanteile** vereinbart wurden, werden die jährlichen Überschussanteile zum Fälligkeitstermin auf den Beitrag angerechnet oder – falls sie diesen übersteigen – in bar ausgezahlt, verzinslich angesammelt oder als Bonus verwendet.

II. Schlussüberschussanteile (SÜA)

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Bei beitragspflichtigen Versicherungen wird am Ende des Versicherungsjahres in 2012 eine bereits bestehende, nicht garantierte Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile um die in der nachstehenden Tabelle angegebenen Sätze erhöht.

Tarifwerk	Schlussüberschussanteile in ‰ der Kapitalabfindung bei Verwendung der Überschussanteile als	
	Bonusrente bzw. Verzinsliche Ansammlung	Barüberschussanteile
1949	4,0	3,2
1987/92	3,2	2,6
1994	0,7	0,6

Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten einen Schlussüberschussanteil in Abhängigkeit vom überschussberechtigten Deckungskapital in Höhe von 0,50 % (TW1994: 0,05 %). Dieser wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilfaktor von 1,0505 hochgerechnet.

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf ab dem Ende der Grundphase) in voller Höhe fällig.

Im Todesfall wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

In den Fällen der vorzeitigen Auflösung, des vorgezogenen Ablaufs (aufgrund einer Abbruchklausel) oder der Beitragsfreistellung wird der Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn

- der Versicherte das 60. Lebensjahr vollendet hat und der Auflösungstermin frühestens fünf Jahre vor Vertragsablauf liegt.
- oder – für Tarifwerke vor 1994 –
- der Versicherte das 65. Lebensjahr vollendet hat oder
- die Deckungsrückstellung für die Hauptversicherung und für die Bonusrente und die verzinslich angesammelten Überschussanteile zusammen mit dem Barwert der Schlussüberschussanteile die Kapitalabfindung erreichen.

Bei Rückkauf und bei Beitragsfreistellung wird – falls obige Bedingungen nicht erfüllt sind – nach einer Aufschubzeit von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Vertragslaufzeit, spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren der mit einem Kürzungsfaktor versehene Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei aufgeschobenen Rentenversicherungen mit gegenüber der Aufschubzeit abgekürzter Beitragszahlungsdauer erhöhen sich die in den Tabellen angegebenen Schlussüberschussanteile wie folgt, wobei n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer:

- Streckungsfaktor TW vor 1994: n/t
- Streckungsfaktor TW 1994: $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n) / t$

Tarifwerke ab 2000

Beitragspflichtige Versicherungen und Versicherungen gegen Einmalbeitrag erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2012 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile. In den Tarifwerken ab 2004 gilt dies auch für planmäßig beitragsfrei gestellte Versicherungen.

Der Schlussüberschussanteil setzt sich aus einem Zins- und Verwaltungskostenschlussüberschussanteil (SÜAZI, SÜAVK) zusammen. Dabei gelten die gleichen Bemessungsgrundlagen wie bei laufender Überschussbeteiligung.

Der Schlussüberschussanteil wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem Schlussüberschussanteilfaktor SAF hochgerechnet, negative Summen bleiben unberücksichtigt.

Verträge mit einer reduzierten Gesamtverzinsung erhalten in den ersten fünf Jahren keine Schlussüberschussanteile.

Bei Versicherungen gegen Einmalbeitrag entfällt der Verwaltungskostenschlussüberschussanteil SÜAVK.

Im Tarifwerk 2000 wird bei beitragspflichtigen Versicherungen mit abgekürzter Beitragszahlungsdauer die oben beschriebene hochgerechnete Summe mit dem Faktor $(0,84 \cdot t + 0,16 \cdot n)/t$ (n = Versicherungsdauer, t = Beitragszahlungsdauer) gestreckt.

Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze für das in 2012 endende Versicherungsjahr deklariert:

	SÜAZI in %	SÜAVK in %	SAF	SAF (flex. Phase)
Einzel- und Sammeltarife	0,5	0,8	1,0505	1,0405
Gruppenrabatt- und Gruppenondertarife	0,5	-	1,0505	1,0405

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Aufschubzeit, bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf ab dem Ende der Grundphase, in voller Höhe fällig.

Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Rückkauf des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt der Versicherte das 60. bzw. im TW2012 das 62. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf frühestens fünf Jahre vor Ende der Grundphase) liegt.

Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf von einem Drittel der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren bei Rückkauf des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für Verträge mit reduzierter Gesamtverzinsung gilt abweichend: Unabhängig vom Alter der versicherten Person wird nach der (auf volle Jahre abgerundeten) Hälfte der Vertragslaufzeit (bei Versicherungen mit flexiblem Ablauf der Hälfte der Grundphase), spätestens aber nach zehn Versicherungsjahren, bei Rückkauf des Vertrages der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für alle Tarifwerke gilt:

80 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung oder beim Rentenübergang als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

B. Rentenversicherungen (Tarif Index Garant) vor Rentenbeginn

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **Zinsüberschussanteil ZI** in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet.

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder verzinslich angesammelt oder zur Partizipation an einem gewählten Aktienindex verwendet.

Bei **verzinslicher Ansammlung** werden die jährlichen Überschussanteile mit 3,55 % verzinst, wobei sich dieser Zins aus dem oben angegebenen **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammensetzt. Das Ansammlungsguthaben ist überschussberechtigt.

Falls **Partizipation an einem Aktienindex** ausgewählt wurde, werden die zuzuteilenden laufenden Überschussanteile jährlich für eine einjährige Partizipation an dem gewählten Aktienindex verwendet.

Wir ermitteln jährlich die Höhe der zuzuteilenden Überschussanteile nach der zum Indexstichtag gültigen Überschussbeteiligung. Dieser Betrag wird in 2012 um ein Jahr mit 4,00 % abgezinst und durch die prozentualen Absicherungskosten zur Herstellung der Indexpartizipation geteilt. Die so ermittelte Bezugsgröße nimmt an der Indexpartizipation teil. Hat eine unterjährige Vertragsänderung eine Erhöhung des überschussberechtigten Deckungskapitals zur Folge, werden die zusätzlich entstehenden Überschussanteile dem Überschussguthaben zugeführt. Die Erträge aus der Partizipation erhöhen sich dadurch im Versicherungsjahr der Vertragsänderung nicht.

Aus den Erträgen der Partizipation am Aktienindex wird ein Ansammlungsguthaben gebildet. Dieses ist überschussberechtigt.

Zur Absicherung der Erlebensfallgarantie in Höhe der Bruttobeitragssumme am Ende der Aufschubzeit wird obligatorisch zur Hauptversicherung (HV) eine Erlebensfallzusatzversicherung (EZV) abgeschlossen.

Für die einzelnen Tarifarten gelten folgende **Rechnungszinssätze RZ, Ansammlungzinssätze AZ, Zinsüberschussätze ZÜ und Ansammlungsüberschusszinssätze ÜZ:**

Tarifwerk	Laufender Beitrag/ Einmalbetrag	HV		EZV	
		RZ / AZ HV in %	ZI bzw. ÜZ in %	RZ / AZ EZV in %	ZI in %
2010	Laufender Beitrag	0,4016	3,15	2,25	1,30
	Einmalbetrag	0,3009	3,25	2,25	1,30
2012	Laufender Beitrag	0,4016	3,15	1,75	1,80
	Einmalbetrag	0,3009	3,25	1,75	1,80

II. Schlussüberschussanteile (SÜA)

Beitragspflichtige Versicherungen und planmäßig beitragsfrei gestellte Versicherungen erhalten am Ende des Versicherungsjahres in 2012 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden nicht garantierten Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Der Schlussüberschussanteil besteht aus einem **Zinsschlussüberschussanteil SÜAZI** und es gelten die gleichen Bemessungsgrundlagen wie bei laufender Überschussbeteiligung.

Der Schlussüberschussanteil wird auf das Ende der Vertragslaufzeit mit einem **Schlussüberschussanteilfaktor SAF** hochgerechnet, negative Summen bleiben unberücksichtigt.

Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze für das in 2012 endende Versicherungsjahr deklariert:

Tarifwerk	SÜAZI in %	SAF
ab TW 2010	0,5	1,0505

Die Schlussüberschussanteile werden beim ursprünglich vereinbarten Ablauf der Aufschubzeit in voller Höhe fällig.

Bei Tod wird der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Bei Rückkauf des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn wird ebenfalls der ungekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt, wenn zu diesem Zeitpunkt der Versicherte das 60. bzw. im TW2012 das 62. Lebensjahr vollendet hat und der Aufhebungstermin frühestens fünf Jahre vor Ablauf der Aufschubzeit liegt.

Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so wird nach Ablauf von einem (auf volle Jahre abgerundeten) Drittel der Aufschubzeit, spätestens aber nach 10 Versicherungsjahren bei Rückkauf des Vertrages sowie bei vorzeitigem Rentenbeginn der um einen zeitanteiligen Abschlag gekürzte Barwert der Schlussüberschussanteile gewährt.

Für alle Tarifwerke gilt:

80 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung oder beim Rentenübergang in 2012 als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

C. Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **laufender Überschussanteil ZR** in % des überschussberechtigten Deckungskapitals (abzüglich jährlicher Kosten in Höhe von maximal 24 Euro (im TW2012: maximal 48 Euro) bei Rückdeckungsversicherungen von Unterstützungskassen ab dem Tarifwerk 2004) ausgeschüttet.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammen.

ZR enthält außerdem eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,15 % (TW1994: 0,05 %) des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Für das Jahr 2012 werden die folgenden Überschussanteilsätze ZR deklariert:

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und laufendem Überschussanteilsatz (RZ + ZR) beträgt 4,05 % (auch für TW94).

Tarifwerke ab 2000

Tarifwerk	Geschlecht	ZR in %
2000	M	0,80
	F	0,80
2004	M	1,30
	F	1,30
2004R, 2005	M	1,55
	F	1,50
2007, 2008, 2009B, 2010	M	2,05
	F	2,00
2012	M	2,55
	F	2,50

II. Verwendung der laufenden Überschussanteile

Bei **Bonusrente** werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeitrag für eine beitragsfreie Leistung verwendet, die zusammen mit der Rente fällig wird. Die Bonusrente ist überschussberechtig.

Es kann ein individueller **aRML-Prozentsatz (anfängliche Rentenmehrleistung)** vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf. Die Mehrleistung ist nicht garantiert und richtet sich nach den aktuellen Gewinnsätzen.

Der erforderliche Beitrag für eine evtl. vereinbarte aRML wird von den Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen abgezogen. Die danach verbleibenden Überschussanteile werden dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Bonusrenten aufzubessern. Auf die aRML-Renten werden die erreichten Bonusrenten solange angerechnet, bis sich daraus noch höhere Rentenleistungen ergeben.

Wird bei Tod der hauptversicherten Person eine Hinterbliebenenrente fällig, so wird für die mitversicherte Person ein neuer aRML-Prozentsatz ermittelt, der höher oder niedriger sein kann, als der für die hauptversicherte Person zuletzt gültige aRML-Prozentsatz.

Falls **Barüberschussanteile** vereinbart wurden, werden die jährlichen Überschussanteile zusammen mit der Rente des Folgejahres ausgezahlt.

RENTENVERSICHERUNGEN NACH DEM ALTERSVERMÖGENSGESETZ (SV-PrämienRente, SV-ZusatzRente, S-ZusatzRente, 1822-ZusatzRente, PrämienRente, RiesterRente)

A. Rentenversicherungen vor Rentenbeginn

I. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Kalenderjahres sowie zum unterjährigen Rentenbeginn wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Verwaltungskostenüberschussanteilen ergibt. Davon werden bei der PrämienRente, der SV-PrämienRente und der RiesterRente jährliche Kosten in Höhe von zwölf Euro, höchstens aber die Hälfte der ermittelten Zins- und Verwaltungskostenüberschussanteile, abgezogen.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Der **Verwaltungskostenüberschussanteil VK** wird bis einschließlich Tarifwerk 2006 in Prozent der bis zum jeweiligen Überschusszuteilungstermin insgesamt gezahlten Beiträge und eingegangenen Zulagen und ab Tarifwerk 2007 in Prozent des Tarifjahresbeitrags angegeben. Für die erstmalige Zuteilung des Verwaltungskostenüberschussanteils VK beträgt die Wartezeit zehn Jahre.

Es gelten folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifwerke	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze				
	RZ in %	AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %	VK bei SV-Prämien Rente in % der gezahlten Beiträge und Zulagen	VK bei PrämienRente/ RiesterRente in % des Tarifjahres- beitrags
2000	3,25	3,25	0,30	0,017	-
2004, 2004R, 2005, 2006	2,75	2,75	0,80	0,017	-
2007, 2008	2,25	2,25	1,30	-	0,4
2012	1,75	1,75	1,80	-	0,4

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Bonusrente) verwendet, verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Die Bonusrente und das verzinsliche Ansammlungsguthaben sind überschussberechtiget. Bei verzinslicher Ansammlung der jährlichen Überschussanteile werden diese mit insgesamt 3,55 % p. a. verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich aus dem Ansammlungszins AZ und dem Ansammlungsüberschusszins ÜZ zusammen.

II. Schlussüberschussanteile (SÜA)

Zusätzlich zu den laufenden Überschussanteilen werden Schlussüberschussanteile gewährt.

Für die SV-ZusatzRente, die S-ZusatzRente und die 1822-ZusatzRente in den Tarifwerken 2000 und 2004 sowie für die SV-PrämienRente des Tarifwerks 2000 gilt:

Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist das Deckungskapital der erreichten Bonusrenten bzw. das Ansammlungsguthaben (bei Umrechnung der laufenden Überschüsse in Anteile von Investmentfonds das Deckungskapital der Bonusrenten bzw. das Ansammlungsguthaben, das sich jeweils ergeben hätte, wenn Bonusrente bzw. verzinsliche Ansammlung vereinbart worden wäre).

Der Schlussüberschussanteilsatz beträgt 148 %.

SV-PrämienRente ab Tarifwerk 2004 und die PrämienRente/RiesterRente ab Tarifwerk 2007 erhalten am Ende des Kalenderjahres in 2012 eine nicht garantierte Anwartschaft bzw. eine Erhöhung einer bereits bestehenden Anwartschaft auf Schlussüberschussanteile.

Die Schlussüberschussanteile setzen sich aus einem Zins- und einem Verwaltungskostenschlussüberschussanteil (SÜAZI, SÜAVK) zusammen, deren Summe auf das Ende der Aufschubzeit

mit einem Schlussüberschussanteilkfaktor SAF hochgerechnet wird. Negative Summen bleiben unberücksichtigt. Es werden die folgenden Schlussüberschussanteilsätze am Ende des Kalenderjahrs 2012 deklariert:

Tarifwerke	M/F	SÜAZI in % des überschussber. Deckungs- kapitals	SÜAVK in % der gezahlten Beiträge und Zulagen	SÜAVK in % des Tarifjahres- beitrags	SAF
2004, 2004R, 2005, 2006	M/F	0,5	0,033	-	1,0505
2007, 2008, 2012	M/F	0,5	-	0,80	1,0505

Für die erstmalige Gewährung von SÜAVK beträgt die Wartezeit zehn Jahre.

Für alle Tarifwerke gilt:

Die Schlussüberschussanteile werden in voller Höhe zu Beginn des Monats fällig, der auf die Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. auf das Ende der vereinbarten Aufschubzeit folgt. Bei Tod der versicherten Person vor Ablauf der vereinbarten Aufschubzeit, unter bestimmten Voraussetzungen auch bei Rückkauf und vorzeitigem Rentenbeginn werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen reduzierte Schlussüberschussanteile gewährt.

80 % der insgesamt ermittelten Schlussüberschüsse werden bei Vertragsbeendigung oder beim Rentenübergang als Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven gewährt. Die Sockelbeteiligung ist in den Schlussüberschüssen bereits enthalten.

B. Rentenversicherungen nach Rentenbeginn

Jeweils zum Jahrestag des Rentenbeginns wird nachschüssig ein **laufender Überschussanteil ZR** in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet.

ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Bonusrenten – die ebenfalls überschussberechtig sind – aufzubessern.

Hierbei ist die Beteiligung an den Bewertungsreserven bereits enthalten. Diese beträgt 0,15 % (TW 1994: 0,05 %) des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Für das Jahr 2012 werden folgende aufgeführten laufenden Überschussanteile ZR deklariert:

Tarifwerk	Geschlecht	Überschussanteil ZR in %
2000	M/F	0,800
2004	M/F	1,300
2004R, 2005	M	1,550
	F	1,500
2006	M/F	1,525
2007, 2008	M/F	2,025
2012	M/F	2,525

FONDSGEBUNDENE KAPITAL- UND RENTENVERSICHERUNGEN

A. Vor Rentenbeginn

I. Tarifwerke 2000 bis 2005

SV FondsRente, LBBW FondsRente und LBBW BalancePolice

Diese Versicherungen nehmen an der Wertentwicklung der ihnen zugrunde liegenden Investmentfonds teil. Darüber hinaus erhalten sie keine Überschussbeteiligung.

multistar classic, multistar select, forenta, Naspas-Fonds-Police mit Abrufphase und Top-B und Naspas-Fonds-Police mit Ablaufmanagement und Top-B

Neben der Wertentwicklung an den ihnen zugrunde liegenden Investmentfonds erhalten diese Versicherungen einen Kostenüberschussanteil in Höhe von 0,50 % des Tarifjahresbeitrags sowie – mit Ausnahme von »forenta« – einen Risikoüberschussanteil in Höhe von 28 % für Männer bzw. 24 % für Frauen. Bezugsgröße für den Risikoüberschussanteil ist der jeweilige Beitrag für das Todesfallrisiko.

Ist eine Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung eingeschlossen, wird auch für diese ein Überschuss gewährt. Es gelten in Abhängigkeit von der Berufsgruppe die gleichen Sätze wie die im Abschnitt Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen genannten Sätze RB.

Die Überschüsse werden thesauriert.

II. Tarifwerke 2007, 2008 und 2012

SV FondsRente Garant, SV FondsRente Invest, LBBW FondsRente, SV BasisRente Garant, SV BasisRente Invest

Neben der Wertentwicklung an den ihnen zugrunde liegenden Investmentfonds erhalten diese Versicherungen einen **Zinsüberschussanteil ZÜ** in Prozent des überschussberechtigten

Deckungskapitals (nur bei »Garant«), einen **Kostenüberschussanteil KÜ** in Prozent des Tarifjahresbeitrags sowie einen **Risikoüberschussanteil RÜ** in Prozent des jeweiligen Beitrags für das Todesfallrisiko.

TW	ZÜ in %	KÜ in %	RÜ in %	
			Männer	Frauen
2007, 2008	1,30	1,50	28	24
2012	1,80	0,40	28	24

Die Überschüsse werden thesauriert.

B. Nach Rentenbeginn

Bei Rentenbeginn werden diese Versicherungen in eine konventionelle Rentenversicherung nach den dann gültigen Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung – unter Beachtung der Mindestgarantie bzw. der im Versicherungsschein genannten Rentenfaktoren – umgewandelt, für welche ein laufender Überschussanteil ZR gemäß dem für konventionelle Rentenversicherungen maßgeblichen Abschnitt »Rentenversicherungen nach Rentenbeginn« gewährt wird.

BERUFSUNFÄHIGKEITSVERSICHERUNGEN (SBV) DER TARIFWERKE 1968 UND 1994

A. Vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

I. Tarifwerk 1968

Versicherungen in der Aktivenzeit erhalten am Ende des Versicherungsjahres eine Erhöhung der Anwartschaft auf Schlusszahlung um einen Überschussanteil in Prozent des Beitrags. Die Schlusszahlung wird bei Tod, Berufsunfähigkeit, Kündigung und Ablauf der Versicherung ausbezahlt.

Der Überschussanteil in % des Beitrags beträgt:

Eintrittsalter	Überschussanteil in %	
	Männer	Frauen
bis 32 Jahre	59	75
von 33 bis 40 Jahren	34	39
von 41 bis 46 Jahren	0	39
von 47 bis 60 Jahren	0	2
ab 61 Jahre	0	0

II. Tarifwerk 1994

In dem in 2012 beginnenden Versicherungsjahr wird eine zusätzliche Leistung im Berufsunfähigkeitsfall (BU-Mehrleistung) in Höhe von 30 % der zu zahlenden Rente gewährt.

B. Nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Im Leistungsbezug erhöht sich die Rente für TW68 ab dem Jahrestag in 2012 um 0,70 % der bis dahin erreichten Rente. Hierin ist eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals bereits enthalten.

BERUFSUNFÄHIGKEITSVERSICHERUNGEN (SBV) DER TARIFWERKE AB 2000 UND BERUFSUNFÄHIGKEITS- ZUSATZVERSICHERUNGEN (BUZ)

A. Vor Eintritt der Berufsunfähigkeit

1. Laufende Überschussanteile

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein laufender Überschussanteil ausgeschüttet, der sich aus Zins- und Risikoüberschussanteilen zusammensetzt.

Der **Zinsüberschussanteil ZI** bemisst sich in % des überschussberechtigten Deckungskapitals.

Der **Risikoüberschussanteil RI** wird

- bei Tarifwerken bis einschließlich 1994 in Abhängigkeit vom erreichten Alter und vom Geschlecht,
- bei Tarifwerken ab 2000 in Abhängigkeit vom Geschlecht bzw. von der Berufsklasse angegeben. Bezugsgröße ist jeweils der überschussberechtigte Risikobeitrag.

Falls bei Tarifwerken ab 2000 die Überschüsse zur Reduzierung des Beitrags verwendet werden, wird ein nur von der Berufsklasse abhängiger Satz RB in % des Beitrags für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung angegeben.

Die verzinslich angesammelten Überschussanteile werden mit insgesamt 3,55 % (TW1994: 4,00 %) verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich aus einem Ansammlungszins AZ und einem Ansammlungüberschusszins ÜZ zusammen.

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Für die einzelnen Tarifwerke gelten in Abhängigkeit vom Geschlecht und vom erreichten Alter folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Geschlecht	Tarifwerk	RZ bzw. AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %	Rechnungszins- und Überschussanteilsätze in %											
				RI in % bei erreichten Altern von											
				15 bis 19	20 bis 24	25 bis 29	30 bis 34	35 bis 39	40 bis 43	44 bis 47	48 bis 50	51 bis 53	54 bis 56	57 bis 59	60 bis 65
Männer	1924	3,0	0,55	69	34	20	15	28	24	21	26	22	23	22	18
	1965	3,0	0,55	69	34	20	15	28	24	21	26	22	23	22	18
	1977	3,0	0,55	67	32	18	13	26	22	19	24	20	21	20	16
	1992	3,5	0,05	64	29	15	10	17	18	21	32	34	41	46	44
	1994	4,0	-	64	29	15	10	17	18	21	32	34	41	46	44
Frauen	1924	3,0	0,55	83	68	62	60	57	46	42	42	37	33	31	29
	1965	3,0	0,55	83	68	62	60	57	46	42	42	37	33	31	29
	1977	3,0	0,55	81	66	60	58	55	44	40	40	35	31	29	27
	1992	3,5	0,05	48	33	32	35	39	34	36	42	43	46	50	49
	1994	4,0	-	48	33	32	35	39	34	36	42	43	46	50	49

Tarifwerke ab 2000

Es gelten in Abhängigkeit von der Berufsklasse (BK) und der Tarifart folgende Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

BK	Tarifwerk	RZ	AZ	ZI bzw. ÜZ	RI für BUZ bzw. TOP-BUZ (bis TW2004 bzw. ab TW2005 in Schicht 3 *)	RI für Top-BUZ (ab TW2005 in Schicht 1 u. 2 *)	RI für SBV	RB
		in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %
I	2000	3,25	3,25	0,30	64	-	54	60
I	2004	2,75	2,75	0,80	64	-	54	60
I	2005	2,75	2,75	0,80	64	66	54	-
I	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,30	64	66	54	48
I	2012	1,75	1,75	1,80	64	66	54	48
II	2000	3,25	3,25	0,30	50	-	40	50
II	2004	2,75	2,75	0,80	50	-	40	50
II	2005	2,75	2,75	0,80	50	54	40	-
II	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,30	50	54	40	37
II	2012	1,75	1,75	1,80	50	54	40	37
III	2000	3,25	3,25	0,30	20	-	10	25
III	2004	2,75	2,75	0,80	20	-	10	25
III	2005	2,75	2,75	0,80	20	30	10	-
III	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,30	20	30	10	9
III	2012	1,75	1,75	1,80	20	30	10	9
IV	2000	3,25	3,25	0,30	28	-	18	10
IV	2004	2,75	2,75	0,80	28	-	18	10
IV	2005	2,75	2,75	0,80	28	40	18	-
IV	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,30	28	40	18	13
IV	2012	1,75	1,75	1,80	28	40	18	13
S	2000	3,25	3,25	0,30	35	-	25	-
S	2004	2,75	2,75	0,80	35	-	25	-
S	2005	2,75	2,75	0,80	35	42	25	-
S	2007, 2008 2009B	2,25	2,25	1,30	35	42	25	19
S	2012	1,75	1,75	1,80	35	42	25	19

*) Bis einschließlich 2004 gelten die angegebenen Sätze für alle BUZ- und Top-BUZ-Verträge der angegebenen Tarifwerke. Ab 2005 wird auf Basis der drei Schichten, die im Alterseinkünftegesetz (AltEinkG) definiert werden, unterschieden, d.h. die Risikoüberschussanteilsätze der Top-BUZ in den Tarifwerken ab 2005 beziehen sich auf Versicherungen der 1. und 2. Schicht im Sinne des AltEinkG, wenn keine anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML) gemäß Ziffer II vereinbart ist.

Bei Abschluss einer BUZ in Verbindung mit Risikotarifen der Tarifwerke ab 2009 werden 75 % des genannten RB-Satzes gewährt.

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistungen (BU-Bonusrente) verwendet, verzinslich angesammelt, in Anteile von Investmentfonds umgerechnet, mit den Beiträgen verrechnet oder zur Finanzierung einer anfänglichen Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML) ab Beginn eingesetzt.

Die BU-Bonusrente ist ebenfalls überschussberechtigt. Dabei muss bei Tarifwerken ab 2000 jedoch beachtet werden, dass die Relation zwischen erreichter BU-Bonusrente und erreichtem Bonus der Hauptversicherung nicht höher wird als die bei Vertragsabschluss vereinbarte Relation zwischen BU-Barrente und Leistung aus der Hauptversicherung. Eventuell dadurch verbleibende Restüberschüsse werden verzinslich angesammelt.

Das Ansammlungsguthaben bei verzinslicher Ansammlung ist ebenfalls überschussberechtigt. Es wird derzeit mit insgesamt 3,55 % (TW1994: 4,00 %) verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem **Ansammlungszins AZ** und einem **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** zusammen.

II. Anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBUML)

Wird bei einer **Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung (BUZ)** eine Barrente mitversichert, so kann bei Abschluss vereinbart werden, dass bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung in % der tariflich vereinbarten Rente gezahlt wird. Die hierfür benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende eines Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschussanteile finanziert. Dabei dürfen die Barrente aus der BUZ und die aBUML zusammen die jeweils gültigen Höchstgrenzen für BUZ-Leistungen nicht überschreiten.

Tarifwerke bis einschließlich 1994

Die aBUML kann für den Teilbestand Stuttgart vertragsindividuell bis zu 30 % betragen. Für den Teilbestand Mannheim sind die aBUML-Sätze für Tarifwerk 1977 abhängig vom Eintrittsalter und vom Geschlecht und können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Eintrittsalter	BUZ Tarifwerk 1977	
	Männer in %	Frauen in %
bis 32 Jahre	54	85
von 33 bis 40 Jahre	35	59
von 41 bis 46 Jahre	33 1/3	59
von 47 bis 56 Jahre	33 1/3	33 1/3
von 57 bis 60 Jahre	33 1/3	33 1/3
ab 61 Jahre	33 1/3	33 1/3

Tarifwerke ab 2000

Wird bei einer **selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung (SBV)** eine anfängliche Berufsunfähigkeitsmehrleistung (aBÜML) gewünscht, so beträgt diese in Prozent der versicherten Leistung:

Berufsklasse	aBÜML (Top-) SBV in %
I	100
II	60
III	10
IV	15
S	25

Weitere Überschussanteile werden bei der selbstständigen Berufsunfähigkeitsversicherung nicht gewährt.

Bei einer BUZ kann die aBÜML vertragsindividuell und tarif- bzw. berufsclassenspezifisch bis zu 100 % betragen.

In den Tarifwerken ab 2005 wird bei Entscheidung für die aBÜML nur der jeweils maximale Satz angeboten. Weitere Überschüsse werden nicht gewährt (analog zur SBV).

Berufsklasse	aBÜML (Top-) BUZ in %
I	100
II	60
III	10
IV	15
S	25

Für die Top-BUZ der 1. und 2. Schicht im Sinne des AltEinkG erhöhen sich die oben aufgeführten Überschussanteilsätze für die aBÜML um fünf Prozentpunkte.

Bei Abschluss einer BUZ in Verbindung mit Risikotarifen werden 75 %, in Verbindung mit NZ-Tarifen werden 50 % der genannten Sätze gewährt.

B. Nach Eintritt der Berufsunfähigkeit

Mit Eintritt der Berufsunfähigkeit wird, je nach Vereinbarung, entweder sofort eine erhöhte Zusatzrente gewährt (versicherungsmathematische Berechnung auf Basis einer Gesamtverzinsung von 3,70 %, TW1994: 4,00 %) oder es werden die jeweils am Ende eines Versicherungsjahres ausgeschütteten **Zinsüberschussanteile ZI** in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals für die Bildung einer zusätzlichen beitrags-

freien BU-Rente (BU-Bonusrente) verwendet, die zusammen mit der tarifmäßig versicherten Rente und einer evtl. vereinbarten aBÜML fällig wird.

Die BU-Bonusrente sowie die evtl. vereinbarte aBÜML sind wiederum überschussberechtigter. Die unter Abschnitt A I) aufgeführten Zinsüberschussanteile werden dabei für alle Tarifwerke außer TW94 um die Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals erhöht. Im Tarifwerk 1994 werden im Jahr 2012 keine Zinsüberschüsse zugeteilt.

Die jährlichen Zinsüberschussanteile für die Beitragsbefreiung der Hauptversicherung und mitversicherter Zusatzversicherungen werden zur weiteren Erhöhung der verzinslich angesammelten Überschussanteile verwendet oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet.

UNFALLZUSATZVERSICHERUNGEN (UZV)

Bei beitragspflichtigen Unfall-Zusatzversicherungen (UZV) auf der Basis der Sterbetafeln 1924/26 bzw. 1960/62 wird bei Tod durch Unfall ein Todesfallbonus in Prozent der UZV Summe gewährt:

UZV Beitrag in %	Todesfallbonus in %
1,5	56
1,2	25

Unfallzusatzversicherungen auf Basis neuerer Sterbetafeln erhalten keine Überschussbeteiligung.

RISIKOZUSATZVERSICHERUNGEN (RZV)

Risikozusatzversicherungen bis zum TW2008 erhalten im Rahmen der laufenden Überschussbeteiligung die gleichen Überschussanteilsätze wie Risikoversicherungen des entsprechenden Tarifwerks.

Für Risikozusatzversicherungen ab TW2009 gelten für den **Ansammlungszins AZ**, den **Ansammlungsüberschusszins ÜZ** und den **Zinsüberschussanteil ZI** die gleichen Werte, wie bei kapitalbildenden Lebensversicherungen. Für den **Risikoüberschussanteil RI** gelten die abweichenden Werte RIM(M) = 52 %, RIMF = 47 % und RIF(F) = 42 % des Beitrags für das Todesfallrisiko.

Die RZV zum Tarifwerk 1968 des Teilbestandes Mannheim erhält die gleichen Überschussanteilsätze wie die zugehörige Hauptversicherung.

Die Überschussanteile bei Risikozusatzversicherungen werden je nach Vereinbarung entweder zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Todesfallbonus) verwendet oder verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Bei verzinslicher Ansammlung und Fondsansammlung gelten die gleichen Regelungen wie bei Risikoversicherungen.

Der Todesfallbonus beträgt in Abhängigkeit vom Tarifwerk und vom Geschlecht der versicherten Person(en):

Tarifwerk	Erhöhungsprozentsatz	
	Männer in %	Frauen in %
1968	115	135
1987	110	110
1994	100	70
ab 2000	100	70

Bei Versicherungen auf verbundene Leben gilt für die Kombination Mann/Frau der Durchschnitt der für die versicherten Personen geltenden Sätze.

HINTERBLIEBENENRENTEN-ZUSATZVERSICHERUNGEN UND INTEGRIERTE HINTERBLIEBENENVERSORGUNG

A. Vor Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **laufender Zinsüberschussanteil ZI** in Prozent des überschussberechtigten Deckungskapitals ausgeschüttet.

Es gelten die folgenden Rechnungszinssätze (RZ) bzw. Überschussanteilsätze:

Tarifwerk	RZ in %	AZ in %	ZI bzw. ÜZ in %
1949	3,00	3,00	0,55
1990	3,50	3,50	0,05
1994	4,00	4,00	-
2000	3,25	3,25	0,30
2004, 2004R, 2005	2,75	2,75	0,80
2007, 2008, 2009B	2,25	2,25	1,30
2012	1,75	1,75	1,80

Verwendung der laufenden Überschussanteile

Die jährlichen Überschussanteile werden vor Rentenbeginn der Hauptversicherung verzinslich angesammelt oder in Anteile von Investmentfonds umgerechnet. Das Ansammlungsguthaben ist ebenfalls überschussberechtigigt und wird mit insge-

samt 3,55 % (TW1994: 4,00 %) verzinst. Dieser Gesamtzins setzt sich dabei aus einem **Ansammlungsziins AZ** und einem **Ansammlungsüberschussziins ÜZ** zusammen.

Nach Rentenbeginn der Hauptversicherung werden die jährlichen Überschussanteile zur Erhöhung der versicherten Rentenleistungen (Bonusrente, die ebenfalls überschussberechtigigt ist) verwendet.

B. Nach Rentenbeginn

Jeweils am Ende eines Versicherungsjahres wird ein **laufender Überschussanteil ZR** in % des überschussberechtigigten Deckungskapitals ausgeschüttet. ZR setzt sich aus Zins-, Risiko- und Verwaltungskostenüberschussanteilen zusammen und wird dazu verwendet, die garantierten Rentenleistungen durch Bonusrenten – die ebenfalls überschussberechtigigt sind – aufzubessern.

Hierin ist eine Beteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,15 % des überschussberechtigigten Deckungskapitals bereits enthalten.

Bei Vereinbarung einer anfänglichen Rentenmehrleistung (aRML) erhöht sich die Rentenzahlung ab Rentenzahlungsbeginn der Hinterbliebenenversorgung (gemäß Ziffer II). Die hierfür benötigten Beiträge werden zu Lasten der alljährlich am Ende des Versicherungsjahres zuzuteilenden Überschüsse finanziert. Der danach verbleibende Teil der Überschüsse dient dem Aufbau einer Bonusrente, welche auf die Rentenmehrleistung angerechnet wird.

I. Laufende Überschussanteile

Tarifwerke bis einschließlich 2004

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und laufendem Überschussanteilsatz (RZ + ZR) beträgt 4,05 %.

Tarifwerke ab 2004R

Tarifwerk	Geschlecht	ZR in %
2004R, 2005	M	1,55
	F	1,50
2007, 2008, 2009B	M	2,05
	F	2,00
2012	M	2,55
	F	2,50

II. Anfängliche Rentenmehrleistung (aRML)

Es kann ein individueller aRML-Prozentsatz vereinbart werden, wobei eine vertragsindividuelle Höchstgrenze nicht überschritten werden darf.

IMPRESSUM

Herausgeber:
SV SparkassenVersicherung
Löwentorstraße 65
D-70376 Stuttgart
Telefon 0711/ 898-0
Telefax 0711/ 898-1870

Verantwortlich:
Rechnungswesen

Konzeption, Artdirection und Realisation:
United Ideas, Stuttgart
Agentur für Kommunikation
www.united-ideas.com

